

**HEIDELBERGER INSTITUT FÜR
INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG e.V.**

am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

KONFLIKTBAROMETER 2003

Krisen · Kriege · Putsch
Verhandlungen · Vermittlungen · Friedensschlüsse

12. JÄHRLICHE KONFLIKTANALYSE
2., überarbeitete Auflage



HIIK

Das HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG (HIIK) am INSTITUT FÜR POLITISCHE WISSENSCHAFT DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein. Es widmet sich der Erforschung, Auswertung und Dokumentation innerstaatlicher und internationaler politischer Konflikte. Das HIIK ging 1991 aus einem u.a. von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziell unterstützten Forschungsprojekt KOSIMO (Konflikt-Simulations-Modell) hervor, welches von Prof. Dr. Frank R. Pfetsch (Universität Heidelberg) geleitet wurde.

Konflikt

Konflikte sind Interessengegensätze (Positionsdifferenzen) um nationale Werte von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (organisierte Gruppen, Staaten, Staatengruppen, Staatenorganisationen), die entschlossen sind, sie zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Konfliktgegenstände

Territorium
Szeession
Dekolonisation
Autonomie
System, Ideologie
Nationale Macht
Regionale Vorherrschaft
Internationale Macht
Ressourcen
Sonstiges

Konfliktintensitäten

Gewaltgrad	Intensitäts-gruppierung	Intensitäts-stufe	Intensitäts-bezeichnung	Definition
nicht-gewaltsam	niedrig	1	Latenter Konflikt	Eine Positionsdifferenz um definierbare Werte von nationaler Bedeutung ist dann ein latenter Konflikt, wenn darauf bezogene Forderungen von einer Partei artikuliert und von der anderen Seite wahrgenommen werden.
		2	Manifester Konflikt	Ein manifester Konflikt beinhaltet den Einsatz von Mitteln, welche im Vorfeld gewaltsamer Handlungen liegen. Dies umfasst beispielsweise verbalen Druck, die öffentliche Androhung von Gewalt oder das Verhängen von ökonomischen Zwangsmaßnahmen.
gewaltsam	mittel	3	Krise	Eine Krise ist ein Spannungszustand, in dem mindestens eine der Parteien vereinzelt Gewalt anwendet.
	hoch	4	Ernste Krise	Als ernste Krise wird ein Konflikt dann bezeichnet, wenn wiederholt und organisiert Gewalt eingesetzt wird.
		5	Krieg	Kriege sind Formen gewaltsamen Konfliktaustrags, in denen mit einer gewissen Kontinuität organisiert und systematisch Gewalt eingesetzt wird. Die Konfliktparteien setzen, gemessen an der Situation, Mittel in großem Umfang ein. Das Ausmaß der Zerstörung ist nachhaltig.

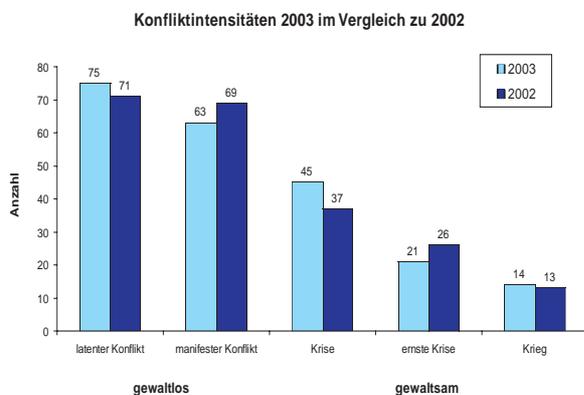
Das vorliegende Konfliktbarometer 2003 gibt den aktuellen Stand unserer Forschung wieder.
Dadurch ergeben sich Abweichungen von Daten älterer Ausgaben.

Globales Konfliktpanorama 2003

Mit dieser Ausgabe des Konfliktbarometers erweitert das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung seine Methodik. Deutlichstes Merkmal dieser Veränderung ist eine zusätzliche Intensitätsstufe, in der Konflikte mit vereinzelt Gewalteininsatz klassifiziert werden. Diese neue Intensitätsstufe ermöglicht es, eine klare Trennlinie zwischen gewaltlosen und gewaltsamen Konflikten zu ziehen. Weiteres erfahren Sie auf Seite 8 (Methodische Veränderung im Konfliktbarometer), aktualisierte Konfliktlisten finden Sie unter www.konfliktbarometer.de.

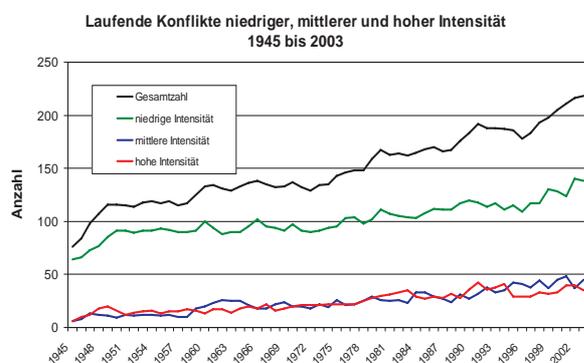
Globale Entwicklung

Im Jahr 2003 werden 218 politische Konflikte geführt. Davon sind 14 Kriege und 21 Ernste Krisen: Insgesamt werden demnach 35 Konflikte mit hohem Gewalteininsatz ausgetragen. In 45 weiteren gewaltsamen Konflikten der Intensität Krise kann der vereinzelt Einsatz von Gewalt festgestellt werden. Diesen stehen 138 ge-



waltlose Auseinandersetzungen gegenüber, die sich in 63 manifeste Konflikte und 75 latente Konflikte aufgliedern.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöht sich die Anzahl der Konflikte, die auf der höchsten Intensitätsstufe ausgetragen werden, um einen auf jetzt 14, die Anzahl der Ernsten Krisen dagegen verringert sich um fünf von 26 auf 21. Damit sinkt die Gesamtanzahl an Konflikten auf den beiden höchsten Intensitätsstufen von 39 im Jahr 2002 auf 35 im Jahr 2003. Die Zahl der Krisen ist

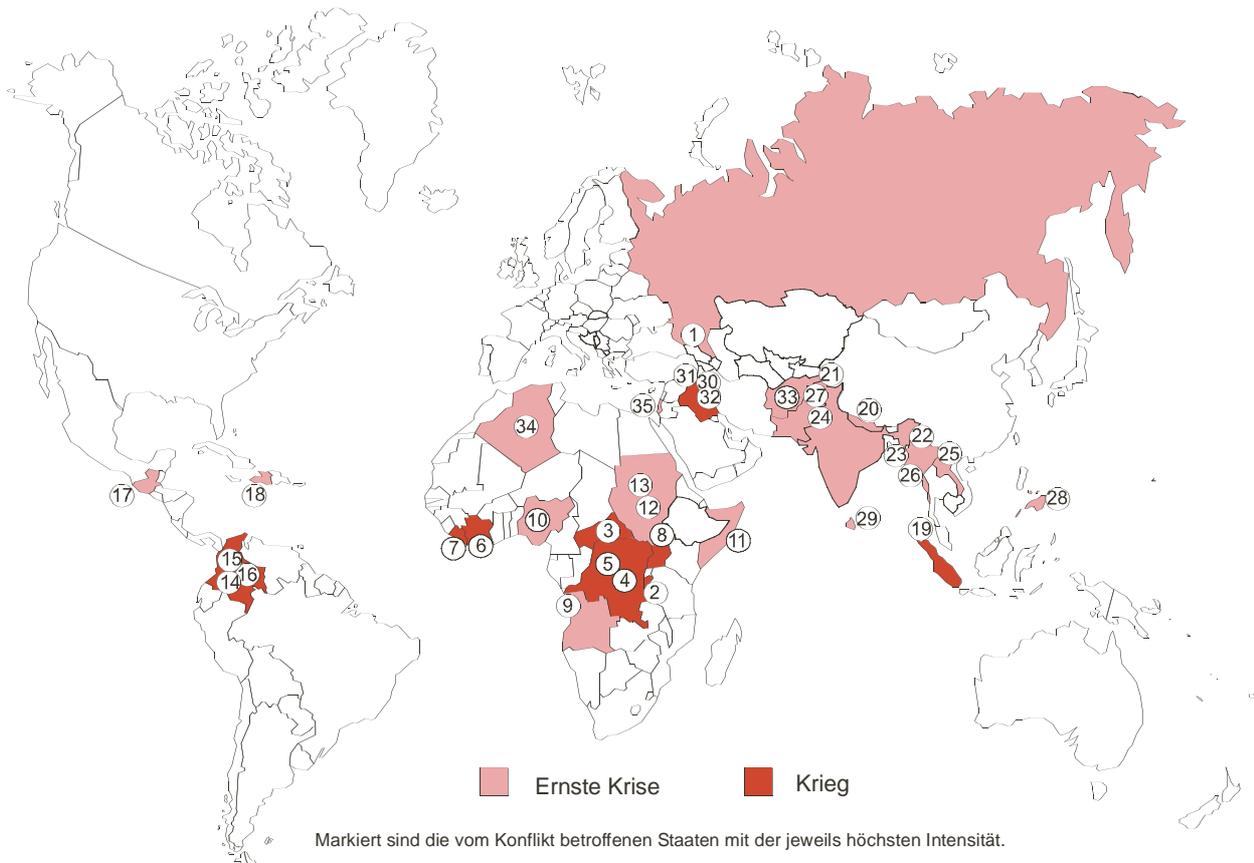


deutlich von 37 auf 45 angestiegen. Die Menge der Konflikte auf den beiden gewaltlosen Intensitätsstufen ändert sich nur unwesentlich. In diesem Jahr werden zwei Konflikte mehr geführt als im vergangenen Jahr,

da im Jahr 2002 acht Konflikte für beendet erklärt wurden und dieses Jahr zehn neue aufgenommen worden sind. Diese verteilen sich wie folgt: fünf in Afrika, jeweils zwei in Europa und der Region Vorderer und Mittlerer Orient und einer in Amerika. Davon erreicht nur der innersudanesischen Konflikt (Darfur - SLA) eine gewaltsame Intensitätsstufe, drei weitere neue Konflikte werden mit geringem Gewalteininsatz ausgetragen, sechs bleiben gewaltlos. Zwölf Konflikte werden innerhalb des Jahres beendet. Für die langfristige Trendanalyse wurden die fünf Intensitätsstufen zu drei Gruppen zusammengefasst. Die beiden gewaltlosen Stufen als "niedrige Intensität", Krisen als "mittlere Intensität" und ernste Krisen und Kriege als Konflikte "hoher Intensität". Zudem ist in der Grafik die Gesamtzahl der erfassten Konflikte abgebildet. Die Verlaufskurve zeigt, dass die Anzahl der im jeweiligen Jahr laufenden Konflikte seit 1945 von 76 kontinuierlich auf 218 erfasste Konflikte im Jahr 2003 gestiegen ist. Auffallend ist der jeweils stufenweise Anstieg der Gesamtkonfliktzahlen, gefolgt von Phasen mit geringen Zu- oder Abnahmen: Stufe 1: 1945 bis 1949 von 76 auf 116, Stufe 2: 1958 bis 1960 von 117 auf 133, Stufe 3: 1972 bis 1980 von 129 auf 167, Stufe 4: 1988 bis 1991 von 167 auf 192 und schließlich der letzte Anstieg seit 1996 von 178 auf aktuell 218. Insofern ist die Zunahme der Konflikte im Berichtszeitraum die Fortsetzung eines nunmehr seit sieben Jahren anhaltenden Trends. Die Betrachtung der einzelnen Intensitätsgruppierungen zeigt, dass die Verlaufskurve bei den Konflikten niedriger Intensität meist die Zu- oder Abnahme der Gesamtkonfliktzahlen nachzeichnet. Eine deutliche Ausnahme bildet hier jedoch die Periode zwischen 1960 und 1963, in der die Gesamtzahl der Konflikte zunimmt, die Anzahl der gewaltlosen Auseinandersetzungen hingegen rückläufig ist. Auffällig ist außerdem die Phase zwischen 1988 und 1991. Im Gegensatz zum sprunghaften Anstieg der Gesamtzahl der Konflikte (von 167 auf 192) erhöht sich in diesem Zeitraum die Anzahl der gewaltlosen Konflikte nur mäßig von 111 auf 118.

An der Entwicklungslinie der Konflikte hoher Intensität fällt der kontinuierliche, meist gleichmäßig verlaufende Anstieg auf. Ausnahmen bilden die drei Phasen hoher Eskalation von 1945 bis 1949 von sechs auf 20, von 1977 bis 1983 von 22 auf 35, und von 1987 bis 1991, dem Zeitraum in dem die Sowjetunion zusammenbricht, von 28 auf 42. Phasen deutlicher Deeskalation gab es zwischen 1949 und 1951 von 20 auf zwölf,

Übersichtskarte: Gewaltsame Konflikte hoher Intensität 2003

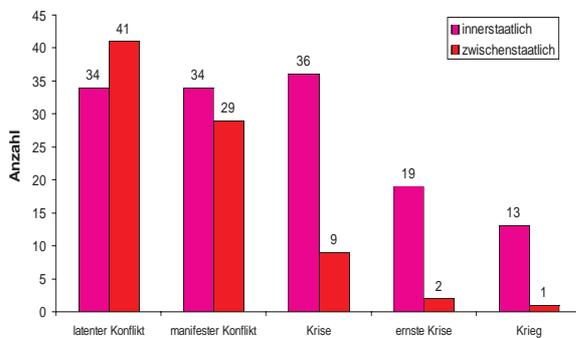


Legende

Nr.	Konfliktname und wichtigstes Konfliktziel	Nr.	Konfliktname und wichtigstes Konfliktziel
Europa - ernste Krisen		18	Haiti (Opposition) - nationale Macht
1	Russland (Tschetschenien) - Sezession	Asien - Kriege	
Afrika - Kriege		19	Indonesien (Aceh) - Sezession, Ressourcen
2	Burundi (Hutu) - nationale Macht	Asien - ernste Krisen	
3	Zentralafrika (Bozizé - Patassé) - nationale Macht	20	Nepal (Maoistische Rebellen) - Ideologie/ System, nationale Macht
4	DR Kongo (Rebellen) - nationale Macht, Ressourcen	21	Indien (Kaschmir) - religiöse und regionale Autonomie, Sezession
5	DR Kongo (Hema - Lendu) - Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	22	Indien (Nagaland) - Sezession
6	Elfenbeinküste (Rebellen) - nationale Macht	23	Indien (Tripura) - Sezession, Sonstiges (Einwanderung)
7	Liberia - Nationale Macht	24	Indien - Pakistan (Siachen-Gletscher) - Territorium/ Grenze
8	Uganda (LRA) - nationale Macht	25	Laos (Rebellen) - Ideologie/ System, Autonomie, nationale Macht
Afrika - ernste Krisen		26	Myanmar (Ethnische Minderheiten) - regionale Autonomie
9	Angola (Cabinda) - Sezession	27	Pakistan - Indien (Kaschmir) - Territorium, internationale Macht
10	Nigeria (Nigerdelta - Ijaw) - Ressourcen (Öl)	28	Philippinen (MILF) - Sezession, System/ Ideologie
11	Somalia (nationale Macht) - nationale Macht	29	Sri Lanka (LTTE) - Autonomie
12	Sudan (SPLA) - Sezession, Ressourcen, rel. Vorherrschaft	VMO - Kriege	
13	Sudan (Darfur-SLA) - regionale Vorherrschaft	30	Irak (Islamisten - PUK) - regionale Vorherrschaft, System
Amerika - Kriege		31	Irak (Irakisch Kurdistan) - Autonomie, Ressourcen (Öl, Wasser)
14	Kolumbien (ELN) - nationale Macht, System	32	Irak - USA, GB - internationale Macht, Ressourcen, System
15	Kolumbien (FARC) - nationale Macht, System	VMO - ernste Krisen	
16	Kolumbien (Paramilitärs) - regionale Vorherrschaft	33	Afghanistan (Taliban) - regionale Vorherrschaft, nationale Macht
Amerika - ernste Krisen		34	Algerien (Islamisten) - nationale Macht, System
17	Guatemala (FRG) - nationale Macht	35	Israel (Palästinenser) - Autonomie, System, Ressourcen

zwischen 1983 und 1985 von 35 auf 27 und zwischen 1991 und 1992 von 42 und 36. Der deutlichste Rückgang innerhalb eines Jahres ist jedoch zwischen 1994 und 1995 zu verzeichnen, hier sank die Anzahl der gewaltsamen Konflikte hoher Intensität von 41 auf 29. Seit 1997 ist die Anzahl der Konflikte hoher Intensität deutlich von 29 bis zum Jahr 2001 auf 40 gestiegen und hat damit fast das Niveau von 1994 erreicht. Während im vergangenen Jahr die Zahl konstant geblieben ist, sinkt sie in 2003 um vier auf 32. Die Entwicklungslinie der mittleren Konfliktstufe Krise, in der Gewalt nur vereinzelt zu beobachten ist, verläuft auffallend parallel und auf nahezu gleichem Niveau wie jene der Konflikte hoher Intensität. Seit 1995 jedoch liegt die Anzahl der Krisen, mit Ausnahme des Jahres 2002, stets höher als jene der ernststen Krisen und Kriege. Eine vergleichbare Entwicklung gab es nur zwischen 1959 und 1964.

Inner- und zwischenstaatliche Konflikte 2003 nach Intensität



Analyse innerstaatlich - zwischenstaatlich

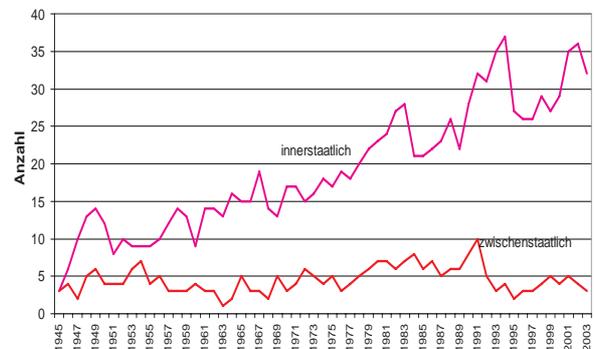
Insgesamt werden dieses Jahr 136 innerstaatliche und 82 zwischenstaatliche Konflikte geführt. Von den 14 Kriegen ist nur einer zwischenstaatlich: Dies ist der Krieg der USA gegen den Irak.

Auf der Ebene der ernststen Krise werden mit den beiden zwischenstaatlichen (Indien vs. Pakistan [Siachen-Gletscher] und Pakistan vs. Indien [Kaschmir]) ebenfalls deutlich weniger als innerstaatliche Konflikte (19) gezählt. Auch auf der Intensitätsstufe der Krise und der Stufe der manifesten Konflikte ist die Anzahl der innerstaatlichen Konflikte deutlich höher als die der zwischenstaatlichen. Einzig bei den latenten Konflikten dominieren Auseinandersetzungen zwischen Staaten gegenüber innerstaatlichen Auseinandersetzungen. Damit werden 2003 weniger als ein Zehntel aller Kriege und ernststen Krisen zwischen Staaten ausgetragen.

Für die langfristige Trendanalyse wurden wiederum die beiden höchsten Intensitätsstufen ernste Krise und Krieg zusammengefasst. Hier zeigt sich, dass die Dominanz der innerstaatlichen Gewaltkonflikte bereits seit Beginn des Untersuchungszeitraums zu beobachten ist. Die Verlaufskurve der innerstaatlichen Konflikte steigt kontinuierlich an und verzeichnet beson-

ders große Ausschläge zu Beginn des erfassten Zeitraums (1945: 3 - 1948: 13), zur Mitte der fünfziger Jahre (1955: 9 - 1958: 14), Ende der siebziger Jahre bis Anfang der achtziger Jahre (1977: 18 - 1983: 28), Ende der achtziger bis Anfang der neunziger Jahre (1987: 23 - 1994: 37) und Ende der Neunziger bis zum vergangenen Jahr (1997: 27 - 2002: 38). In 2003 sinkt die Anzahl der innerstaatlichen Konflikte hoher Intensität zum ersten Mal seit vier Jahren, und zwar um vier auf 32.

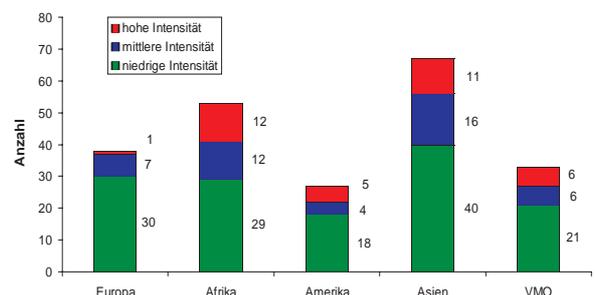
Hingegen verläuft die Entwicklungslinie der gewaltsamen zwischenstaatlichen Konflikte weit ruhiger. Hier fällt vor allem die Zunahme zum Ende der siebziger Jahre (1976: 3 - 1980: 7) und der rasante Anstieg Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre (1987: 5 - 1991: 10) auf. Bedeutsam ist der Zeitraum von 1991 bis 1994. Während ab diesem Zeitpunkt die Anzahl der zwischenstaatlich geführten Kriege und ernststen Kri-

Inner- und zwischenstaatliche Konflikte hoher Intensität
1945 bis 2003

sen drastisch zurückgeht (1991: 10 - 1995: 2), nimmt die Anzahl der innerstaatlichen gewaltsamen Konflikte auf hohem Niveau weiter zu (1991: 32 - 1994: 37).

Regionale Entwicklung

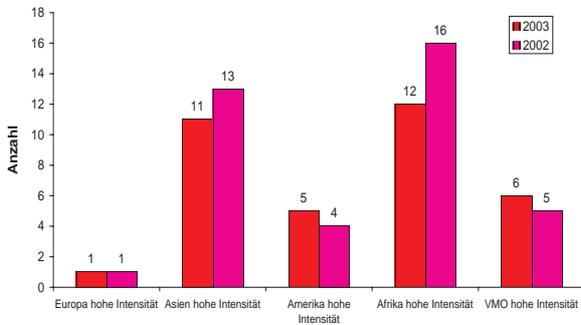
Auch im Jahr 2003 werden mit zwölf von 35 die meisten hoch gewaltsamen Konflikte in Afrika ausgetragen. An zweiter Stelle folgt Asien mit elf; in dieser Region sind auch die meisten Konflikte insgesamt zu beobachten (67 von 218). Auffallend ist in beiden Regionen der hohe Anteil an Konflikten mittlerer Intensität. Während Europa von Konflikten der hohen und mittleren Intensität weitgehend verschont bleibt, fällt der höhere Anteil an gewaltsamen Konflikten in Ame-

Verteilung aller Konflikte 2003
nach Region und Gewalteintritt

rika und vor allem in der Region Vorderer und Mittlerer Orient (VMO) auf.

Der Jahresvergleich der Konflikte auf hoher Intensität von 2003 mit 2002 zeigt je nach Region ein uneinheitliches Bild. Auffallend ist vor allem der starke Rückgang der hoch gewaltsamen Konflikte in Afrika. Wäh-

Konflikte hoher Intensität nach Regionen 2003 - 2002

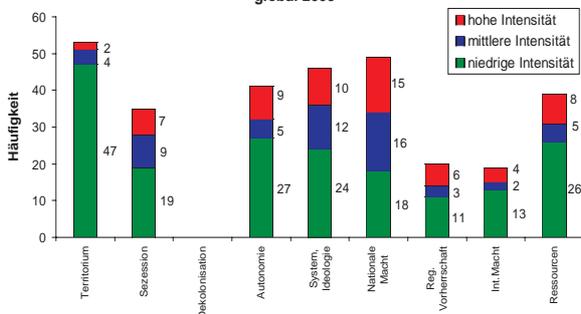


rend auch in Asien die Anzahl der gewaltsamen Konflikte um zwei abnimmt, bleibt sie in Europa 2003 mit einem, dem Tschetschenien-Konflikt, konstant. In Amerika erhöht sich die Zahl der gewaltsamen Konflikte hoher Intensität um einen (Guatemala [FRG]), in der Region Vorderer und Mittlerer Orient ebenfalls um einen (Irak vs. USA, Großbritannien und Irak [Irakisch-Kurdistan] eskalieren, während Afghanistan [Taliban, Al-Kaida] vs. USA 2002 beendet werden konnte).

Konfliktgegenstände

Die meisten Konflikte werden im Jahr 2003 um Territorialansprüche geführt. Dies ist auch der Konfliktgegenstand, der den geringsten Anteil an gewaltsamen Konflikten überhaupt aufweist. Dicht darauf folgen nationale Macht und Ideologie. Letzterer umfasst auch Konflikte, die auf religiösen oder weltanschaulichen Gegensätzen beruhen. Es ist zu beobachten, dass es oftmals zu einer Vermischung mehrerer Konfliktge-

Häufigkeit der Konfliktgegenstände nach Gewalteintritt global 2003



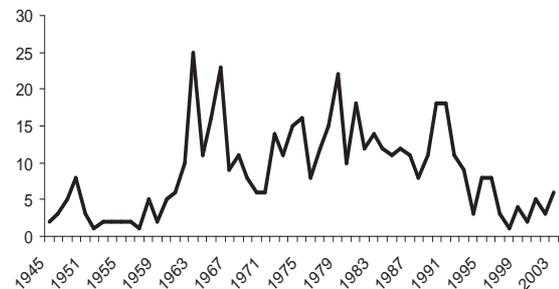
genstände kommt. Dies trifft vor allem auf Ressourcen zu.

Putsch

Im Jahr 2003 gab es insgesamt sieben Putsch und Putschversuche: fünf in Afrika und je einen in Europa

und Amerika. Am 9.2.03 wird vergeblich versucht, die komorische Zentralregierung unter Azali Assoumani zu entmachten. Der Bürgerkrieg in Zentralafrika wird am 15.3. durch einen putschartigen Machtwechsel entschieden. Islamistische Offiziere unternehmen am 7.6. in Mauretanien einen Putschversuch. Der Präsident

Anzahl der Putsche und Putschversuche pro Jahr 1945 - 2003



von São Tomé und Príncipe Fradique de Menezes kann bereits acht Tage nach dem versuchten Machtwechsel vom 16.7. die Amtsgeschäfte wieder aufnehmen. General Verissimo Correia Seabra beendet die Herrschaft von Präsident Kumba Yala in Guinea Bissau durch einen unblutigen Militärputsch am 14.9. In Bolivien flieht am 17.10. Präsident Gonzalo Sanchez de Lozada in die USA. In Georgien kann sich Präsident Eduard Schewardnadse seit dem 24.11. nicht mehr an der Macht halten.

Dynamiken innerhalb einzelner Konflikte

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Gesamtzahl der Konflikte auf den jeweiligen Intensitätsstufen nur geringfügig verändert; dies spiegelt jedoch nicht die Entwicklung einzelner Konflikte innerhalb des Jahres wider. Insgesamt sind 31 Konflikte eskaliert, davon fünf um zwei Stufen und 26 um eine. Von den sechs Konflikten, die dieses Jahr neu als ernste Krise oder Krieg

Veränderung der Intensität	Anzahl
Eskalation um vier Stufen	0
Eskalation um drei Stufen	0
Eskalation um zwei Stufen	5
Eskalation um eine Stufe	26
Keine Veränderung	155
Deeskalation um eine Stufe	25
Deeskalation um zwei Stufen	4
Deeskalation um drei Stufen	1
Deeskalation um vier Stufen	1

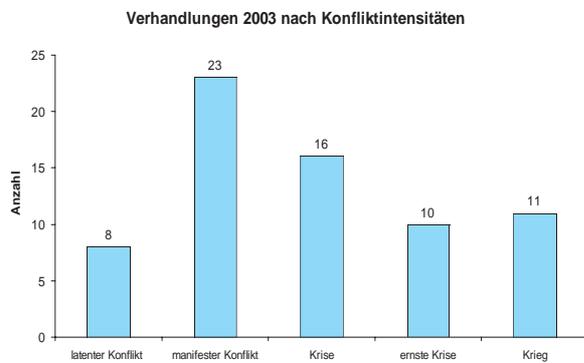
geführt werden, galten im Vorjahr bereits vier als Krise, d.h. es hat lediglich eine Intensivierung der Gewalt stattgefunden. Damit ist die Intensität Krise die am häufigsten beobachtete Vorstufe zum überwiegend gewaltsamen Konfliktaustrag. Von den insgesamt 32 Konflikten, die deeskalieren, werden 15 in diesem Jahr anders als im Vorjahr ohne Gewalt ausgetragen. Herausragend ist die Entwicklung in Angola (Regierung

vs. Unita), da hier der Krieg nach dem Tode von Jonas Savimbi beendet ist und der Konflikt als latenter Konflikt weitergeführt wird.

Maßnahmen der Konfliktbearbeitung

Verhandlungen

Gespräche, Verhandlungen und Konferenzen werden in diesem Jahr in insgesamt 68 der 218 laufenden Konflikte geführt. Am häufigsten reden die Konfliktparteien in Konflikten der Intensität manifester Konflikt miteinander. Aber auch in 21 der insgesamt 37 hoch gewaltsamen Konflikte trafen Vertreter der Kriegspar-



teien zu Gesprächen zusammen. Am häufigsten wurden bei Sezessionskonflikten (19) Gespräche aufgenommen, bei Territorialkonflikten kam es dazu in 14 Fällen.

Verträge

Insgesamt werden 34 Verträge oder Abkommen zur Regelung des Konfliktaustrags abgeschlossen; davon 24 in gewaltsamen Konflikten. Darunter sind zwölf Waffenstillstandsvereinbarungen (Kongo [Bürgerkrieg], zweimal Elfenbeinküste, Somalia [Bürgerkrieg], Sudan [Darfur-SLA], dreimal Sudan, zweimal Nepal [Maoisten] und zweimal Burundi [Hutu]) und sieben Friedensabkommen (zweimal Kongo [Bürgerkrieg], Kongo [Hema - Lendu], Kongo-Brazzaville, Elfenbeinküste, Liberia, Somalia [Puntland]). Zusammengefasst werden jedoch nur vier (Burundi, Kongo-Brazzaville, Somalia [Puntland], Sudan) bis zum Ende des Berichtszeitraums nicht gebrochen. Bei den restlichen Abkommen handelt es sich meist um Abkommen, die das weitere Verfahren regeln oder eine Teillösung herbeiführen.

Internationale Organisationen

Ende 2003 unterhält die UNO 13 Peacekeeping-Missionen. Im Berichtszeitraum werden drei Missionen beendet (UNMOP in Kroatien, UNMIBH in Bosnien-

Herzegowina, UNIKOM in Irak und Kuwait). Eine neue Mission nimmt am 19.9. ihre Tätigkeit in Liberia auf. Dies ist Ausdruck des gestiegenen Engagements der UNO in Afrika, wo zum ersten Mal vier Missionen gleichzeitig aktiv sind (MONUC in der DR Kongo, UNAMSIL in Sierra Leone, UNMIL in Liberia, UNMEE in Äthiopien und Eritrea). Ebenfalls vier Missionen sind im Vorderen und Mittleren Orient im Einsatz (MINURSO in der Westsahara, UNDOF in Israel und Syrien, UNTSO in Israel, UNIFIL im Libanon). Nur noch drei Missionen gibt es in Europa (UNOMIG in Georgien [Abchasien], UNMIK in Jugoslawien [Kosovo], UNFICYP in Zypern), in Asien sind es weiterhin zwei (UNMISSET in Ost-Timor, UNMOGIP in Indien und Pakistan). Es ist zu beobachten, dass die UNO ihre Blauhelme mit robusteren Mandaten ausstattet und sich verstärkt in gewaltsame Konflikte einschaltet. Mit den Missionen in Israel, in der DR Kongo, in Liberia und in Indien (Kaschmir) werden in vier Fällen UNO-Soldaten in Konflikten mit hoher Intensität eingesetzt; außerdem sind sie in fünf Konflikten mittlerer Intensität aktiv. Insgesamt sind im Oktober 2003 rund 43.000 Soldaten und Polizisten aus 92 Ländern bei Peacekeeping-Missionen im Einsatz. Die größten Kontingente stellen Pakistan (5.250 Mann), Bangladesch (4.000 Mann) und Nigeria (3.300 Mann). Aus Deutschland sind 355 Personen bei drei Missionen im Einsatz. Im Laufe des Jahres sterben 39 Blauhelmsoldaten und -polizisten; insgesamt sind im Dienste der UNO seit 1948 über 1.800 Personen getötet worden. Die für die UNO gefährlichsten Missionen sind UNIFIL (247 Tote seit 1978), UNFICYP (170 Tote seit 1964) und UNAMSIL (113 Tote seit 1999).

Die UNO hält im September 2003 Sanktionen gegen sechs Staaten aufrecht. Die Maßnahmen gegen Afghanistan und den Irak sind dabei zum Teil ausgesetzt oder aufgehoben. Die Sanktionen gegen Liberia, Ruanda, Sierra Leone und Somalia bleiben unverändert bestehen.

Neben der UNO unterhalten auch andere internationale Organisationen Friedensmissionen, so etwa die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) in Liberia und die Nordatlantikpaktorganisation (NATO) auf dem Balkan und in Afghanistan. Auch die Wirtschaftsgemeinschaft Zentralafrikanischer Staaten (CEMAC) unterhält weiter ihre erste Mission in Zentralafrika. Die großen Regionalorganisationen Europäische Union (EU), Afrikanische Union (AU) und Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) beteiligen sich ebenfalls an der Friedenssicherung mit Missionen beispielsweise in Makedonien und der DR Kongo (EU), Burundi (AU) und Haiti (OAS). Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unterhält 2003 insgesamt sieben Langzeitmissionen in Skopje, Georgien, Moldawien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, dem Kosovo und in Serbien und Montenegro. Weiter ist die OSZE mit Feldaktivitäten in Usbekistan, Albanien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgistan, Turkmenistan, der Ukraine, Armenien, Aserbaidshan und Tadschikistan vertreten.

Das Mandat der Assistenzgruppe für Tschetschenien wurde über den 31.12.02 hinaus nicht mehr verlängert.

Autoritative Entscheidungen durch den IGH

Der Internationale Gerichtshof (IGH) in Den Haag fällt im Berichtszeitraum zwei Urteile. Eines beendet den Territorialkonflikt zwischen Indonesien und Malaysia zugunsten Malaysias. Eine Entscheidung wird außer-

dem im Streit zwischen dem Iran und den USA um die Besetzung von iranischen Ölplattformen durch die USA 1987 und 1988 gegen die USA gefällt. Die USA und Großbritannien ziehen ihre Klagen gegen Libyen wegen des Lockerbie-Anschlages zurück. Drei neue Fälle werden vor den IGH gebracht: Malaysia und Singapur legen ihren Territorialkonflikt vor, außerdem streiten sich Mexiko und die USA beziehungsweise die DR Kongo und Frankreich um bestimmte Rechte ihrer Staatsbürger.

Übersicht: Laufende Peacekeeping-Missionen der UNO

Missionskürzel	Name der Mission (Englisch)	Beginn	Land
MINURSO	UN Mission for the Referendum in Western Sahara	1991	Westsahara
MONUC	UN Mission in the Democratic Republic of the Congo	1999	DR Kongo
UNAMSIL	UN Mission in Sierra Leone	1999	Sierra Leone
UNDOF	UN Disengagement Observer Force Golan Heights	1974	Syrien - Israel
UNFICYP	UN Force in Cyprus	1964	Zypern
UNIFIL	UN Interim Force in Lebanon	1978	Libanon
UNIKOM	UN Iraq-Kuwait Observer Mission	1991-2003	Irak - Kuwait
UNMEE	UN Mission in Ethiopia and Eritrea	2000	Äthiopien - Eritrea
UNMIBH	UN Mission in Bosnia and Herzegovina	1995-2002	Bosnien-Herzegowina
UNMIK	UN Interim Administration Mission in Kosovo	1999	Jugoslawien (Kosovo)
UNMIL	UN Mission in Liberia	2003	Liberia
UNMISSET	UN Mission of Support in East Timor*	2002	Ost-Timor
UNMOGIP	UN Military Observer Group India and Pakistan	1949	Indien - Pakistan
UNMOP	UN Mission of Observers in Prevlaka	1996-2002	Kroatien
UNOMIG	UN Observer Mission to Georgia	1993	Georgien
UNTSO	UN Truce Supervisory Organization Middle East	1948	Naher Osten

* Nachfolgerin der UN Transitional Administration in East Timor (UNTAET), Beginn 1999

Methodische Veränderung im Konfliktbarometer

Methodischer Ansatz

Das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung (HIK) legt seiner Forschung eine qualitative Konflikt- bzw. Kriegsdefinition zugrunde. Krieg und weniger intensive Gewaltformen werden anhand der tatsächlich beobachtbaren Gewalt klassifiziert, und nicht aufgrund der Anzahl von Todesopfern. Dieses Vorgehen stellt sicher, dass auch über den historischen Wandel des Konfliktaustrags hinweg das jeweilige Konfliktgeschehen erfasst und vergleichbar bleibt. Für die Einstufung der beobachteten Konflikte in die jeweilige Intensität ist die Art, Dauer und Häufigkeit der eingesetzten Maßnahmen im Konfliktaustrag entscheidend. Diese werden in der Datenbank KOSIMO erfasst, codiert und dem jeweiligen Akteur zugeordnet. In den vergangenen Jahren hat sich der Blickwinkel auf das internationale Konfliktgeschehen stark verändert. Galten jahrelang die zwischenstaatlichen Kriege als wichtigstes Objekt der Konfliktforschung, so rücken nun die wesentlich zahlreicheren innerstaatlichen Konflikte in den Vordergrund. Um damit zu-

sammenhängende neue Forschungsfragen fundiert beantworten zu können, haben wir unseren methodischen Ansatz erweitert.

Erweiterung der Konfliktdefinition

Da eine Vielzahl von Konflikten in schwachen oder bereits zusammengebrochenen Staaten zu beobachten ist, die nicht in der Lage sind, mit eigenen Truppen in den Konflikt einzugreifen, hat das HIK erstmals seit 1991 die Konfliktdefinition erweitert. Erfasst werden politische Konflikte ab sofort auch dann, wenn die Staatsmacht nicht als Konfliktpartei beteiligt ist. Entscheidend bleibt der nationale Wert der Konfliktgegenstände.

Erweiterung der Intensitätenskala

Um die Besonderheiten des Gewaltaustrags und die Eskalations- und Deeskalationsdynamiken von innerstaatlichen Konflikten genauer abbilden zu können, hat das HIK die Anzahl der Intensitätsstufen erweitert: ab

sofort geben anstatt vier nun fünf Stufen die Intensität des Konfliktes an. Um den Übergang vom gewaltlosen zum gewaltsamen Austrag besser unterscheiden zu können, wurde eine Zwischenstufe eingerichtet, in der vereinzelte oder zeitlich begrenzte Gewaltakte wie bei Ausschreitungen, Putschen oder Terroranschlägen erfasst werden. Die folgende Tabelle zeigt das Spektrum der erweiterten Intensitätenskala, nennt beispielhaft Ereignisse, die dem jeweiligen Niveau zugeordnet werden und vergleicht diese mit der bisherigen Einteilung.

Erweiterung der Konfliktgegenstände

Auch im Bereich der Konfliktgegenstände wurde eine Modifikation vorgenommen. Anstatt bisher maximal drei kann nun eine unbeschränkte Anzahl beobachtbarer Konfliktgegenstände angegeben werden. Die bisherigen Konfliktgegenstände Territorium, Dekolonisation/Sezession, Autonomie, Ideologie/System, Nationale Macht, Internationale Macht und Ressourcen haben wir ausdifferenziert, so dass beispielsweise unter der Kategorie Ressourcen genau unterschieden wird, welche Art von Ressource (Öl, Diamanten, Wasser usw.) umstritten ist. Der Konfliktgegenstand Regionale Vorherrschaft wurde neu aufgenommen. Er bezeichnet Konflikte, in denen eine innerstaatliche Gruppierung ein Gebiet unter seine Kontrolle zu bringen versucht, ohne dass hierbei das Ziel der Machtausübung über den Gesamtstaat (Nationale Macht) oder das eines

eigenen Staatsaufbaus (Sezession) formuliert oder verfolgt wird.

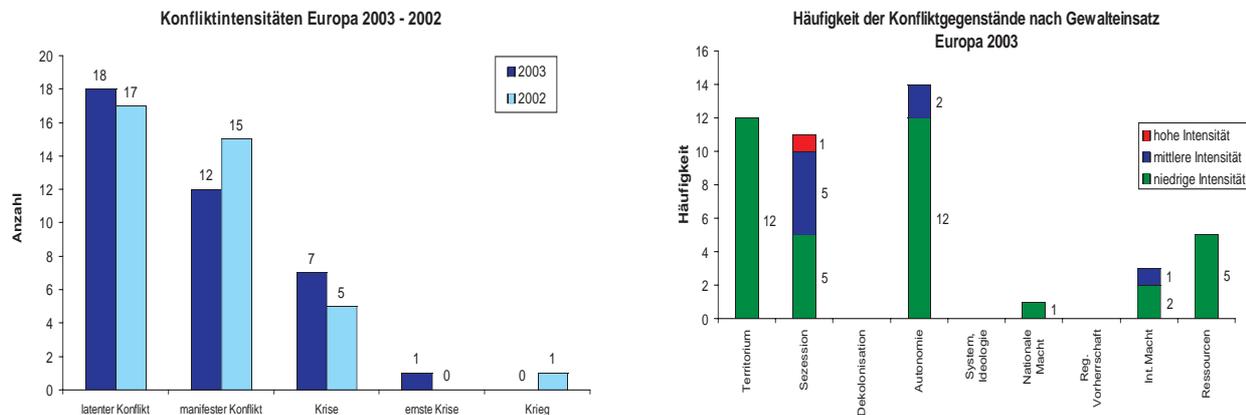
Entwicklung von KOSIMO 2.0

Um die Anzahl der beschreibenden Variablen zu vergrößern, die Konfliktverläufe exakter abzubilden und nicht zuletzt um die Auswertungsmöglichkeiten zu verbessern, wurde KOSIMO auf ein relationales Datenbanksystem umgestellt. Dies erlaubt uns, künftig eine unbegrenzte Menge an Daten zu Konflikten und beteiligten Akteuren zu erfassen. Ergänzungen und Erweiterungen können jederzeit hinzugefügt werden. Durch die Verknüpfung von beispielsweise Konfliktverlaufs- und Staatsstrukturdaten können umfangreiche Analysen durchgeführt werden, die neue Einblicke in Bestimmungsfaktoren für Konflikt dynamiken erlauben.

		KOSIMO 1.3		KOSIMO 2.0		
	Intensitätsstufe	Intensitätsbezeichnung	Schlüsselergebnisse	Intensitätsbezeichnung	Schlüsselergebnisse zwischenstaatlich	Schlüsselergebnisse innerstaatlich
nicht-gewaltsam	1	Latenter Konflikt	Positionsdifferenzen, Erhebung von Forderungen um nationale Werte, die von der Gegenseite zurückgewiesen werden	Latenter Konflikt	Positionsdifferenzen; Erhebung von Forderungen um nationale Werte, die von der Gegenseite zurückgewiesen werden	Positionsdifferenzen, Erhebung von Forderungen um nationale Werte, die von der Gegenseite zurückgewiesen werden
	2	Krise	Forderungen, verbunden mit Drohungen	Manifester Konflikt	Forderungen verbunden mit Drohungen	Forderungen verbunden mit Drohungen
gewaltsam	3	Ernste Krise	Gewalt wird sporadisch eingesetzt, beispielsweise bei Grenzzusammenstößen	Krise	Grenzscharmützel, kurzzeitige gewaltsame Zusammenstöße	Aufstände, Rebellionen, Putsche, einzelne Terroranschläge
	4	Krieg	Systematischer Einsatz von Gewalt über einen längeren Zeitraum hinweg	Ernste Krise	Regelmäßige, organisierte gewaltsame Zusammenstöße	Regelmäßige gewaltsame Zusammenstöße der Konfliktparteien jedoch mit deutlichen Kampfpausen, Guerillakrieg, zahlreiche und fortgesetzte Terroranschläge
	5	-	-	Krieg	Systematischer Einsatz von Gewalt innerhalb eines geschlossenen Zeitraums	Bürgerkrieg, Einsatz aller verfügbaren Mittel, Bildung von Kriegsökonomien

Europa

Die Gesamtzahl der beobachteten Konflikte in Europa bleibt mit 38 Konflikten gleich. Zwei Konflikte sind neu hinzugekommen: der Putsch gegen den georgischen Präsidenten Eduard Schewardnadse und die Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine um die Schwarzmeerinsel Tuzla. Der Konflikt um die Autonomie der nordserbischen Provinz Woiwodina wird mit der Verabschiedung einer neuen serbischen Verfassung in diesem Jahr beigelegt. Die Zahl der gewaltsamen Auseinandersetzungen in Europa erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr geringfügig auf acht. Die einzige ernste Krise wird in Russland (Tschetschenien) ausgetragen. Auch in diesem Jahr ist der Nordkaukasus die konfliktträchtigste Region. Die häufigsten Konfliktgegenstände in Europa sind wieder Autonomie, Sezession und Territorium.



Bosnien-Herzegowina (RS - BKF)

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1991
 Konfliktparteien: Serben (SDS) vs. Kroaten (HDZ) vs. Muslime (SDA), Republika Srpska (RS) vs. Bosniakisch-Kroatische Föderation (BKF)
 Konfliktgegenstand: Autonomie, Sonstige (Minderheiten)

Die Konflikte zwischen Serben, Kroaten und Bosniaken (Muslime) sowie zwischen den Entitäten in Bosnien-Herzegowina bestehen fort. Die Bemühungen des Hohen Repräsentanten der Internationalen Gemeinschaft (OHR) Paddy Ashdown konzentrieren sich auch in diesem Jahr auf die Stärkung der Bundesorgane Bosnien-Herzegowinas, in denen sowohl die Bosniakisch-Kroatische Föderation als auch die Republika Srpska (RS) vertreten sind. Nach Bekanntwerden illegaler Waffenexporte und Spionageaktivitäten der RS im März beschneidet der Hohe Repräsentant am 2.4. die Befugnisse der bosnisch-serbischen Streitkräfte. Am 1.10. erlässt Ashdown mehrere Anweisungen, die die Gesetzgebung in den beiden Entitäten harmonisieren sollen. Nur unter massivem Druck von EU und NATO einigt sich das bosnische Staatspräsidium am 11.10. auf den Entwurf zu einer Streitkräfte reform, die die Armeen der Föderation und der RS unter einen gemeinsamen Oberbefehl stellen soll. Auch nach den Verfassungsänderungen des letzten Jahres wird die Funktionsfähigkeit der staatlichen Organe Bosnien-Herzegowinas durch die von allen drei Volksgruppen praktizierte Blockadepolitik massiv eingeschränkt.

sl

Frankreich (Korsika)

Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 1975
 Konfliktparteien: Korsische Nationalisten, Nationalfront für die Befreiung Korsikas (FLNC) vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sezession

Die Dezentralisierungspolitik der französischen Re-

gierung, die auf einen Sonderstatus der Mittelmeerinsel Korsika abzielt, scheitert knapp am Willen der korsischen Bevölkerung. In einem Referendum am 6.7. stimmen 50,98 % gegen die geplante Zusammenlegung der beiden Inseldepartements und mehr Verwaltungsautonomie. Im Zuge der Festnahme des mutmaßlichen Mörders des ehemaligen korsischen Präfekten Claude Erignac verschärft sich die Sicherheitslage auf Korsika erneut. Nach der Verurteilung acht Verdächtiger zu langen Haftstrafen verlässt die Partei Corsica Nazione am 11.7. aus Protest das regionale Parlament. Gleichzeitig hebt die Nationalfront für die Befreiung Korsikas (FNLC) ihren Waffenstillstand auf und bekennt sich zu zahlreichen Anschlägen der letzten Monate. Seit Jahresbeginn ereignen sich mehr als 200 Vorfälle; es gibt keine Todesopfer. ah

Georgien (Abchasien)

Intensität: 3 Veränderung: ↗ Beginn: 1989
 Konfliktparteien: Regierung vs. abchasische Oppositionelle
 Konfliktgegenstand: Ethnische und regionale Autonomie

Die autonome Republik Abchasien strebt nach wie vor die Abspaltung von Georgien und den Anschluss an Russland an. Der Waffenstillstand wird seit 1994 von einer UNO-Mission (UNOMIG) und GUS-Friedenstruppen überwacht. Trotzdem kommt es am 27.12.02 zu Zusammenstößen zwischen georgischen Zivilisten und abchasischen Sicherheitskräften, bei denen 30 Georgier festgenommen werden. Im Januar werden bei Zusammenstößen mit den russischen Friedenstruppen mindestens zwei abchasische Zivilisten getötet und mehrere Personen verwundet. Am 10.3. bietet Georgien Abchasien die Bildung einer gemeinsamen Föderation an. Diesen Vorschlag lehnt der abchasische Premierminister Raul Khadjimba strikt ab. Am 30.3. verüben abchasische Aufständische einen Sprengstoffanschlag auf die Energieversorgung in Tiflis und an-

Übersicht: Konflikte in Europa 2003

Konfliktname ¹	Direkt Beteiligte ²	Konfliktgegenstand	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Armenien - Aserbaidtschan *	Armenien vs. Aserbaidtschan	Territorium, Autonomie	1985	•	1
Bosnien-Herzegowina (RS - BKF)	Serben (SDS) vs. Kroaten (HDZ) vs. Muslime (SDA), Republika Srpska (RS) vs. Bosniakisch-Kroatische Föderation (BKF)	Ethnische Autonomie, Sonstige (ethnische Minderheiten)	1991	•	2
Frankreich (Korsika)	Korsische Nationalisten, korsische Terrororganisation (FLNC) vs. Regierung	Sezession	1975	•	3
Georgien (Abchasien)	Regierung vs. abchasische Oppositionelle	Ethnische und regionale Autonomie	1989	↗	3
Georgien (Adscharien) *	Adscharische Minderheit vs. Regierung	Autonomie	1989	•	1
Georgien (Putsch)	Georgische Zentralregierung vs. Opposition	Nationale Macht	2003	NEU	2
Georgien (Südossetien) *	Südossetische Minderheit vs. Georgische Minderheit	Sezession	1989	↘	1
Großbritannien - Spanien (Gibraltar) *	Großbritannien vs. Spanien	Territorium (Gibraltar)	1954	•	2
Großbritannien (Nordirland)	GB, Unionistische Parteien vs. nationalistische Parteien, IRA vs. extremistische loyalistische Paramilitärs und jeweiliger politischer Arm vs. extremistische republikanische Paramilitärs und jeweiliger politischer Arm	Sezession	1968	•	3
Island - Norwegen (Fischereirechte) *	Island vs. Norwegen	Ressourcen	1993	•	1
"Kaspisches Meer" *	Armenien vs. Aserbaidtschan vs. Georgien vs. Iran vs. Kasachstan vs. Russland vs. Türkei vs. Turkmenistan	Wassergrenze, Ressourcen (Erdöl, Erdgas), Internationale Macht	1993	•	2
Lettland - Russland	Lettland vs. Russland	Internationale Macht	1994	↗	2
Lettland (russischsprachige Minderheit)	Lettland vs. russischsprachige Minderheit	Autonomie	1991	•	2
Liechtenstein - Tschechien, Slowakei *	Liechtenstein vs. Tschechien, Slowakei	Territorium	1990	•	1
Makedonien (Albanische Nationalarmee)	Regierung vs. ANA	Sezession	2001	↗	3
Makedonien (Albanische Minderheit)	Regierung vs. Albanische Minderheit	Autonomie	1991	•	2
Moldau (Transnistrien)	Transnistrische Separatisten vs. Regierung	Sezession	1991	•	2
Rumänien - Ukraine	Rumänien vs. Ukraine	Seegrenze (Schwarzes Meer, Schlangeninsel, Kontinentalsockel), Ressourcen (Erdöl, Erdgas)	1991	• ENDE	1
Rumänien (Ungarische Minderheit) *	ungarische Minderheit vs. Regierung	Autonomie	1989	•	1
Russland - Georgien	Russland vs. Georgien	Internationale Macht	2001	•	3
Russland - Norwegen (Barentssee) *	Russland vs. Norwegen	Territorium	1947	•	1
Russland - Ukraine	Russland vs. Ukraine	Territorium (Insel Tuzla)	2003	NEU	2
Russland - Weißrussland *	Russland vs. Weißrussland	Territorium	2001	•	1
Russland (Tschetschenien)	Tschetschenische Rebellen vs. Regierung	Sezession	1991	↘	4
Serbien und Montenegro (Kosovo)	Zentralregierung vs. Parteien der Albaner (DPK, LDK)	Sezession	1989	•	3
Serbien und Montenegro (Montenegro)	Montenegrinische Regionalregierung vs. Zentralregierung	Sezession	1997	•	1
Serbien und Montenegro (UCPMB) *	UCPMB vs. Serbien und Montenegro	Sezession, Autonomie	2000	•	1
Serbien und Montenegro (Woiwodina)	Provinzregierung der Woiwodina vs. serbische Zentralregierung	Autonomie	1989	• ENDE	1
Slowakei (ungarische Minderheit) *	Ungarische Minderheit vs. Regierung	Autonomie	1993	•	1
Slowenien - Kroatien	Slowenien vs. Kroatien	Territorium (Grenze)	1991	•	2
Spanien - Marokko (Ceuta und Melilla)	Spanien vs. Marokko	Territorium (Ceuta und Melilla), Ressourcen (Fischfang)	1961	•	1
Spanien - Marokko (Petersilieninsel) *	Spanien vs. Marokko	Territorium (Petersilieninsel)	2002	↘	1
Spanien (Baskenland)	ETA vs. Regierung	Sezession	1960	•	3
Türkei - Griechenland	Türkei vs. Griechenland	Territorium (Seegrenze)	1960	•	2
Ungarn - Rumänien (Minderheit) *	Ungarn vs. Rumänien	Autonomie (ungarische Minderheit in Rumänien)	1990	↘	1
Ungarn - Slowakei (Minderheit) *	Ungarn vs. Slowakei	Autonomie (ungarische Minderheit in der Slowakei)	1993	↘	1
Ungarn - Slowakei (Ressourcen) *	Ungarn vs. Slowakei	Ressourcen	1989	•	1
Zypern	Nordzypern vs. Republik Zypern	Sezession	1963	•	2

¹) mit * gekennzeichnete Konflikte sind nicht mit einem eigenen Text im Regionalteil erwähnt

²) aufgeführt werden nur die im Berichtszeitraum direkt beteiligten Parteien

³) Veränderungen zum Vorjahr: ↗ bzw. ↗ Eskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; ↘ bzw. ↘ Deeskalation um eine bzw. mehr als eine Intensitätsstufe; • keine Veränderung

⁴) Intensitätsstufen: 5: Krieg; 4: ernste Krise; 3: Krise; 2: manifeste Krise; 1: latente Krise

grenzenden Provinzen. Nach Verhandlungen kommen drei UNO-Beobachter frei, die Anfang Juni in Abchasien als Geiseln genommen worden sind. *ik*

Georgien (Putsch)

Intensität: 2 Veränderung: NEU Beginn: 2003
 Konfliktparteien: Georgische Zentralregierung vs. Opposition
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

OSZE-Wahlbeobachter stellen fest, dass es bei den georgischen Parlamentswahlen am 2.11. zu starken Unregelmäßigkeiten gekommen ist. Die Opposition spricht von Betrugsfällen zu Gunsten der Parteien, die Staatschef Eduard Schewardnadse unterstützen. Am 3.11. veröffentlicht die Wahlkommission das vorläufige Wahlergebnis, das auf einen Sieg dieser Parteien hindeutet. Daraufhin ruft die Opposition zum Protest auf und fordert den Rücktritt Schewardnadses. Als ein Treffen zwischen dem Präsidenten und der Opposition am 9.11. ergebnislos endet und die Wahlkommission am 20.11. das Ergebnis für gültig erklärt, organisieren die Oppositionsführer einen Marsch auf Tiflis. Da die georgischen Sicherheitskräfte nicht einschreiten, kommt es zu keinen gewaltsamen Ausschreitungen. Nachdem auch der Chef des georgischen Sicherheitsrats Tedo Japaridse von Wahlbetrug spricht, überschlagen sich am 22.11 die Ereignisse. Während Schewardnadse die Eröffnungsrede vor dem neugewählten Parlament hält, stürmen die Demonstranten das Gebäude und besetzen es. Der Präsident flieht mit seinen Leibwächtern und ruft den Ausnahmezustand aus. In diesem Machtvakuum erklärt sich die Parlamentssprecherin Nino Burdschanadse bis zu vorgezogenen Neuwahlen in 45 Tagen zur Präsidentin. Der russische Außenminister Igor Iwanow trifft in Tiflis ein, um zwischen Schewardnadse, der immer noch seinen Rücktritt ablehnt, und der Opposition zu vermitteln. Als große Teile der Armee zu den Demonstranten überlaufen, erklärt Schewardnadse am 23.11. seinen Rücktritt. *ik*

Großbritannien (Nordirland)

Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 1968
 Konfliktparteien: GB, Unionistische Parteien (UUP vs. DUP) vs. nationalistische Parteien (SDLP vs. Sinn Féin), IRA vs. extremistische loyalistische Paramilitärs (UVF, UDA/UFF, LVF, Red Hand Defenders, Orange Volunteers) und jeweiliger politischer Arm vs. extremistische republikanische Paramilitärs (Continuity IRA, INLA, Provisional IRA, Real IRA) und jeweiliger politischer Arm
 Konfliktgegenstand: Sezession

Der durch die Aufhebung der Teilautonomie ins Stocken geratene Friedensprozess in Nordirland ist nach wie vor gefährdet. Im Januar brechen einige loyalistische Splittergruppen den Kontakt zur internationalen Entwaffnungskommission ab. Die protestantischen paramilitärischen Gruppen setzen ihre Fehde untereinander mit mehreren Morden fort, bis die Anhänger des ehemaligen Anführers der Ulster Verteidigungsvereinigung (UDA) Johnny Adair unter dem Druck ihrer Gegner am 6.2. nach Schottland fliehen. Obwohl sich im März auch US-Präsident George W. Bush für ein Ende der paramilitärischen Gewalt stark macht, verschiebt der britische Premierminister Tony Blair am 1.5. die für den 29. desselben Monats geplanten Wahlen zum nordirischen Regionalparlament. Grund

dafür ist die anhaltende Unklarheit über die Haltung der IRA zur Gewaltfrage. Im Sommer gelingt es dem Parteichef der gemäßigten Ulster Unionistenpartei (UUP) David Trimble nur mit Mühe, eine Kursänderung seiner Partei hinsichtlich des Karfreitagsabkommens zu verhindern. Vor dem Hintergrund der vergleichsweise friedlichen Sommermonate unternehmen die wichtigen Parteien im September erste Sondierungsgespräche mit dem Ziel der Wiederherstellung der Teilautonomie. Ende Oktober vernichtet die IRA nach Aussage der internationalen Entwaffnungskommission im dritten und bisher umfassendsten Schritt weitere Teile ihres Arsenal. Trotz dieses Vorgangs bleiben die protestantischen Parteien skeptisch und fordern mehr Transparenz von Seiten der Irischen Republikanischen Armee (IRA) bei der Entwaffnung. Die radikale republikanisch-irische Partei Sinn Féin zeigt sich enttäuscht über diese ablehnende Haltung. Obwohl dem Friedensprozess durch diesen Disput erneut der Stillstand droht, setzt die Regierung in London Regionalwahlen für den 26.11. an. Der Wahlkampf und die Wahlen zur Regionalversammlung werden von Anfeindungen zwischen den Parteien und vereinzelt Anschlägen gegen öffentliche Einrichtungen überschattet. Trotz des erfolgreichen Verlaufs der Abstimmung ist eine sofortige Wiedereinsetzung der Allparteienregierung noch unsicher. Die Demokratische Unionistenpartei (DUP) gewinnt die meisten Sitze und löst damit die UUP als stärkste Kraft ab. Auch auf katholischer Seite gehen die radikalen Kräfte gestärkt aus der Wahl hervor. Hier setzt sich die Sinn Féin durch. *mt*

Lettland - Russland

Intensität: 2 Veränderung: ↗ Beginn: 1994
 Konfliktparteien: Lettland vs. Russland
 Konfliktgegenstand: Internationale Macht

Der Interessenkonflikt zwischen Lettland und Russland in der Frage der Rechte der russischsprachigen Minderheit in Lettland verschärft sich. Russland behindert den Einbürgerungsprozess der oftmals Staatenlosen, indem es diesen in Lettland lebenden "Nichtbürgern" den Erhalt russischer Visa erleichtert. Nach der erfolgreichen Volksabstimmung in Lettland zum EU-Beitritt legt Russland bei der EU Beschwerde ein, weil große Teile der russischsprachigen Minderheit nicht wahlberechtigt sind. Am 14.10. verabschiedet die Duma eine Resolution, in welcher Lettland Menschenrechtsverletzungen und die Diskriminierung der ethnischen Minderheiten vorgeworfen werden. *kw*

Lettland (Russischsprachige Minderheit)

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1991
 Konfliktparteien: Lettland vs. russischsprachige Minderheit
 Konfliktgegenstand: Autonomie

Der seit der Unabhängigkeit Lettlands bestehende Konflikt zwischen der lettischen Regierung und der russischsprachigen Minderheit um kulturelle Autonomie erreicht in diesem Jahr einen neuen Höhepunkt. Ab September 2004 soll in Lettland ein Gesetz in Kraft treten, das Lettisch zur allgemeinen Unterrichtssprache an allen staatlichen Schulen macht. Die in Lettland lebenden Russen, Weißrussen und Ukrainer, ca. 35% der Bevölkerung, protestieren in zahlreichen Demonstrationen für die Beibehaltung der russischsprachigen

Schulen. Die größte Demonstration findet am 23.5. in Riga statt, einen Tag vor dem dort stattfindenden Grand Prix d'Eurovision. *kw*

Makedonien (Albanische Nationalarmee)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Regierung vs. ANA	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Im Konflikt zwischen der makedonischen Regierung und der Albanischen Nationalarmee (ANA) lehnt letztere das von der UNO im Jahr 2001 zwischen der makedonischen Regierung und der albanischen Minderheit vermittelte Abkommen von Ohrid ab. Dieses räumt der albanischen Minderheit weitgehende Autonomierechte ein. Die ANA allerdings fordert die Vereinigung aller albanisch-besiedelten Gebiete in Südserbien, dem Kosovo, Makedonien und Nordgriechenland. Im Berichtszeitraum verübt die ANA mehrere Anschläge, die sich vornehmlich gegen Gebäude und Regierungseinrichtungen richten. Anfang September signalisiert sie der Regierung jedoch Gesprächsbereitschaft. Sie knüpft die Aufnahme von Verhandlungen an die Bedingungen, dass sämtliche inhaftierten ANA-Mitglieder frei gelassen werden, der ANA Amnestie gewährt wird und die Regierungstruppen sich aus den albanisch-besiedelten Gebieten an der Grenze zum Kosovo zurückziehen. Die Regierung lehnt dies ab. Anfang Oktober stellt Makedonien eine aus 1.000 Soldaten bestehende Sondereinheit zur Terrorismusbekämpfung auf. *fw*

Makedonien (Albanische Minderheit)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Regierung vs. Albanische Minderheit	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Im manifesten Autonomiekonflikt zwischen der makedonischen Regierung und der albanischen Minderheit löst die im November letzten Jahres gewählte Regierung Ende Januar die Sonderpolizei des Innenministeriums auf. Am 1.3. ersetzt die EU-Mission Concordia, bestehend aus 450 leicht bewaffneten Soldaten, die NATO-Operation Allied Harmony. Die 200 Mann starke EU-Polizeimission Proxima löst am 1.12. Concordia ab. Im März implementiert die Regierung per Gesetz einen substantiellen Teil des Ohrid-Abkommens, das auf die Erfüllung der Forderungen der albanischen Minderheit zielt. Am 17.7. erhält die albanischsprachige Universität von Tetovo offiziellen Status. *fw*

Moldau (Transnistrien)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Transnistrische Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der international nicht anerkannten Transnistrischen Moldauischen Republik (PMR) und der Republik Moldau ist ungelöst. Moldau betrachtet die PMR als Teilrepublik, die eine eigene Währung und Streitkräfte besitzt. Transnistrien verweigert dem moldauischen Präsidenten Wladimir Woronin und 13 weiteren moldauischen Politikern im März die Einreise. Im Mai nimmt die PMR nicht an den moldauischen Lokalwahlen teil. Trotz wiederhol-

ter Vereinbarungen mit der OSZE, seine Truppen abziehen, hat Russland noch immer Streitkräfte in Transnistrien stationiert. *kw*

Rumänien - Ukraine

Intensität: 1	Veränderung: • ENDE	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Rumänien vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Seegrenze (Schwarzes Meer, Schlangeninsel, Kontinentalsockel), Ressourcen (Erdöl, Erdgas)	

Am 17.6. legen Rumänien und die Ukraine den seit 1991 bestehenden Grenzstreit um die im Schwarzen Meer gelegene Schlangeninsel bei. Im Rahmen bilateraler Gespräche unterzeichnen der ukrainische Präsident Leonid Kutschma und sein rumänischer Amtskollege Ion Iliescu einen Vertrag, der die Zugehörigkeit der Schwarzmeerinsel zur Ukraine festschreibt. Die ukrainische Regierung sagt im Gegenzug zu, keine Offensivwaffen auf der Insel Smejni zu stationieren. *bg*

Russland - Georgien

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Russland vs. Georgien	
Konfliktgegenstand:	Internationale Macht	

Im Konflikt zwischen Russland und Georgien um Rückzugsbasen tschetschenischer Rebellen auf georgischem Territorium werden am 6.12.02 bei einem Zwischenfall in der Nähe des Pankisi-Tals fünf Verdächtige getötet. Ende Dezember 2002 wirft Russland Georgien vor, tschetschenische Rebellen dort nicht ausreichend zu verfolgen. Der georgische Minister für Staatliche Sicherheit Wachtang Kutateladse beschuldigt Russland dagegen, die tschetschenischen Freischärler mit Waffen zu beliefern. Russland protestiert am 28.3. gegen wiederholte US-amerikanische Aufklärungsflüge entlang der russisch-georgischen Grenze und plant ein Gesetz, das Georgien wirtschaftlich isolieren und im Gegenzug die abtrünnigen Republiken Abchasien und Südossetien stärker an Russland binden soll. Der oberste georgische Gerichtshof entscheidet am 16.5., die noch in Haft verbliebenen tschetschenischen Rebellen nicht an Russland auszuliefern. Diese sind im August 2002 vom georgischen Grenzschutz wegen illegalen Grenzübertretts und Waffenbesitzes festgenommen worden. Russland erhöht daraufhin den Druck auf Georgien. Am 12.8. droht Russland einen Militärschlag gegen tschetschenische Kämpfer auf georgischem Boden an. *ik*

Russland - Ukraine

Intensität: 2	Veränderung: NEU	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Russland vs. Ukraine	
Konfliktgegenstand:	Territorium (Insel Tuzla), Ressourcen (Erdgas, Erdöl, Fischfang)	

Am 19.9. beginnt Russland mit dem Bau eines Damms, der das russische Festland mit der Insel Tuzla in der Meerenge von Kertsch verbinden soll. Die Ukraine betrachtet Tuzla als eigenes Staatsgebiet und fordert Russland auf, den Bau sofort zu stoppen. Sie befürchtet, dass Russland mit diesen Ansprüchen auf Tuzla auch die Seegrenze zu seinen Gunsten verschieben will. Die Lage spitzt sich zu, als die Ukraine ihre Armee in Alarmbereitschaft versetzt und Truppenverbände an die Meerenge verlegt. Die USA und die

NATO intervenieren im Konflikt und fordern die Parteien auf, sich im Rahmen bilateraler Gespräche zu einigen. Nach Verhandlungen einigen sich der russische Ministerpräsident Michail Kasjanow und sein ukrainischer Kollege Viktor Janukowitsch am 24.10. auf die baldige Erarbeitung eines Abkommens über die Meerenge von Kertsch. Russland kündigt die Einstellung der Dammarbeiten an, während die Ukraine sich bereit erklärt, ihre Grenzsoldaten abzuziehen. *bg*

Russland (Tschetschenien)

Intensität: 4	Veränderung: 	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Tschetschenische Rebellen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Im Tschetschenien-Konflikt bemüht sich Russland, die Beziehungen zu der abtrünnigen Kaukasusrepublik zu normalisieren. Seit Anfang 2002 erarbeitet die von Russland eingesetzte tschetschenische Verwaltung eine Verfassung, die Tschetschenien den Status einer präsidentialen Republik innerhalb der Russischen Föderation gewähren soll. Anfang März dieses Jahres bezeichnet Russlands Präsident Wladimir Putin das für den 23.3. angekündigte Referendum über den Verfassungsentwurf als Grundlage für eine politische Lösung des Konfliktes. Die OSZE und der Europarat kritisieren die Bedingungen für die Abhaltung des Volkstscheids und entsenden keine Beobachter. Am 23.3. nehmen über 70 % der Stimmberechtigten am Referendum teil. Eine Mehrheit von 96 % befürwortet die neue Verfassung sowie die Gesetze zur Durchführung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Tschetschenische Rebellen bezeichnen das Ergebnis als Fälschung. Sie kündigen gewaltsamen Widerstand gegen die neue Verfassung an, die Tschetschenien als untrennbaren Teil der Russischen Föderation beschreibt. Seit einem schweren Selbstmordanschlag auf Gebäude der tschetschenischen Verwaltung Ende Dezember 2002, bei dem 80 Menschen getötet werden, ist es bis zur Mitte des Jahres 2003 zu keinen größeren Anschlügen durch tschetschenische Rebellen gekommen. Nach dem Referendum über die neue Verfassung verüben sie jedoch wiederholt Terroranschläge und Angriffe gegen russische Truppen. Bei den schwersten Vorfällen werden am 16.5. in Znamenskoye mindestens 61 Menschen getötet. Ein Attentat in Iliskhan-Yurt kostet 30 Menschen das Leben. Anfang August verüben tschetschenische Rebellen einen Anschlag auf das Militärkrankenhaus in Mozdok, bei dem 50 Menschen getötet werden. *vr*

Serbien und Montenegro (Kosovo)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Zentralregierung vs. Parteien der Albaner (DPK, LDK)	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Im Konflikt Serbien und Montenegros mit der albanischen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo um die Sezession der Provinz fordert der serbische Ministerpräsident Zoran Djindjic Anfang des Jahres eine endgültige Klärung der Statusfrage durch die UNO. Diese lehnt die Initiative als verfrüht ab. Erstmals seit 1999 führen die Konfliktparteien direkte Gespräche. Die Demokratische Partei Kosovos (DPK), die die stärkste Fraktion in der kosovarischen Volksvertretung stellt, boykottiert die Verhandlungen. Die Gespräche finden

zwischen dem 13. und 15.10. unter Vermittlung der UNO in Wien statt. Die Themen umfassen die Repatriierung der Flüchtlinge sowie Energie- und Transportfragen. Die Frage nach dem Status des Kosovo bleibt zunächst ausgeklammert. Die Gespräche sollen auf Ministerialebene weitergeführt werden. Im weiteren Vorfeld des Treffens kommt es zu gewaltsamen Übergriffen gegen die serbische Minderheit und Anschlägen der Albanischen Nationalarmee (ANA). Diese fordert einen Zusammenschluss aller albanisch besiedelten Gebiete in Kosovo, Mazedonien und Südserbien. *fw*

Serbien und Montenegro (Montenegro)

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Montenegrinische Regionalregierung vs. Zentralregierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Im Streit um die Unabhängigkeit Montenegros beschließen die Parlamente der beiden Teilrepubliken Serbien und Montenegro Ende Januar die Umwandlung des jugoslawischen Bundesstaates in einen losen Staatenbund. Am 4.2. verabschiedet auch das jugoslawische Bundesparlament die Verfassungsänderungen zur Schaffung der Union Serbien und Montenegro. Nach der neuen Verfassung haben beide Republiken das Recht, den Staatenbund nach einer dreijährigen Frist per Volksabstimmung wieder zu verlassen. Anfang September betont Montenegros Präsident Milo Djukanovic erneut, dass er diese Möglichkeit wahrzunehmen plant. Damit ist eine Lösung des Konflikts verschoben. *sl*

Serbien und Montenegro (Woiwodina)

Intensität: 1	Veränderung: • ENDE	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Provinzregierung der Woiwodina vs. serbische Zentralregierung	
Konfliktgegenstand:	Autonomie	

Der Konflikt um den Status der nordserbischen Provinz Woiwodina ist beendet. Das Belgrader Parlament verabschiedet im Januar 2002 das "Omnibus-Gesetz", das die weitgehende Wiederherstellung der 1989 aufgehobenen Autonomie der Woiwodina vorsieht. Mit der neuen serbischen Verfassung vom 4.2.03 wird die Autonomie der Provinz endgültig festgeschrieben. *sl*

Slowenien - Kroatien

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Slowenien vs. Kroatien	
Konfliktgegenstand:	Territorium (Grenze)	

Der Grenzverlauf in der Bucht von Piran in der nordöstlichen Adria ist weiterhin umstritten. Trotz der Gesprächsbereitschaft, die Kroatien und Slowenien Anfang des Jahres artikulieren, können sich diese nicht auf eine endgültige Festlegung der Seegrenze einigen. Nachdem Kroatien am 1.8. die Einrichtung einer Exklusiven Wirtschaftszone in der Adria angekündigt hat, verschlechtern sich die Beziehungen zwischen beiden Staaten. Am 31.8. zieht Slowenien seinen Botschafter aus Zagreb ab und droht, Kroatiens EU-Beitritt im Jahr 2007 nicht zu unterstützen. Im September fordert die EU, die Streitigkeiten im Rahmen bilateraler Gespräche beizulegen. Kroatien nimmt Abstand von der Deklaration einer Exklusiven Wirtschaftszone, be-

schließt jedoch am 31.10. die Einrichtung einer Umwelt- und Fischereischutzzone in der Adria. Slowenien protestiert dagegen, da es seine ökonomischen Interessen in der Adria gefährdet sieht. Anfang Oktober kritisiert die EU die unilaterale Entscheidung Kroatiens und fordert Premierminister Ivica Racan auf, den Dialog mit Slowenien zu suchen. *sl*

Spanien - Marokko (Ceuta und Melilla)

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1961
Konfliktparteien:	Spanien vs. Marokko	
Konfliktgegenstand:	Territorium (Ceuta und Melilla), Ressourcen (Fischfang)	

Der Konflikt zwischen Marokko und Spanien um die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla besteht weiter. Die Lage zwischen beiden Regierungen entspannt sich, als Marokko im Februar in Folge eines Tankerunglücks vor der galizischen Küste vorübergehend das Fischerei-Verbot für spanische Schiffe in marokkanischen Gewässern aufhebt. Im Januar verständigen sich die spanische Außenministerin Ana Palacio und der marokkanischen König darauf, die Botschafter, die im Oktober 2001 abgezogen worden sind, wieder zu entsenden. Bei ersten Gesprächen seit Beginn des Konflikts um die Petersilieninsel im Juni betonen die Regierungschefs beider Länder José Maria Aznar und Driss Jettou die Normalisierung der Beziehungen. *sk*

Spanien (Baskenland)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1960
Konfliktparteien:	ETA vs. Spanische Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Im Konflikt um die Unabhängigkeit des Baskenlands setzt die Terrororganisation Baskenland und Freiheit (ETA) ihren bewaffneten Kampf gegen die spanische Regierung fort. Bei Sprengstoffanschlägen werden in diesem Jahr vier Menschen getötet und zahlreiche verletzt. Die spanische Polizei reagiert darauf verstärkt mit Festnahmen und der Beschlagnahmung von Waffen. Im Oktober legt die baskische Regierung unter Juan José Ibarretxe den nach ihm benannten Plan vor, der die Loslösung des Baskenlands von Spanien in zwei Schritten vorsieht. Zunächst sollen den Basken weitere Kompetenzen in den Bereichen Justiz, Polizei, Bildung und Infrastruktur zugestanden werden. 2005 soll dann die baskische Bevölkerung in einem Referendum über die endgültige Loslösung von Spanien entscheiden. Die spanische Regierung lehnt den Plan ab. *sk*

Türkei - Griechenland

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1960
Konfliktparteien:	Türkei vs. Griechenland	
Konfliktgegenstand:	Territorium (Seegrenze)	

Die Türkei und Griechenland erhalten ihre Forderungen im Konflikt um Hoheitsrechte in der Ägäis aufrecht. Am 9.6. kommt ein türkischer Kampfflugzeug einem griechischen Passagierflugzeug zu nahe, was zu Unstimmigkeiten zwischen beiden Regierungen führt. Der türkische Außenminister Abdullah Gül schlägt bei seinem Besuch in Athen am 17.6. die Bildung einer türkisch-griechischen Kommission zur Untersuchung des Vorfalls vor. Des Weiteren verzichten am 10.10. beide Staaten auf geplante Manöver im Mittelmeer. Nach erneuten Gesprächen zwischen den Außenmi-

nistern beider Länder in Athen erklärt Gül am 21.10., dass Spannungen zwischen beiden Staaten der Vergangenheit angehörten. *ks, mad*

Zypern

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1963
Konfliktparteien:	Nordzypern vs. Republik Zypern	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

In den ersten Monaten des Berichtszeitraums zeichnet sich eine Annäherung zwischen der Republik Zypern und Nordzypern ab. Mit der Grenzöffnung im Sommer 2003 wird ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Lösung des Sezessionskonflikts gemacht. Zunächst lehnt der Vertreter der türkischen Volksgruppe in Nordzypern Rauf Denktasch am 10.12.2002 die überarbeitete Version des UNO-Friedensplans für Zypern ab. Verhandlungen am Rande des EU-Gipfels in Kopenhagen bleiben ohne Erfolg. Der externe und interne Druck auf Denktasch steigt, den UNO-Plan zu akzeptieren. Nach einem UNO-Ultimatum beginnen Ende Januar regelmäßige Treffen zwischen den Generalsekretären der Außenministerien.

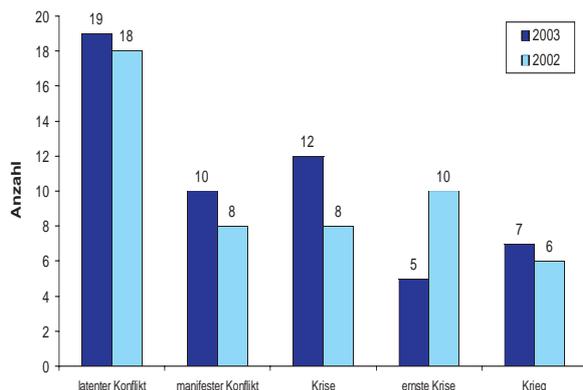
Am 16.2. gewinnt der Oppositionspolitiker Tassos Papadopoulos die Präsidentschaftswahlen der Republik Zypern mit 51,5% der Stimmen und löst damit den kooperationswilligeren Glafkos Klerides ab. Er kündigt an, Teile des UNO-Plans neu verhandeln zu wollen. Ende Februar trifft UNO-Generalsekretär Kofi Annan nacheinander die griechische und die türkische Regierung sowie Denktasch und Papadopoulos. Annan lädt beide nach Den Haag ein, um über den Status Zyperns zu entscheiden. Mit der politischen Unterstützung der Türkei kündigt Denktasch bereits im Vorfeld an, dass er den UNO-Plan ablehnen wird. Am 10.3. scheitern die Gespräche. Ohne eine Lösung der Zypern-Frage abzuwarten, unterzeichnen die EU-Mitgliedstaaten am 16.4. die Beitrittsverträge für die zehn neuen Mitgliedstaaten. Ab Mai 2004 gehört die Republik Zypern somit zur EU. Am 21.4. kündigt Nordzypern überraschend die Öffnung der Grenzen an, die vier Tage später erfolgt. Im Juli lehnt Papadopoulos Denktaschs Vorschläge zur weiteren Verbesserung der bilateralen Beziehungen ab. Stattdessen ratifiziert das Parlament der Republik Zypern am 14.7. den EU-Beitrittsvertrag. Daraufhin unterzeichnen die Türkei und Nordzypern am 8.8. ein Handelsabkommen. *ks*

Afrika

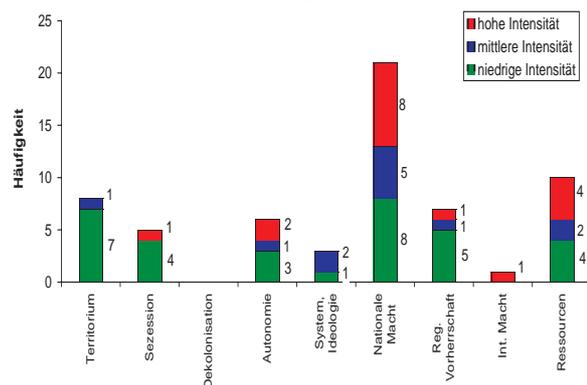
Afrika bleibt wie im Vorjahr die Region mit den meisten Kriegen. Die Zahl der intensiv geführten Gewaltkonflikte insgesamt reduziert sich jedoch von 16 auf 12. Die deutlichste Deeskalation erfährt Angola nach dem Ende des Bürgerkrieges. Das gewaltsame Konfliktschehen konzentriert sich auf das Gebiet der Großen Seen und Westafrika. Viele der gewaltsam ausgetragenen Konflikte deeskalieren im Laufe des Jahres. Haupthindernis einer weiteren Deeskalation ist die weite Verbreitung von Kleinwaffen.

Externer Druck führt zu einer gewissen Konfliktmüdigkeit. Die Möglichkeit zur Finanzierung der Konfliktparteien durch rücksichtslose Ausbeutung der Ressourcen und Bevölkerung wird zunehmend eingeschränkt, beispielsweise durch die Boykottierung des Handels mit Blutdiamanten. Hauptkonfliktgegenstände bleiben nationale Macht und Ressourcen. Die Mehrzahl der Opfer sind Zivilisten. Die UNO unternimmt am häufigsten und erfolgreichsten Lösungsversuche. Sie zögert dabei nicht, ihre Missionen mit einem robusteren Mandat als früher auszustatten.

Konfliktintensitäten Afrika 2003 - 2002



Häufigkeit der Konfliktgegenstände nach Gewalteintritt
Afrika 2003



Angola (Cabinda)

Intensität: 4 Veränderung: • Beginn: 1975
 Konfliktparteien: FLEC; FLEC-FAC; FLEC-Renovada,
 FLEC-Plattform, FDC vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Sezession

Der Konflikt zwischen diversen Befreiungsbewegungen und der angolanischen Regierung um die Zukunft der ölreichen Provinz Cabinda bleibt ungelöst. Die Fortsetzung der Regierungsoffensive, Sondierungsgespräche zwischen Rebellen und Regierung in Paris und Luanda, die fortschreitende Zersplitterung der unterschiedlichen Rebellenbewegungen sowie die sich verschlechternde humanitäre Situation sind die bestimmenden Ereignisse in Cabinda.

Die im Oktober 2002 von der Regierung begonnene Offensive setzt sich über den Winter fort. Im November 2002 erobern Regierungstruppen das Hauptquartier der Front für die Befreiung der Enklave Cabinda - Streitkräfte Cabindas (FLEC-FAC) bei Bucu-Zau, im Dezember folgen Aktionen gegen die Front für die Befreiung Cabindas - Erneuerung (FLEC-Renovada). Die im Januar in Paris und Luanda begonnenen Sondierungsgespräche zwischen Regierung und Rebellengruppen bleiben bis Jahresende ergebnislos. Am 26.4. kommt es innerhalb der FLEC-FAC zum Bruch zwischen dem Vorsitzenden N'Zita Tiago und seinem "Außenminister" Liberal Nuno, nachdem sich bereits am 5.3. mit der Geheimen Armee für die Befreiung Cabindas (ELSC) eine neue Rebellenbewegung gebildet hat. Im Januar verhindert die Regierung eine Untersuchung des UNHCR von Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte. *rs*

Angola (UNITA)

Intensität: 1 Veränderung: ↓ Beginn: 1975
 Konfliktparteien: Regierung vs. UNITA
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht, Ressourcen

Der 2002 eingeleitete Friedensprozess zwischen der regierenden Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) und der Union für die Totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA) setzt sich fort. Die Demobilisierung von ca. 95.000 Ex-UNITA-Soldaten, die Rückkehr von ca. drei der vier Millionen Vertriebenen sowie der Wechsel an der Spitze der UNITA sind die bestimmenden Ereignisse.

Gemäß der Übereinkunft vom 4.4.02 richtet die Regierung 41 Sammellager ein, in denen ca. 95.000 UNITA-Soldaten registriert und demobilisiert werden. Am 27.6. erklärt die Regierung die Demobilisierung für beendet und ordnet die Schließung des letzten Sammellagers an. UNITA-Führer Paulo Lukamba "Gato" kritisiert mehrfach die Lebensbedingungen in den Sammellagern, sowie das Fehlen von ausreichenden Reintegrationsprogrammen. Die UNITA bemüht sich den Wandel zu einer politischen Partei zu vollziehen. Am 26.6. wird der Ex-UNITA-Diplomat Isais Samakuva zum neuen Präsidenten der UNITA gewählt. Im August erklärt die UNITA, dass einzelne ihrer Büros von MPLA-Anhängern beschädigt worden seien. Trotz aller Spannungen erscheint eine gewaltsame Eskalation sehr unwahrscheinlich. *rs*

Äthiopien - Eritrea

Intensität: 3 Veränderung: ↑ Beginn: 1998
 Konfliktparteien: Äthiopien vs. Eritrea
 Konfliktgegenstand: Territorium (Grenzverlauf)

Die Demarkation der äthiopisch-eritreischen Grenze verschiebt sich seit Juli mehrfach. Der von der Grenz-

kommission für Äthiopien und Eritrea (EEBC) am 13.4.02 endgültig festgelegte Grenzverlauf, der Eritrea die umstrittene Stadt Badme zuspricht, wird von Äthiopien nicht anerkannt. Eritrea lehnt weitere Verhandlungen über diese Frage ab.

Derzeit ist die UNO-Mission UNMEE in der Region mit 4.200 Mann vertreten und sichert eine 25 km breite temporäre Sicherheitszone (TSZ) entlang der äthiopisch-eritreischen Grenze. Trotzdem wird Anfang November ein eritreischer Soldat bei einem Grenzzwischenfall erschossen. Die äthiopische Regierung weist jede Verantwortung für den Zwischenfall von sich. Wenige Tage darauf tritt die Militärische Koordinationskommission (MCC) in Namibia zusammen und einigt sich, derartige Zwischenfälle in Zukunft zu vermeiden. Gespräche zwischen den Konfliktparteien und der EEBC in Den Haag verlaufen am 19.11. ergebnislos. *kat*

Burundi (Hutu)

Intensität: 5	Veränderung: •	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	verschiedene Hutu-Rebellenorganisationen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht	

Trotz eines am 3.12.02 geschlossenen Waffenstillstandsabkommens zwischen einer Fraktion der Verteidigung der Demokratie - Kräfte für die Verteidigung der Demokratie (CNDD-FDD) unter Pierre Nkurunziza und der Regierung, dem sich alle anderen Rebellengruppen bis auf Agathon Rwasas Splittergruppe der Partei für die Befreiung des Hutu-Volkes - Nationale Befreiungskräfte (Palipehutu-FNL) anschließen, dauern die Gefechte im ersten Halbjahr fast ununterbrochen an. Anfang Juli greifen Rwasas und Nkurunziza gemeinsam die Hauptstadt Bujumbura an, obwohl am 1.5. gemäß dem Friedensabkommen von Arusha aus dem Jahr 2000 der Hutu Domitien Ndayizeye die Präsidentschaft übernommen hat. Während Nkurunziza nach dem Angriff auf Bujumbura den Kampf beendet und mit der Regierung über eine Machtbeteiligung verhandelt, setzt Rwasas Palipehutu-FNL ihre Offensive gegen die Regierung fort und greift erneut Bujumbura an. Diese entgegengesetzten Positionen der Rebellenführer resultieren am 8.9. erstmals in Kämpfen zwischen zwei Hutu-Rebellengruppen, die, wie auch die Kämpfe zwischen Rwasas Palipehutu-FNL und der Armee, immer noch andauern. Nkurunziza schließt am 8.10. ein Waffenstillstands- und Machtbeteiligungsabkommen sowie am 17.11. ein Friedensabkommen mit der Regierung. Am 20.10. erreichen die AU-Friedenstruppen in Burundi (AMIB) unter der Führung Südafrikas zur Absicherung des Arusha-Abkommens ihre volle Stärke. Am 24.11. bildet Ndayizeye sein Kabinett um, Nkurunziza wird als Minister für Good Governance drittmächtigster Mann in der Regierung. *hlm*

Elfenbeinküste (Rebellen)

Intensität: 5	Veränderung: •	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	RDR, MPC, MPIGO, MJP, Forces Nouvelles vs. Regierung (FPI)	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der 2002 verschärfte gewaltsame Machtkampf zwischen der regierenden Ivorischen Volksfront (FPI) des Präsidenten Laurent Gbagbo und den verschiedenen

Rebellenbewegungen (MPCI, MPIGO, MJP) sowie der politischen Opposition setzt sich fort. Am 6.12.02 werden in Monko Zohi Massengräber mit 120 Leichen entdeckt. Die UNO-Verifikationsmission vom 23. bis 29.12.02 kritisiert den mangelnden Schutz der Zivilisten vor Todesschwadronen. Während der Kampfhandlungen wird das französische Kontingent in der Pufferzone zwischen den Rebellen im Norden und den Regierungstruppen (FANCI) im Süden angegriffen. Nach erfolglosen Vermittlungsbemühungen der ECOWAS, der AU und der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich gelingt es, mit allen Konfliktparteien vom 17. bis 24.1. Friedensgespräche in Marcoussis, Frankreich, abzuhalten. Ergebnis sind die Einrichtung einer Versöhnungsregierung, eine Amnestie für die Aufständischen und die Neugestaltung des Einbürgerungs- und Wahlrechts. Am 27.1. beginnen die Gespräche zur Regierungsbildung, wobei der bei den Friedensverhandlungen nicht anwesende Gbagbo die Umsetzung stark behindert. Die UNO-Mission MINUCI beginnt am 14.3. zur Absicherung des Friedensprozesses. In den andauernden Kämpfen zwischen den Regierungstruppen und den Rebellen, die von liberianischen Söldnern unterstützt werden, sterben am 22.3. 42 Zivilisten. Nach Einsetzung der Versöhnungsregierung am 26.3. resultiert ein Angriff auf ein Regierungsmitglied der Rebellen am 30.6. in einer Regierungskrise, die sich durch Unstimmigkeiten über die Implementierung des Demobilisierungsprogramms (DDR) weiter zuspitzt. Am 23.9. treten alle Regierungsmitglieder der MPC zurück. Obwohl Vermittlungsbemühungen der Internationalen Organisation der Frankophonie (OIF) vom 1. bis 4.10., der ECOWAS am 19.11. und Frankreichs Außenminister Dominique de Villepin am 21.11. stattfinden, bleibt die Zukunft des DDR-Programms und der Rebellenbeteiligung an der Regierung ungewiss. *gs*

Guinea-Bissau (Opposition)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen Regierung und Opposition in Guinea-Bissau ist von der desolaten wirtschaftlichen Situation und dem Unwillen von Präsident Kumba Yala, Neuwahlen auszurufen, bestimmt. Am 24.2. ruft die Nationale Union der Arbeiter Guineas (UNTG) einen fünftägigen Streik aus. Die für Februar angesetzten Wahlen werden viermal verschoben. Die von Opposition und internationaler Gemeinschaft geforderten Wahlvorbereitungen gehen schleppend voran. Währenddessen schließt Yala den einflussreichsten Radiosender, entlässt seinen Informationsminister und ordnet willkürliche Verhaftungen an. Am 14.9. wird Yala durch einen unblutigen Militärputsch unter General Verissimo Correia Seabra abgesetzt. Die Verwaltungsgeschäfte übernimmt bis zu Neuwahlen eine Übergangsregierung. Die Militärjunta ernennt den Zivilisten Henrique Rosa zum Präsidenten, unterzeichnet einen Vertrag mit 22 gesellschaftlichen Gruppen, die dann einen provisorischen nationalen Übergangsrat konstituieren. Yala ruft dagegen am 17.9. zur öffentlichen Unterstützung der Formierung einer Regierung der Nationalen Einheit auf. *pd*

Übersicht: Konflikte in Afrika 2003

Konfliktname ¹	Direkt Beteiligte ²	Konfliktgegenstand	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Angola (Cabinda)	FLEC; FLEC-FAC; FLEC-Renovada, FLEC-Platform, FDC vs. Regierung	Sezession	1975	•	4
Angola (UNITA)	Regierung vs. UNITA	Nationale Macht; Ressourcen	1975	↓	1
Äthiopien - Eritrea	Äthiopien vs. Eritrea	Territorium/Grenzverlauf	1998	↑	3
Äthiopien - Somalia *	Äthiopien vs. Somalia	Internationale Macht	2003	NEU	2
Äthiopien (Ogaden) *	ONLF vs. Äthiopien	Autonomie	1984	•	1
Äthiopien (Oromo) *	OLF vs. Regierung	Ethnische, regionale Autonomie	1974	↓	1
Burundi (Hutu)	verschiedene Hutu-Rebellenorganisationen vs. Regierung	Nationale Macht	1993	•	5
Elfenbeinküste (Rebellen)	RDR, MPCI, MPIGO, MJP, Forces Nouvelles vs. Regierung Elfenbeinküste (FPI)	Nationale Macht	2000	•	5
Ghana *	Andani vs. Abudu	Regionale Vorherrschaft	2002	↓	1
Guinea-Bissau (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht	1998	↗	3
Guinea (UDFG) *	UDFG vs. Regierung	Nationale Macht	1999	• ENDE	1
Kenia (Ethnien), Uganda (Ethnien)	Pokot, Karamojong, Sabinu, Turkana, Dinka	Ressourcen (Weideland, Vieh, Hilfsgüter)	1991	•	3
Komoren *	Regionalregierungen vs. Regierung der Komoren auf Grande Comore	Sezession	1997	•	2
DR Kongo (Rebellen)	RCD-Goma, RCD-ML-K, RCD-N, MLC vs. Mayi-Mayi, Interahamwe, Regierung	Nationale Macht, Ressourcen	1996	•	5
DR Kongo (Hema - Lendu)	Hema (UPC, FAPC, PUSIC), RCD-Goma (Ruanda) vs. Lendu (FNI, FPDC), Regierung, Uganda, RCD-K/ML, EU	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	2000	↗	5
Kongo-Brazzaville (Ninja-Milizen)	Regierung vs. Ninja-Milizen	Nationale Macht	1997	↘	3
Liberia	LURD und MODEL vs. Regierung unter Charles Taylor	Nationale Macht	1998	•	5
Madagaskar	Regierung vs. Komitee für die Verteidigung von Wahrheit und Gerechtigkeit (Ex-Präsident Didier Ratsiraka)	Nationale Macht, Sezession	2001	↘	2
Mauretanien - Senegal *	Mauretanien vs. Senegal	Ressourcen, Territorium	2000	•	1
Mauretanien (Putsch)	Regierung vs. Putschisten	Nationale Macht	2003	NEU	3
Mauritius - Großbritannien (Diego Garcia) *	Mauritius vs. Großbritannien	Territorium (Diego Garcia und Chagosarchipel)	1980	•	1
Namibia - Botswana *	Botswana vs. Namibia	Territorium, Grenze (Situngu-Inseln)	1997	• ENDE	1
Namibia (Caprivi-Streifen) *	CLA vs. Regierung	Sezession	1998	•	1
Niger - Benin *	Benin vs. Niger	Territorium (Grenze, Lété-Insel)	1964	•	1
Nigeria - Kamerun (Bakassi) *	Nigeria vs. Kamerun	Territorium, Ressourcen	1993	•	1
Nigeria (Christen - Muslime)	Muslime, Hausa-Fulani vs. Christen, Yoruba	Religiöse Vorherrschaft	1993	•	3
Nigeria (Nigerdelta - Ijaw)	Ijaw, Urhobo vs. Itsekiri, Regierung	Ressourcen (Öl)	1993	↑	4
Nigeria (Nigerdelta - Ogoni) *	Ogoni vs. Regierung	Ressourcen (Öl)	1993	↘	1
Ruanda (Hutu)	Regierung vs. Hutu (Interahamwe, FDLR)	Nationale Macht, ethnische Autonomie	1994	•	3
São Tomé und Príncipe - Nigeria *	São Tomé und Príncipe vs. Nigeria	Territorium (Seegrenze), Ressourcen (Öl)	1994	• ENDE	1
São Tomé und Príncipe (Putsch)	Fernando Pereira, CDF vs. Regierung	Nationale Macht	2003	NEU	3
Senegal (Casamance)	MFDC vs. Regierung	Regionale und ethnische Autonomie	1982	•	3
Sierra Leone (RUF) *	RUF vs. Regierung	Nationale Macht, Ressourcen	1991	•	2
Simbabwe (Opposition)	MDC, NCA, CFU vs. Regierung (ZANU-PF)	Nationale Macht	2000	•	3
Somalia (nationale Macht)	Somalische Übergangsregierung u.a. vs. SRRC u.a.	Nationale Macht	1980	•	4
Somalia (Puntland)	Abdullahi Yussuf vs. Jama Ali Jama	Regionale Vorherrschaft	2001	↘	3
Somalia (Somaliland) *	Somaliland vs. Somalia (TNG, Kriegsherren, Puntland)	Sezession	1991	•	2
Sudan - Uganda *	Sudan vs. Uganda	internationale Macht (Unterstützung der Rebellen)	1989	•	2
Sudan (SPLA)	SPLA, NDA vs. Regierung	Sezession, Ressourcen im Südsudan, Religiöse Vorherrschaft	1989	•	4
Sudan (Darfur-SLA)	Sudanese Liberation Army (SLA) vs. Regierung, Arabische Milizen	Regionale Vorherrschaft	2003	NEU	4
Südafrika - Namibia *	Südafrika vs. Namibia	Grenze, Ressourcen (Diamanten)	2000	•	1
Südafrika (KwaZulu-Natal) *	Inkatha Freiheitspartei (IFP) vs. Regierung	regionale Vorherrschaft	1999	•	1
Swasiland - Südafrika *	Swasiland vs. Südafrika	Territorium	1902	•	1

1) 2) 3) 4) siehe Seite 11: Übersicht: Konflikte in Europa

Konfliktname ¹	Direkt Beteiligte ²	Konfliktgegenstand	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Swasiland (Opposition)	Regierung (König Mswati III.) vs. SFTU, PUDEMO, SWAYOCO u.a.	System, nationale Macht	2000	↗	3
Tansania (Sansibar) *	Tansania, CMM vs. CUF	Autonomie, regionale Vorherrschaft	1993	•	1
Togo (Opposition)	Regierung (PPT) vs. Opposition (UFC)	Nationale Macht	2002	NEU	2
Tschad (MDJT) *	Tschad vs. MDJT	Nationale Macht	1998	↓ ENDE	1
Uganda - Ruanda *	Uganda vs. Ruanda	Internationale Macht, Ressourcen	2000	↗	2
Uganda (ADF, PRA, NALU)	Regierung vs. ADF, PRA, NALU	Nationale Macht	1992	↓	2
Uganda (LRA)	Regierung vs. LRA	Nationale Macht	1992	•	5
Uganda (UNRF II) *	Uganda vs. UNRF II	Nationale Macht	1979	• ENDE	1
Zentralafrika - Tschad *	Zentralafrika (Patassé) vs. Tschad	Nationale Macht	2002	↘ ENDE	2
Zentralafrika (Bozizé - Patassé)	Regierung vs. François Bozizé; Regierung vs. Ange-Felix Patassé	Nationale Macht	1997	↗	5

1) 2) 3) 4) siehe Seite 11: Übersicht: Konflikte in Europa

Kenia (Ethnien), Uganda (Ethnien)

Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 1991
 Konfliktparteien: Pokot, Karamojong, Sabiny, Turkana, Dinka
 Konfliktgegenstand: Ressourcen (Weideland, Vieh, Hilfsgüter)

Die Auseinandersetzungen um Weidegründe und Hilfsgüter zwischen verschiedenen Stämmen in den nahe der jeweiligen Grenzen gelegenen Gebieten Kenias, Ugandas und des Sudan fordern mindestens 50 Todesopfer. Schwere Kämpfe finden vor allem im Januar, April und Juni statt. Die Verbreitung von Kleinwaffen seit Anfang der 1990er Jahre führt dazu, dass bereits existierende traditionelle Stammesfeindschaften zunehmend gewaltsamer ausgetragen werden. *cb*

DR Kongo (Rebellen)

Intensität: 5 Veränderung: • Beginn: 1996
 Konfliktparteien: RCD-Goma, RCD-ML-K, RCD-N, MLC vs. Mayi-Mayi, Interahamwe, Regierung
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht, Ressourcen

Die Friedensverhandlungen im Bürgerkrieg im Kongo, die seit 1999 neben den Kämpfen stattfinden, zeigen deutliche Fortschritte. In diesem Krieg sind seit 1998 rund 3,3 Millionen Menschen gestorben. Am 6.12.02 schließt Präsident Joseph Kabila mit den beiden größten Rebellengruppen, der Befreiungsbewegung des Kongo (MLC) und der Kongolesischen Sammlungsbewegung für Demokratie - Goma (RCD-Goma) ein Abkommen über Mitbeteiligung an der Regierung. Die RCD - Befreiungsbewegung - Kisangani (RCD-ML-K) bricht zuvor die Teilnahme an den Verhandlungen ab. Die ruandischen Rebellen der Mayi-Mayi sprechen sich gegen die Vereinbarung aus. Am 17.12.02 wird mit Hilfe des Inter-Kongolesischen Dialogs (ICD) in Pretoria eine Übergangsregierung beschlossen. Sie soll zwei Jahre bestehen und Mitglieder von allen Rebellengruppen enthalten. Bereits am 23.12.02 brechen neue Kämpfe zwischen MLC, RCD-Nord (RCD-N) und RCD-ML-K aus. 50.000 Menschen fliehen in den Kivu-Regionen. Der ICD stellt am 12.3. einen neuen Verfassungsentwurf vor. Am 2.4. unterzeichnen alle Konfliktparteien ein Friedensabkommen. Kabila wird am 9.4. als Übergangspräsident vereidigt. Der RCD-Goma lehnt dies ab. Im Osten des Kongo liefern sich der RCD-Goma und die ruandischen Hutu-Rebellen der Interahamwe weiterhin Gefechte; dieser kämpft auch gegen Mayi-Mayi und RCD-ML-K. Der RCD-Goma setzt den ICD aus, nachdem er im Mai eine Offensive in Kivu beginnt. Dabei erhält die Gruppe Hilfe von Ruanda, das sie schon im Bürgerkrieg unter-

stützt und mit ihm die ruandischen Rebellen im Kongo bekämpft hat. Die Situation im Osten verbessert sich erst, nachdem der RCD-Goma einen Teilrückzug zustimmt und dann auch der RCD-ML-K im Juli gegen die Mayi-Mayi vorgeht. Am 5.9. wird die neue kongolesische Armee vereidigt, der alle Rebellengruppen angehören sollen. Daraufhin schließen am 3.10. der RCD-Goma und Mayi-Mayi einen Waffenstillstand, wie schon zuvor RCD-Goma und RCD-ML-K. Am 16.10. fordert der Kongo alle Hutu-Rebellen aus Ruanda auf, das Land zu verlassen. Bis zum 24.11. werden rund 3.400 von 14.000 Interahamwe-Kämpfern demobilisiert und repatriert. Die UNO-Mission MONUC wird am 29.7. auf 10.800 Soldaten vergrößert und beginnt am 14.11. mit einer neuen proaktiven Strategie, um im Rahmen eines robusten Mandats, auch vor dem Hintergrund der Ereignisse in Ituri, ihr Entwaffnungsprogramm voranzubringen. *pb*

DR Kongo (Hema - Lendu)

Intensität: 5 Veränderung: ↗ Beginn: 2000
 Konfliktparteien: Hema (UPC, FAPC, PUSIC), RCD-Goma (Ruanda) vs. Lendu (FNI, FPDC), Regierung, Uganda, RCD-K/ML; EU
 Konfliktgegenstand: Regionale Vorherrschaft, Ressourcen

Die Auseinandersetzungen vor allem zwischen den Ethnien der Hema und Lendu in der Ituri-Provinz des Kongo flauen zu Beginn des Jahres ab. Die Milizen der Hema, die Union der Kongolesischen Patrioten (UPC), die Partei für Einheit, Sicherheit und Integrität des Kongo (PUSIC) und die Bewaffneten Kräfte des Kongolesischen Volkes (FAPC), unterstützt vom RCD-Goma, kämpfen gegen die Milizen der Lendu, die Front der Nationalisten und Integrationisten (FNI) und die Volksarmee für die Demokratie im Kongo (FPDC), die von den kongolesischen Rebellen des RCD-ML-K unterstützt werden. Der Kongo und Uganda vereinbaren am 17.2. neben dem Rückzug der ugandischen Truppen die Einsetzung einer Befriedungskommission (IPC). Nach dem Rückzug der ugandischen Truppen, die zumindest eine gewisse Kontrolle ausgeübt haben, eskaliert die Gewalt. Am 26.2. wird der Chef der UNO-Mission MONUC beschossen. Bei Kämpfen im Februar sterben 760 Menschen. Uganda stoppt daraufhin seinen Teilrückzug und erobert Bunia von der UPC am 6.3. zurück. Die UPC war ursprünglich mit Uganda verbündet, am 6.1. verbündet sie sich mit dem RCD-Goma, der vom ugandischen Rivalen im Kongo, Ruanda, unterstützt wird. Am 18.3. schließen beide einen

Waffenstillstand. Die ugandischen Truppen werden von uruguayischen Friedenstruppen ersetzt. Diese sind von der Lage überfordert. Anfang April werden beim schwersten Zwischenfall des Jahres 1.000 Menschen in Drodro ermordet. Im Mai bekämpfen sich die Stammesmilizen erneut heftig, die UPC erobert Bunia zurück. Uganda greift wieder in die Kämpfe ein, nachdem sie auf sein Territorium übergreifen. 300 Menschen sterben und 50.000 fliehen. Ein von allen Milizen unterzeichneter Waffenstillstand vom 18.5. hält nicht. Die EU beschließt unter UNO-Mandat am 12.6. ebenfalls Friedenstruppen nach Ituri zu entsenden. Diese werden von Frankreich angeführt und sind bereits ab dem 11.6. vor Ort. Ihr Mandat erstreckt sich nur auf die Stadtgrenzen von Bunia. Die UPC erklärt sich zur Zusammenarbeit mit ihnen bereit. Dennoch liefern sich einzelne Mitglieder Schießereien mit den Friedenstruppen. Anfang Juli kehren die ersten der bis zu 350.000 Flüchtlinge zurück. Die Friedenstruppen beginnen langsam mit der Entwaffnung der Milizen. Außerhalb von Bunia gehen die Kämpfe weiter. Am 1.9. übergeben die EU-Friedenstruppen Bunia an MONUC, die ihre Demilitarisierungsoperationen am 15.9. auf Ituri ausdehnt. Diese Operationen stoßen auf bewaffneten Widerstand. Im Oktober gehen die Kämpfe der Milizen weiter. Im November liefern sich die UNO-Truppen mehrere Gefechte mit Truppen der PUSIC. Die Sicherheitslage in Ituri ist sehr unsicher, vor allem aufgrund der zirkulierenden Waffen und der Unübersichtlichkeit des Gebiets. *pb*

Kongo-Brazzaville (Ninja-Milizen)

Intensität: 3	Veränderung: ↘	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Regierung vs. Ninja-Milizen	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Die Ninja-Milizen von Pasteur Ntoumi, die Präsident Denis Sassou-Nguesso bis Ende 2002 in der Pool-Region der Republik Kongo bekämpft haben, treten zu Beginn des Jahres in Verhandlungen mit der Regierung ein. 90.000 Menschen sind während der Kämpfe geflohen. Die Verhandlungen führen am 17.3. zur Unterzeichnung eines Friedensabkommens. Am 27.3. tauschen die Parteien vereinbarungsgemäß Gefangene aus. Die Ninja sollen demobilisiert und reintegriert werden. Am 29.4. geben 2.300 von 14.000 Ninja ihre Waffen ab. In den darauf folgenden Monaten kommt der Wiederaufbau der Wirtschaft und der Verwaltung in Pool voran. Am 1.9. erlässt das Parlament eine Amnestie für die Ninja. Im Oktober und November liefern sich Armee und Ninja erneut Scharmützel, denen Streitigkeiten um Hilfsgüter zugrunde liegen. *pb*

Liberia

Intensität: 5	Veränderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	LURD und MODEL vs. Regierung unter Charles Taylor	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Anfang Februar flammen in Liberia erneut heftige Kämpfe zwischen den Vereinigten Liberianern für Versöhnung und Demokratie (LURD) und Regierungstruppen auf, die bis Mitte des Jahres anhalten. Die LURD erhalten ab April Unterstützung durch eine neue Rebellengruppe, die Bewegung für Demokratie in Liberia (MODEL). Die Rebellen werden von

Guinea und der Elfenbeinküste unterstützt. Im Juni greifen die LURD, die zusammen mit der MODEL bereits 80 % des Landes kontrollieren, die Hauptstadt Monrovia an, was die Regierung unter Charles Taylor zur Teilnahme an Friedensverhandlungen unter der Leitung der ECOWAS zwingt. Diese führen trotz oder wegen beständigen Bruchs des Waffenstillstandsabkommens vom 17.6. durch alle Parteien schließlich am 11.8. zum Rücktritt Präsident Taylors, der nach Nigeria ins Exil geht. Trotz eines am 18.8. geschlossenen Friedensabkommens und der Entsendung von Friedenstruppen der ECOWAS und der UNO dauern die Kämpfe auch unter Taylors Nachfolger, dem ehemaligen Vizepräsidenten Moses Blah, an, der die Macht am 14.10. an den Zivilisten Gyude Bryant übergibt. Bryants Regierung gehören auch Vertreter der Rebellen an. Trotzdem ist der Konflikt noch nicht beendet, da noch vereinzelt heftige Zusammenstöße zwischen LURD/MODEL und Anhängern Taylors stattfinden. Die UNO-Mission UNMIL versucht, diese zu entwaffnen, einige haben ihre Waffen bereits freiwillig abgegeben. *hlm*

Madagaskar

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Regierung vs. Komitee für die Verteidigung von Wahrheit und Gerechtigkeit (Ex-Präsident Didier Ratsiraka)	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, Sezession	

Die politische Situation in Madagaskar normalisiert sich nach der Bestätigung des Präsidenten Mark Ravalomanana im Amt durch Wahlen am 15.12.02. Folge dieser Entspannung ist die Wiederaufnahme des Landes in die AU am 31.7. Jedoch entladen sich am 19.5. politische Spannungen zwischen dem oppositionellen Komitee für die Verteidigung von Wahrheit und Gerechtigkeit (CMMR) und der Regierung in einer Massendemonstration von 10.000 Anhängern. Am 6.8. wird der ehemalige Präsident Didier Ratsiraka, der sich im Exil befindet, von einem Gericht in Madagaskar zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt. *gs*

Mauretanien (Putsch)

Intensität: 3	Veränderung: NEU	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Regierung vs. Putschisten	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Am 7.6. greifen Teile des mauretanischen Militärs den Präsidentenpalast in Nouakchott an. 29 Menschen sterben bei Gefechten zwischen den Putschisten und loyalen Einheiten. Nach 24 Stunden hat Präsident Maouiya Ould Taya die Situation wieder unter Kontrolle. Er beschuldigt radikale Islamisten, den Putsch geplant und ausgeführt zu haben. Vor dem Putschversuch ist die Regierung massiv gegen Oppositionelle und Regimekritiker vorgegangen, darunter auch zahlreiche Islamisten. Dabei werden im Mai 30 Personen verhaftet. Hinter dem Putschversuch werden Anhänger von Ex-General Salah Ould Hanana vermutet. In der Folge werden 150 Verdächtige verhaftet. Die mutmaßlichen Drahtzieher des Putsches sind ins Ausland geflohen. *sl*

Nigeria (Christen vs. Muslime)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	Muslime, Hausa-Fulani vs. Christen, Yoruba	
Konfliktgegenstand:	Sonstiges (Religiöse Vorherrschaft)	

Nach den gewaltsamen Auseinandersetzungen im Umfeld der Miss World-Wahlen im November 2002 kündigt der Präsident der Christlichen Vereinigung Nigerias Vergeltungsschläge gegen zukünftige Angriffe seitens militanter Muslime an. Im Juli werden bei einem Vergeltungsangriff christlicher Milizen auf die muslimische Bevölkerung der Stadt Numan im Bundesstaat Adamawa mindestens 15 Menschen getötet. Im Zuge gewaltsamer Auseinandersetzungen zerstören die Milizen Moscheen und Wohnviertel prominenter Muslime. *sl*

Nigeria (Nigerdelta - Ijaw)

Intensität: 4	Veränderung: ↑	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	Ijaw, Urhobo vs. Itsekiri, Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ressourcen (Öl)	

Im Vorfeld der nigerianischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen brechen im Februar Gefechte zwischen den Volksgruppen der Ijaw, Itsekiri und Urhobo im Nigerdelta aus. Die Ijaw und Urhobo fühlen sich bei der gegenwärtigen Ziehung der Gemeindegrenzen, die über Anteile an Gewinnen aus der Ölförderung entscheiden, gegenüber den Itsekiri benachteiligt. Die Ijaw, die größte Volksgruppe im Nigerdelta, fordern von transnationalen Ölkonzernen und der Regierung eine umfangreichere Beteiligung an den Erträgen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen, die in erster Linie zwischen den Milizen der Ijaw und Itsekiri ausgetragen werden, erreichen Mitte März einen ersten Höhepunkt. Die Regierung entsendet mehr als 1.000 Soldaten ins Nigerdelta, um die Kämpfe einzudämmen. Im März und Juli besetzen Ijaw-Milizen Förderanlagen der Ölfirmen und nehmen Mitarbeiter als Geiseln. Die transnationalen Ölkonzerne schließen zahlreiche Förderstellen im Nigerdelta und evakuieren ihre Mitarbeiter. Die Gefechte zwischen den verfeindeten Milizen und der Einsatz der Regierungsmilizen gegen die Ijaw fordern über hundert Tote. Im August werden bei erneuten Gefechten zwischen Milizen der Itsekiri und Ijaw weitere hundert Menschen getötet. *sl*

Ruanda (Hutu)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	Regierung vs. Hutu (Interahamwe, FDLR)	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, ethnische Autonomie	

Nach dem Rückzug von 23.000 ruandischen Soldaten aus dem Kongo am 5.10.02 greift Ruanda nur am 12.6. nochmals militärisch in der kongolesischen Nord-Kivu-Provinz ein. Der Kongo soll im Gegenzug für den Abzug die 15.000 bis 20.000 ruandischen Rebellen im Kongo entwaffnen und deportieren. Am 17.11. kehren 103 Kämpfer der Demokratischen Kräfte für die Befreiung Ruandas (FDLR), darunter ihr Anführer Paul Rwarakabije, freiwillig zurück und nehmen am Reintegrationsprogramm der Regierung teil. Die Situation in Ruanda selbst wird durch die Freilassung von 40.000 Gefangenen, die im Zusammenhang mit dem Genozid von 1994 in Haft waren, verschärft. Ihnen ist kein Prozess gemacht worden. Der internationale Strafgerichtshof für Ruanda in Arusha, Tan-

sanja, setzt seine Arbeit fort und soll sie bis 2008 abschließen. Am 27.5. wird eine neue Verfassung per Referendum angenommen. Sie soll die Alleinherrschaft einer Ethnie in Zukunft verhindern. Die anschließende Präsidentschaftskampagne spannt die Situation an, da die Kandidaten Präsident Paul Kagame, ein Tutsi, und sein wichtigster Herausforderer Faustin Twagiramungu, ein Hutu, rassistische Propaganda einsetzen. *pb*

São Tomé und Príncipe (Putsch)

Intensität: 3	Veränderung: NEU	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Fernando Pereira, CDF vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Am 16.7. putscht Major Fernando Pereira mit Unterstützung der kleinen Oppositionspartei Christlich-Demokratische Front (CDF) gegen Präsident Fradique de Menezes. Als Gründe für den Putsch geben sie die Korruption der Regierung und die große Armut der Bevölkerung an. Am nächsten Tag beginnen Verhandlungen über eine friedliche Lösung des Konflikts. Nigeria, Portugal, Brasilien, die USA und die AU verurteilen den Putsch und beteiligen sich teilweise an den Verhandlungen. Am 23.7. unterzeichnen die Putschisten ein Abkommen über die Rückgabe der Macht an Menezes. *hlm*

Senegal (Casamance)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1982
Konfliktparteien:	MFDC vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Regionale und ethnische Autonomie	

Trotz der Gesprächsbereitschaft, die Ende 2002 von Seiten der Regierung des Senegal und Teilen der Rebellen der Bewegung der Demokratischen Kräfte der Casamance (MFDC) geäußert wurde, halten die gewaltsamen Auseinandersetzungen um die Autonomie der Casamance an. Anfang Januar startet die Regierungsmilizen einen Feldzug gegen die Rebellen, bei dem über 30 Menschen getötet werden. Anfang Mai wird bei einem Angriff der MFDC ein Regierungssoldat getötet. Im Oktober finden Gespräche zwischen dem moderaten Flügel der MFDC und der Regierung unter Abdoulaye Wade statt. Am 7.10. erklärt der Generalsekretär der MFDC Jean-Marie Biagui den Kampf um die Casamance für beendet und fordert die Kämpfer der Rebellenbewegung auf, ihre Waffen niederzulegen. Da der militärische Arm der MFDC den Verhandlungen ferngeblieben ist, werden den jüngsten Friedensinitiativen geringe Chancen eingeräumt. *sl*

Simbabwe (Opposition)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	MDC, NCA, CFU vs. Regierung (ZANU-PF)	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen um die nationale Macht zwischen der regierenden Afrikanischen Nationalen Union Simbabwe - Patriotische Front (ZANU-PF) des Präsidenten Robert Mugabe und der Opposition dauern an. Bei einem Parteitreffen der ZANU-PF in Harare wird bei einem Brandanschlag eine Person getötet. Eine Demonstration der größten Oppositionspartei Bewegung für einen Demokratischen Wechsel (MDC) wird am 2.6. durch Sicherheitskräfte gewaltsam aufgelöst. Am 18. und 23.10.

werden Vertreter der MDC und der Nationalen Verfassungsversammlung (NCA) festgenommen. *gs*

Somalia (nationale Macht)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1980
Konfliktparteien:	Somalische Übergangsregierung u.a. vs. SRRC u.a.	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der Konflikt um die Wiederherstellung eines Staates in Somalia und um die Machtverteilung hält unvermindert an. Die 2002 begonnene Friedenskonferenz wird Mitte Februar von Eldoret nach Nairobi verlegt. Die Verhandlungen geraten im September endgültig ins Stocken, da zum wiederholten Mal einige Kriegsherren die Konferenz verlassen. Dazu zählen der Präsident der Übergangsregierung (TNG), Abdulkassim Salad Hassan, Musa Sidi Jallahow, ein führender Kriegsherr aus Mogadischu, und die Juba-Tal Allianz (JVA). Sie beschuldigen die Organisatoren der Konferenz, insbesondere Äthiopien, zu versuchen, die eigenen Interessen durchzusetzen. Mitorganisator Dschibuti verlässt aus diesem Grund ebenfalls die Konferenz. Die Chancen für eine friedliche Einigung in dem seit nunmehr zwanzig Jahren blutig ausgetragenen Konflikt vermindern sich somit weiter. Wie alle vorherigen Waffenstillstände wird auch der am 27.10.02 im Rahmen der Friedenskonferenz vereinbarte gebrochen. Die Kämpfe konzentrieren sich im Januar, Juni und Oktober um Baidoa, wo sich zwei Fraktionen der Rahanweyn-Widerstands-Armee (RRA) gegenüberstehen. In Mogadischu kämpfen die Anhänger verschiedener Kriegsherren im Februar, März und Juni um die Macht. Die Region Mittel-Shabelle wird im März und Juni von Kämpfen erschüttert. Weitere Brennpunkte sind Kismayo, wo sich im Mai Anhänger verschiedener Clans bekämpfen, ebenso die Galgudud-Region im November. Auch die Friedenskonferenz in Nairobi verläuft nicht friedlich, mindestens ein Delegierter wird ermordet. Die Kämpfe fordern im Beobachtungszeitraum mindestens 300 Tote, 370.000 Menschen sind innerhalb Somalias auf der Flucht. *cb*

Somalia (Puntland)

Intensität: 3	Veränderung: ↘	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Abdullahi Yussuf vs. Jama Ali Jama	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt um die politische Vorherrschaft in der autonomen Region Puntland im Nordosten Somalias entschärft sich. Bei dreitägigen schweren Kämpfen zum Jahreswechsel sterben zwar noch einmal 30 Menschen. Die militärische Niederlage Jama Ali Jamas ist somit jedoch besiegelt. Seine vorübergehende Flucht in das zwischen Puntland und der international nicht anerkannten Republik Somaliland umstrittene Gebiet Sanaag führt zu diplomatischen Spannungen zwischen den Regierungen. Ein Friedens- und Machtteilungsabkommen zwischen Jama Ali Jama und Präsident Abdullahi Yusuf vom 17.5. wird von beiden Parteien bislang eingehalten. *cb*

Sudan (Darfur-SLA)

Intensität: 4	Veränderung: NEU	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Sudanese Liberation Army (SLA) vs. Regierung, Arabische Milizen	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft	

Nach mehreren bewaffneten Übergriffen arabischer Nomadenstämme auf die eingeborene Bevölkerung in der Provinz Darfur, für die die Sudanesische Befreiungsarmee (SLA) die Regierung des Sudan verantwortlich macht, kämpft die SLA seit März in der Region gegen die sudanesischen Sicherheitskräfte. Sie beschuldigt die Regierung außerdem des Rassismus und der wirtschaftlichen Ausbeutung der Provinz. Ein erster, im September geschlossener Waffenstillstand wird bis Ende November verlängert. Die SLA wirft den Sicherheitskräften wiederholt vor, diesen zu brechen. Ende November werden wiederholt Kämpfe zwischen SLA und arabischen Milizen gemeldet. Seit Beginn des Konfliktes sind 600.000 Menschen aus der Provinz geflohen. *kat*

Sudan (SPLA)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	SPLA, NDA vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession, Ressourcen im Südsudan, Sonstiges (Religiöse Vorherrschaft)	

Nachdem es am Anfang des Jahres noch heftige Gefechte zwischen der Regierung des Sudan und der Sudanesischen Volksbefreiungsarmee (SPLA) gibt, geht seit Jahresmitte das Ringen um ein Friedensabkommen unter Vermittlung der IGAD weiter. Hauptstreitpunkte stellen die Sicherheitsfrage und der spätere Status der Regionen Blue Nile, Abyei und Nuba dar. Der Waffenstillstand in den Nuba-Bergen wird ein weiteres Mal bis vorerst Januar 2004 verlängert, ebenso der allgemeine Waffenstillstand zwischen sudanesischer Regierung und SPLA bis vorerst November 2003. Inwiefern ein möglicher Friedensschluss wirklich dem gesamten Sudan Stabilität bringen wird, bleibt abzuwarten. *kat*

Swasiland (Opposition)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	Regierung (König Mswati III.) vs. SFTU, PUDEMO, SWAYOCO u.a.	
Konfliktgegenstand:	System, nationale Macht	

Der Konflikt um ein demokratisches Regierungssystem in Afrikas letzter absoluter Monarchie Swasiland intensiviert sich. Alle Richter des Obersten Gerichtshofs treten am 29.11. zurück, nachdem König Mswati III. sich über eine Entscheidung des Gerichts zugunsten des Parlaments hinwegsetzt. Proteste des Gewerkschaftsbundes Swasilands (SFTU), der generell verbotenen Parteien, insbesondere der Vereinigten Demokratischen Volksbewegung (PUDEMO), und anderer zivilgesellschaftlicher Akteure wie dem Swasiland Jugend-Kongress (SWAYOCO) halten das ganze Jahr über an.

Im August treibt die Polizei Demonstranten und Streikende auseinander, ein Mensch wird getötet. Gegen alle Proteste erlässt der König am 14.11. eine neue Verfassung, die seine monarchische Regierungsweise festigt und demokratische Reformen weitestgehend ausschließt. Eine Verschärfung des Konfliktes ist möglich, da PUDEMO und SWAYOCO

mit zivilem Ungehorsam und Anwendung von Gewalt drohen. *cb*

Togo (Opposition)

Intensität: 2	Veränderung: NEU	Beginn: 2002
Konfliktparteien: Regierung (PPT) vs. Opposition (UFC)		
Konfliktgegenstand: Nationale Macht		

Die Opposition in Togo kritisiert den am 30.12.02 angenommenen Verfassungsentwurf und wertet ihn als Verfassungsbruch. Die Verfassungsänderung ermöglicht Präsident Gnassingbe Eyadema jederzeit Neuwahlen. Die Nichtzulassung des populärsten Oppositionellen Gilchrist Olympio zur Präsidentschaftswahl durch die Unabhängige Nationale Wahlkommission (CENI) und das Urteil des Verfassungsgerichts am 7.5. sind umstritten. Trotz Verhaftungen von Journalisten und der Schließung zweier Rundfunkanstalten wird das Wahlergebnis von Beobachtern nicht diskreditiert. Am 1.6. wird Eyadema mit 57 % erneut zum Präsidenten gewählt. *pd*

Uganda (ADF, PRA, NALU)

Intensität: 2	Veränderung: ↓	Beginn: 1992
Konfliktparteien: Regierung vs. ADF, PRA, NALU		
Konfliktgegenstand: Nationale Macht		

Nach dem Rückzug seiner Armee aus dem Kongo setzt Uganda gegen die verschiedenen Rebellengruppen, die den Kongo als Rückzugsgebiet nutzen, keine Waffengewalt mehr ein. Am 10.6. verstärkt Uganda seine Garnisonen an der Grenze zum Kongo, ohne Truppen dorthin zu entsenden. Uganda befürchtet, die Rebellen könnten die schweren Kämpfe zwischen Hema und Lendu in Ituri im Grenzgebiet zu einer Offensive nutzen. Die wichtigste Rolle bei der Nichteinmischung von Uganda im Kongo spielt der dortige Minister für Regionale Kooperation, Mbusa Nyamwisi, der Anführer der Kongolesischen Sammlungsbewegung für die Demokratie - Befreiungsbewegung - Kisangani (RCD-ML-K), der ein Verbündeter Ugandas ist. Am 29.10. wird Taban, Sohn von Ex-Diktator Idi Amin, aus dem kongolesischen Exil an Uganda ausgeliefert. *pb*

Uganda (LRA)

Intensität: 5	Veränderung: •	Beginn: 1992
Konfliktparteien: Regierung vs. LRA		
Konfliktgegenstand: Nationale Macht		

Zu Beginn des Jahres verringert sich die Intensität des Konfliktes zwischen der Regierung Ugandas von Yoweri Museveni und der Widerstandsarmee Gottes (LRA), die für die Errichtung eines christlichen Gottesstaates kämpft, zunächst. Seit März 2002 besteht ein Abkommen zwischen Uganda und dem Sudan, der die LRA zuvor unterstützt hat. Es erlaubt Uganda die Rebellen auf sudanesischem Territorium zu bekämpfen. Das Abkommen wird bis Ende des Jahres verlängert. Insgesamt sind 15.000 ugandische Soldaten im Sudan. Neben dem militärischen Druck bietet Uganda der LRA eine Amnestie an, die vor allem von ehemaligen Kindersoldaten angenommen wird. Bis Juli nehmen 246 der noch rund 1.000 von ehemals 3.000 Kämpfern der LRA das Amnestieangebot an. Von Juni 2002 bis Juni 2003 entführt die LRA 8.400 Kinder, insgesamt sind es 20.000. Aufgrund des Konflikts befinden sich 850.000 Menschen auf der

Flucht. Verhandlungsversuche der offiziellen Regierungsabordnung und der Gruppe der Acholi Religiöse Führer Friedens-Initiative (ARLPI) scheitern im März, als die LRA den Waffenstillstand bricht. Daraufhin beginnt die Armee eine neue Offensive. Die LRA weicht diesem Druck aus und unternimmt von Juni an Überfälle und Entführungen erstmals außerhalb der Acholi-Region an der Grenze zum Sudan. Im August greift die LRA dann auch Dörfer im Osten Ugandas im Rahmen einer erneuten Initiative an. Die Regierung beginnt im September mit der Ausbildung und Ausrüstung von Milizen wie den Karamajong. Diese sollten zu Beginn des Jahres noch einem Entwaffnungsprogramm, das das Problem der Verbreitung von Kleinwaffen bekämpfen sollte, unterzogen werden. *pb*

Zentralafrika (Bozizé - Patassé)

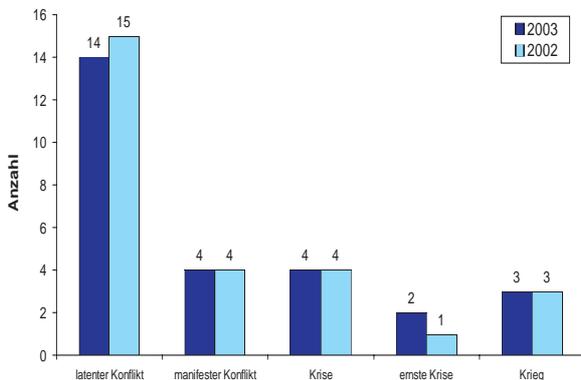
Intensität: 5	Veränderung: ↗	Beginn: 1997
Konfliktparteien: Regierung vs. François Bozizé; Regierung vs. Ange-Felix Patassé		
Konfliktgegenstand: Nationale Macht		

Im Bürgerkrieg in Zentralafrika treffen am 5.12.02 erste Truppen der Wirtschaftlichen und Monetären Gemeinschaft der Zentralafrikanischen Staaten (CEMAC) ein, um Präsident Ange-Felix Patassé zu schützen. Sie sollen die hauptsächlich libyschen Truppen der Gemeinschaft der Sahelo-Sahara-Staaten (CEN-SAD) ersetzen. Im Dezember erringt die Regierung mehrere militärische Siege gegen die Rebellen von François Bozizé. Daraufhin drängt sie die kongolesischen Rebellen der Bewegung für die Befreiung des Kongo (MLC), mit denen sie seit 2002 verbündet ist, das Land zu verlassen. Der MLC werden vor allem von der Zivilbevölkerung massive Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Im März führt die Armee einzelne Gefechte mit der MLC. Nach einigen militärischen Erfolgen im Frühjahr erobert Bozizé am 15.3. überraschend und relativ unblutig die Hauptstadt Bangui. Er wird am 21.3. von der ehemals herrschenden Partei von Patassé und am 24.3. von der CEMAC anerkannt. Patassé flieht nach Togo und versucht erfolglos von dort aus eine eigene Rebellbewegung ins Leben zu rufen. In den folgenden Monaten bleibt die Sicherheitslage angespannt, da viele Kleinwaffen im Umlauf sind und Banditentum weit verbreitet ist. Französische Truppen, die Landsleute nach dem Machtwechsel evakuieren sollen, liefern sich vereinzelt Gefechte mit Marodeuren. Diese bestehen aus ehemaligen Kämpfern beider Seiten im Bürgerkrieg. Entwaffnungsaktionen der CEMAC und der Regierung, die teilweise auch zu Schiessereien führen, ändern daran nur wenig. Die CEMAC will ihre Truppen bis zum Ende der Transitionsphase vor Ort belassen, ebenso bleibt die UNO-Mission BONUCA im Land. *pb*

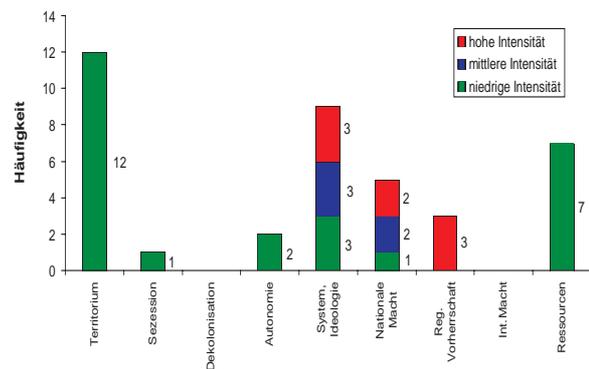
Amerika

In der Konfliktregion Amerika bleibt die Anzahl der Konflikte insgesamt gleich. Die weiterhin unsichere und angespannte Wirtschaftssituation in Mittel- und Lateinamerika ist scheinbar Hauptquelle der politischen Instabilitäten in vielen Staaten des Kontinents. So fordern nach den gewaltsamen Unruhen des vergangenen Jahres in Argentinien und Venezuela dieses Jahr auch in Bolivien und der Dominikanischen Republik Demonstranten in teilweise gewaltsamen Ausschreitungen eine auf stärkeren sozialen Ausgleich gerichtete Politik ihrer Regierungen. Dies zeigt sich in der Darstellung der Konfliktgegenstände am hohen Anteil gewaltsamer Konflikte in der Säule System/Ideologie. In Guatemala erschüttern die Unruhen im Vorfeld der Wahlen den ohnehin instabilen Friedensprozess, auf Haiti sorgt der Streit um Präsident Aristide für fast tägliche Gewalt auf den Straßen der Städte. In Peru besteht die Gefahr eines neuen Entfachens des Konfliktes mit Anhängern der Rebellenorganisation Leuchtender Pfad. In den seit 40 Jahren andauernden Bürgerkriegen in Kolumbien kann Präsident Uribe mit seiner auf militärische Stärke ausgerichteten Politik keine Beruhigung des Landes herbeiführen. Die zwischenstaatlichen Konflikte werden weiterhin ohne Gewalt ausgetragen.

Konfliktintensitäten Amerika 2003 - 2002



Häufigkeit der Konfliktgegenstände nach Gewalteintritt
Amerika 2003



Bolivien (Opposition)

Intensität: 3	Veränderung:	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Regierung vs. MAS, Gewerkschaften, Kokabauern	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Der innenpolitische Konflikt in Bolivien zwischen der Regierung und einem informellen Bündnis von Oppositionsparteien aus dem linken Parteienspektrum, Gewerkschaften und Kokabauern verschärft sich im Jahr 2003. Ende 2002 erhöht die Regierung auf Druck des Internationalen Währungsfonds die Steuern und kürzt soziale Ausgaben, um das Staatsdefizit zu verringern. Die Opposition kritisiert die Politik der Regierung und ruft zu Streiks und Demonstrationen auf. Zudem stellt sie die Forderung, die Erdgasträge, die ab 2005 erwirtschaftet werden sollen, gerecht zu verteilen. Nach der Ankündigung weiterer Steuererhöhungen entlädt sich am 12.2. die Spannung durch blutige Ausschreitungen in der Hauptstadt La Paz und anderen Teilen des Landes. Die größte Oppositionspartei, Bewegung zum Sozialismus (MAS), und der Gewerkschaftsdachverband Zentrale Arbeitergewerkschaft Boliviens (COB) rufen einen Generalstreik aus, worauf am 18.2. das gesamte Kabinett von Präsident Gonzalo Sánchez de Lozada zurücktritt. Lozada beruft ein verkleinertes Kabinett und stellt ein alternatives Steuerkonzept vor. Nach der Ankündigung Lozadas, der Freihandelszone FTAA im Jahr 2005 beizutreten und über die Erdgasexporte ohne die Mitwirkung der Bevölkerung zu entscheiden, kommt es im September erneut zu blutigen Unruhen. Die Opposition und die Bauerngewerkschaft, die nun auch den Rücktritt des Präsidenten einfordern, rufen einen Generalstreik aus. Am 15.10. stimmt die Regierung einem Referendum

über die Erdgasexporte und über eine verfassunggebende Versammlung zu. Trotzdem erreicht die Krise mit dem Rücktritt Lozadas am 17.10. ihren vorläufigen Höhepunkt. Lozada flieht nach Miami, USA, und das Parlament wählt am gleichen Tag den Vizepräsidenten Carlos Mesa, der sich zuvor öffentlich vom Präsidenten abgewandt hat, zum Nachfolger. Mesa stellt ein Kabinett mit parteilosen Mitgliedern und verspricht, die Bevölkerung bei der Entscheidung über die Erdgasexporte mit einzubeziehen. Die Einheitsgewerkschaft der Landarbeiter Boliviens (CSUTCB) verkündet einen Waffenstillstand für die nächsten 90 Tage.

mz

Guatemala (FRG)

Intensität: 4	Veränderung: ↑	Beginn: 1960
Konfliktparteien:	Regierung (FRG), Oppositionelle	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Die Auswirkungen des 1996 beendeten Bürgerkrieges beeinflussen weiterhin die aktuelle politische Situation in Guatemala. Infolge der Regierungsübernahme durch die Republikanisch-Guatemalteckische Front (FRG) unter Präsident Alfonso Portillo vor vier Jahren begehen beide Seiten politisch motivierte Gewalttaten. Seit dem Beginn des Wahlkampfes zu den Präsidentschaftswahlen im April 2003 ist ein sprunghafter Anstieg der Gewalt zu verzeichnen. Nach Angaben von Menschenrechtsgruppen werden im ersten Halbjahr knapp 1.400 Gewalttaten verübt, darunter über 800 Morde und Mordversuche. Opfer sind neben Oppositionellen und Zivilisten jüngst auch Journalisten. Ex-Diktator General Efraín Ríos Montt, der während des Bürgerkrieges für den Tod tausender Menschen verantwortlich gemacht wird, verkündet im Sommer seine ver-

Übersicht: Konflikte in Amerika 2003

Konfliktname ¹	Direkt Beteiligte ²	Konfliktgegenstand	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Argentinien - Chile *	Argentinien vs. Chile	Grenze (Anden)	1902	•	1
Argentinien - Großbritannien (Falkland-Inseln) *	Argentinien vs. Großbritannien	Territorium (Falkland Inseln)	1833	•	1
Argentinien (Opposition) *	Argentinien vs. Piqueteros	Ideologie / System	2001	⬇	2
Bolivien - Chile *	Bolivien vs. Chile	Territorium	1883	•	1
Bolivien - Chile, Peru (Meereszugang) *	Bolivien vs. Chile, Peru	Territorium (Meereszugang Boliviens zum Pazifik)	1964	↗	2
Bolivien (Opposition)	Regierung vs. MAS, Gewerkschaften, Kokabauern	Nationale Macht	2002	•	3
Dominikanische Republik *	Opposition vs. Regierung	System	2003	NEU	3
Guatemala - Belize *	Guatemala vs. Belize	Territorium	1862	•	1
Guatemala (FRG)	Opposition vs. Regierung FRG	Nationale Macht	1960	↑	4
Guyana - Surinam *	Guyana vs. Surinam	Territorium, Ressourcen	2000	•	1
Haiti (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht	1987	•	4
Kanada- USA *	Kanada vs. USA	Territorium, Ressourcen	1996	•	1
Kanada (Québec) *	Regionalregierung Québec vs. Regierung	Sezession	1976	•	1
Kolumbien-Venezuela *	Kolumbien vs. Venezuela	Territorium, Ressourcen	1932	•	1
Kolumbien (ELN)	ELN vs. Regierung	Nationale Macht, System	1961	•	5
Kolumbien (EPL) *	EPL-Guerilla vs. Regierung	Nationale Macht, Ideologie/System	1964	•	3
Kolumbien (FARC)	FARC vs. Paramilitärs vs. Regierung	Nationale Macht, System	1961	•	5
Kolumbien (Paramilitärs)	Paramilitärs (AUC u.a.) vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft	1995	•	5
Mexiko (Chiapas) *	EZLN vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft, Sonstiges (Rechte der Indios)	1994	•	1
Mexiko (Guerrero) *	ELN vs. Regierung	Autonomie	1997	•	1
Nicaragua vs. Honduras *	Nicaragua vs. Honduras	Territorium, Ressourcen	1999	•	1
Nicaragua - Kolumbien *	Nicaragua vs. Kolumbien	Territorium	1980	•	1
Peru (Leuchtender Pfad)	Leuchtender Pfad vs. Regierung	System	1980	↗	3
USA - Kuba *	USA vs. Kuba	System	1959	•	2
USA - Kuba (Guantanamo) *	USA vs. Kuba	Territorium (Guantanamo)	1898	•	1
Venezuela -Guyana *	Venezuela vs. Guyana	Territorium	1830	•	1
Venezuela (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht, System	2000	•	3

1) 2) 3) 4) siehe Seite 11: Übersicht: Konflikte in Europa

fassungsrechtlich umstrittene Kandidatur für die FRG. Bei den unter internationaler Aufsicht abgehaltenen Wahlen am 9.11. unterliegt er mit ca. 17 % der Stimmen deutlich. Montt akzeptiert die Niederlage. *jh, fs*

Haiti (Opposition)

Intensität: 4 Veränderung: • Beginn: 1987
 Konfliktparteien: Oppositionsbündnis vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Der durch Demonstrationen, Streiks und gewaltsame Ausschreitungen bestimmte Konflikt zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien um die nationale Herrschaft von Präsident Jean-Bertrand Aristide in Haiti dauert an. Ein von der OAS-Mission vorgelegter Zeitplan zur Konfliktbeilegung bleibt von Regierung und Opposition weitgehend unbeachtet. Der Plan sieht für Ende 2003 Neuwahlen vor. Ende des Jahres verschärft sich die Situation mit wütenden Protesten von Regierungsgegnern, die Aristide Korruption, Machtmissbrauch und Wahlbetrug vorwerfen. Regierungstreue Straßenbanden reagieren darauf mit Gewalt. Anfang Januar kommt es bei Massendemonstrationen in Port au Prince erneut zu Ausschreitungen. Eine Vielzahl von Demonstrationen und mehrere Mordanschläge gegen Politiker und Oppositionelle erschüttern Haiti während des gesamten Jahres. Die OAS und die USA, die jeweils alle Hilfszahlungen eingefroren haben, fordern die Regierung mehrmals auf, die Lage unter Kontrolle zu bringen. Nach dem Fund der Leiche

des Oppositionsführers Amiot Metayer am 23.9. beschuldigen die Regierungsgegner Aristide, für dessen Tod verantwortlich zu sein. Bei nachfolgenden zahlreichen gewaltsamen Zusammenstößen sterben im Oktober und November mindestens 13 Demonstranten. Anfang November werden die für den Monat angesetzten Neuwahlen, eine der wichtigsten Bedingungen für die Auszahlungen von internationalen Hilfgeldern an den ärmsten Staat der Region, abgesagt.

nis

Kolumbien (ELN)

Intensität: 5 Veränderung: • Beginn: 1961
 Konfliktparteien: ELN vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht, System

Im Konflikt zwischen der linksgerichteten Rebellenorganisation Nationales Befreiungsheer (ELN) und der kolumbianischen Regierung zeichnet sich weiterhin keine Lösung ab. Die etwa 5.000 Mann starke Gruppierung gerät durch die Militäroperationen der Regierung und die fortgesetzten Kämpfen mit verschiedenen paramilitärischen Organisationen verstärkt unter Druck. Die ELN verübt im laufenden Jahr zahlreiche Bombenanschläge und entführt Politiker, Industrielle und Touristen. Der kolumbianische Präsident Horacio Uribe bietet der Guerillaorganisation im Juni eine Teilamnestie an, wenn diese ihre Waffen niederlegt. Die ELN weist das Angebot der Regierung ab. *dk*

Kolumbien (FARC)

Intensität: 5	Veränderung: •	Beginn: 1961
Konfliktparteien:	FARC vs. Paramilitärs vs Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, System	

Im Krieg der etwa 17.000 Mann starken Bewaffneten Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) gegen die Regierung führt auch die militärische Offensive, die Präsident Horacio Uribe im August 2002 mit Unterstützung der USA beginnt, zu keiner Befriedung des Landes. Am 7.2. verlängert die Regierung den seit August geltenden Ausnahmezustand, der durch eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs Anfang Mai jedoch für verfassungswidrig erklärt wird. Um dem militärischen Druck zu begegnen, erhöhen die FARC die Anzahl der terroristischen Anschläge und versuchen den Krieg, dem seit Beginn insgesamt mehr als 200.000 Menschen zum Opfer gefallen sind, in die Städte zu tragen. Gleichzeitig führen die linksorientierten FARC und verschiedene rechtsgerichtete Milizen erbitterte Kämpfe, bei denen im gesamten Jahr mehr als 20.000 Menschen sterben. Um die Kosten der Kämpfe zu finanzieren, entführt die Rebellenorganisation über das Jahr mehrere hundert Zivilisten und erpresst dabei hohe Lösegelder, was zu einer weiteren Destabilisierung des Landes beiträgt. Uribe, der wegen der hohen Militärausgaben auch im eigenen Lager unter Druck gerät, bietet den FARC mehrmals im Jahr Verhandlungen an. Diese scheitern jedoch an der Vorbedingung der Rebellen, die erneute Einrichtung einer demilitarisierten Zone in die Gespräche einzubeziehen. *dk, nis*

Kolumbien (Paramilitärs)

Intensität: 5	Veränderung: •	Beginn: 1995
Konfliktparteien:	Paramilitärs (AUC u.a.) vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Regionale Vorherrschaft	

Im Zuge seiner auf Stärkung staatlicher Macht ausgelegten Politik geht Präsident Horacio Uribe gegen die Vorherrschaft der insgesamt 12.000 Paramilitärs vor, die gegen die linksgerichteten Guerillagruppierungen ELN und FARC kämpfen und denen dabei massive Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Seit Beginn einer Regierungsoffensive im August vergangenen Jahres sterben mehr als 2.000 Milizionäre. Die Regierung bietet zu Beginn des Jahres den verschiedenen Gruppierungen Straffreiheit an, sollten diese ihre Waffen abgeben. Die Paramilitärs der Vereinigten Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens (AUC), die sich durch Raub und Plünderung finanzieren, signalisieren daraufhin Verhandlungsbereitschaft, können sich wegen interner Machtstreitigkeiten jedoch nicht auf eine einheitliche Position einigen. Am 25.11. geben 850 Mitglieder der rechtsgerichteten Miliz Cacique Nutibara ihre Waffen ab. *dk, nis*

Peru (Leuchtender Pfad)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1980
Konfliktparteien:	Leuchtender Pfad vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	System	

Der Systemkonflikt zwischen dem Leuchtenden Pfad (Sendero Luminoso) und der peruanischen Regierung setzt sich gewaltsam fort. Auf Druck des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte hebt das peruanische Verfassungsgericht am 7.1. die Urteile von Militärgerichten der Jahre 1990 bis 2000 auf. Obwohl

am 21.3. die lebenslange Freiheitsstrafe gegen den Gründer der Rebellenorganisation Abimael Guzmán Reynoso aufgehoben wird, eröffnet die Staatsanwaltschaft am 25.3. ein weiteres Verfahren wegen des Verdachts neuerlicher terroristischer Aktivitäten. Anhänger des Rebellenführers intensivieren nach dem Aufruf zum Volkskrieg vom 12.6. ihre gewaltsamen Maßnahmen. Bei einer Operation gegen die Rebellen wird am 27.6. ein Regierungssoldat getötet und zwei weitere verletzt. Am 10.7. greifen 50 Rebellen ein Elitekommando in einem Hinterhalt an und töten sieben Soldaten. Am 28.8. wird der Abschlussbericht der Wahrheitskommission zur Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen zwischen 1980 und 2000 veröffentlicht. In diesem werden fast 70.000 Todesopfer politischer Gewalt festgestellt, die hauptsächlich dem Leuchtenden Pfad zuzurechnen ist. *gs*

Venezuela (Opposition)

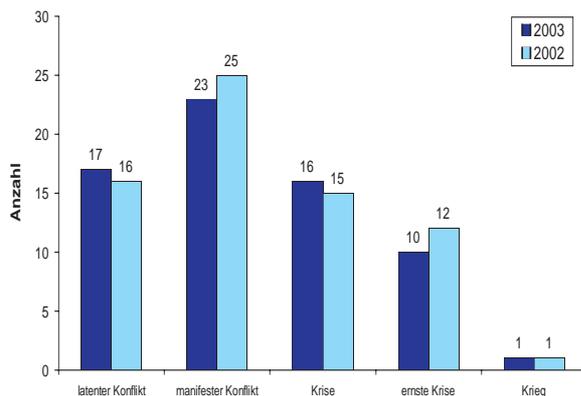
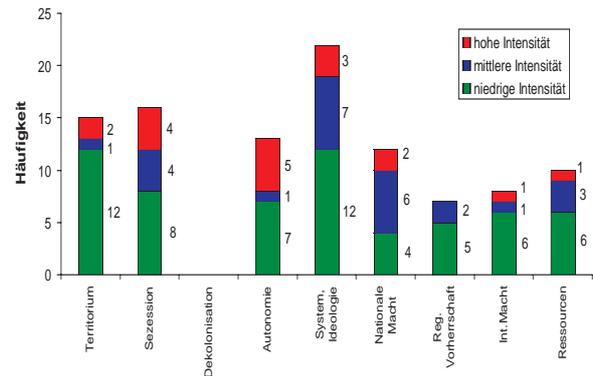
Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht, System	

Die Opposition in Venezuela, bestehend u.a. aus Gewerkschaftsverbänden und dem Unternehmerverband Fedecamaras, und der venezolanischen Regierung fordert den Rücktritt von Präsident Hugo Chavez. Dies führt zu Straßenschlachten und Streiks. Am 22.1 schlägt der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter als Vermittler ein Referendum vor, in dem über eine Verfassungsänderung zur Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten auf vier Jahre abgestimmt werden soll. Auf Druck von Vermittlern und wegen der sich dramatisch verschlechternden wirtschaftlichen Situation beendet die Opposition am 3.2. den seit Anfang Dezember andauernden Generalstreik und beginnt mit der Unterschriftensammlung für eine Petition zur Durchführung des Referendums. Die Regierung, gestärkt durch den gescheiterten Generalstreik, lehnt am 4.2. eine solche Abstimmung ab. Im Mai unterzeichnen die Konfliktparteien ein Abkommen, wonach durch ein Referendum über den Verbleib von Chavez im Amt entschieden und eine Wahrheitskommission zur Klärung des Putsches im letzten April eingesetzt werden soll. Am 19.8. legt die Opposition eine Petition mit 2,5 Millionen Unterschriften vor und erfüllt damit die Voraussetzung zur Abhaltung des Referendums. Dies kann jedoch nur von einer nationalen Wahlkommission organisiert werden, die bis dahin vom Parlament jedoch noch nicht einberufen worden ist. Am 20.8. findet in Caracas ein Protestmarsch von mehr als 10.000 Gegnern Chavez' statt, welche die Abhaltung des Referendums beschleunigen wollen. Die aus fünf Personen bestehende Wahlkommission lehnt die Petition am 19.9. ab, weil die Unterschriften lange vor dem 19.8. gesammelt worden und damit ungültig seien. *dk*

Asien

Die Gesamtzahl der beobachteten Konflikte in Asien liegt bei 67. Die Staaten dieser Region mit den meisten Konfliktbeteiligungen sind mit Abstand Indien und China, gefolgt von Indonesien und den Philippinen. Über die Hälfte der Konflikte in Asien bleibt gewaltfrei. Die Schwelle zur Gewalt überschreiten in diesem Jahr fünf Auseinandersetzungen: Der Oppositionskonflikt in Bangladesch, der Konflikt auf Sulawesi in Indonesien, die Konfrontationen zwischen Militärregierung und Demokratiebewegung in Myanmar, die Auseinandersetzung auf den Salomonen und der Konflikt in Usbekistan. Der einzige Krieg Asiens wird in der indonesischen Provinz Aceh ausgetragen. Der Krieg des vergangenen Jahres, der Maoistenkonflikt in Nepal, deeskaliert um eine Stufe. Auffällig ist, dass die ganz überwiegende Zahl der Konflikte im Vergleich zum Vorjahr keine Veränderung in der Intensität aufweist. Der mit Abstand nach Anzahl der betreffenden gewaltsamen Konflikte friedloseste Staat der Region ist Indien. Beachtenswert ist, dass Territorialkonflikte und Auseinandersetzungen um internationale Macht meist unterhalb der Gewaltschwelle bleiben.

Konfliktintensitäten Asien 2003 - 2002

Häufigkeit der Konfliktgegenstände nach Gewalteintritt
Asien 2003

Bangladesch - Indien

Intensität: 3 Veränderung: • Beginn: 1971
 Konfliktparteien: Bangladesch vs. Indien
 Konfliktgegenstand: Grenze, Ressourcen (Wasser)

Der Grenzkonflikt zwischen Bangladesch und Indien hält auch in diesem Jahr an. Erneut werden zu Beginn des Jahres Soldaten an der Grenze zu beiden Staaten getötet. Dennoch wird eine Busverbindung zwischen Delhi und Dhaka eröffnet. Im September treffen sich die Außenminister beider Länder, um über den Verlauf der Grenze und die Nutzung von 54 Flüssen zu verhandeln. Insgesamt entspannt sich das Verhältnis beider Staaten zum Ende des Jahres leicht. *ak*

Bangladesch - Myanmar

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1991
 Konfliktparteien: Bangladesch vs. Myanmar
 Konfliktgegenstand: Sonstiges (Flüchtlingsrückführung)

Die Lage zwischen Bangladesch und Myanmar im Konflikt über die Rückführung politischer Flüchtlinge aus Myanmar entspannt sich. Nach Intervention der UNO einigen sich beide Staaten auf die Rückführung von zunächst 273.000 Flüchtlingen nach Myanmar. Neben der Intensivierung bilateraler Wirtschaftsbeziehungen nähern sich die Staaten zunehmend an. *ak*

Bangladesch (Opposition)

Intensität: 3 Veränderung: ↗ Beginn: 1991
 Konfliktparteien: AL vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Nationale Macht

Der Machtkonflikt zwischen der Awami-Liga (AL) und der regierenden Nationalistischen Partei Bangladeschs (BNP) eskaliert. Zu Jahresbeginn beruhigt

sich die Lage zunächst, nachdem verschiedene Oppositionspolitiker aus der Haft entlassen worden sind. Im Mai boykottiert die AL jedoch eine Parlamentssitzung. Der oberste Gerichtshof verurteilt Mitglieder der AL zu Gefängnisstrafen. Unbekannte Angreifer verüben mehrere Attentate auf führende Mitglieder der AL. Die Opposition macht die Regierung für die Anschläge verantwortlich und ruft wiederholt Generalstreiks aus. Ihre Anhänger reagieren mit Ausschreitungen. *ak*

China - Indien

Intensität: 1 Veränderung: • Beginn: 1947
 Konfliktparteien: China vs. Indien
 Konfliktgegenstand: Territorium (Aksai Chin, Ladakh, Sikkim, Arunachal Pradesh), internationale Macht

Der Grenzkonflikt zwischen China und Indien entspannt sich weiter. Der indische Premierminister Atal Bihari Vajpayeeh unterzeichnet in China ein Abkommen, das die Beziehungen der beiden Länder positiv verändern soll. Indien erkennt darin Tibet als chinesisches Territorium an, im Gegenzug bietet China an, das Königreich Sikkim nicht mehr als unabhängigen Staat zu betrachten. Das Abkommen ist in der indischen Öffentlichkeit umstritten. Daneben sollen die Beziehungen durch technologische und ökonomische Kooperation stabilisiert werden. Die Entspannung wird durch eine gemeinsame militärische Übung der Seestreitkräfte in chinesischen Gewässern unterstrichen. *asr*

Übersicht: Konflikte in Asien 2003

Konfliktname ¹	Direkt Beteiligte ²	Konfliktgegenstand	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Bangladesch - Indien	Bangladesch vs. Indien	Grenze, Ressourcen (Wasser)	1971	•	3
Bangladesch - Myanmar	Bangladesch vs. Myanmar	Sonstiges (Flüchtlingsrückführung)	1991	•	2
Bangladesch (Chittagong Hill Tracts)	CHT-Stämme, SCC, Shanti Bahini, JSS vs. Regierung	Sezession	1947	•	2
Bangladesch (Opposition) *	AL vs. Regierung	Nationale Macht	1991	↗	3
China - Indien	China vs. Indien	Territorium, internationale Macht	1947	•	1
China - Philippinen *	China vs. Philippinen	Territorium/ Grenze	1971	•	2
China - Taiwan	China vs. Taiwan	Internationale Macht, Ideologie/ System, Sezession	1949	•	2
China - Vietnam (Paracelus-Inseln) *	China vs. Vietnam	Territorium/ Grenze, Ressourcen	1945	•	1
China - Vietnam u.a (Spratly-Inseln) *	China vs. Vietnam vs. Japan vs. Philippinen vs. Taiwan	Territorium/ Grenze, Ressourcen	1945	•	1
China (Falun Gong) *	Falun Gong vs. Regierung	Ideologie/ System	1999	•	2
China (Hongkong)	Hongkonger Gesellschaft vs. Regierung	Autonomie	1999	↗	2
China (Tibet)	Tibetische Exilregierung, Tibeter, Tibetische Separatisten vs. Regierung	Ideologie/ System, Sezession	1912	↘	2
China (Xinjiang) *	ETIM vs. Regierung	System/ Ideologie, Sezession	1990	•	3
Fidschi (Nationale Macht) *	Ethnische Fijianer vs. Indische Elite	Nationale Macht	1987	•	2
Frankreich - Vanuatu (Matthew- und Hunter-Inseln) *	Frankreich vs. Vanuatu	Territorium/ Grenze	1980	•	1
Frankreich (Neukaledonien) *	Regierung vs. FLNKS	Sezession	1984	•	2
Indien - Pakistan (Siachen-Gletscher) *	Indien vs. Pakistan	Territorium/ Grenze	1984	•	4
Indien (Assam)	NDFB, BLTF, ULFA vs. Regierung	Ethnische Autonomie	1979	•	3
Indien (Ayodhya) *	Muslime vs. Hindus	Religiöse Vorherrschaft	1853	•	3
Indien (Gujarat)	Muslimische Minderheitsbevölkerung vs. Regierung, Hinduistische Mehrheitsbevölkerung	Religiöse Autonomie	2002	•	3
Indien (Kaschmir)	Kaschmiri und Pakistani Rebellengruppen vs. Regierung	Religiöse und regionale Autonomie, Sezession	1947	•	4
Indien (Nagaland) *	NNC vs. Regierung	Sezession	1947	•	4
Indien (Naxaliten II) *	PWG, MCC vs. Regierung	System/ Ideologie	1997	↘	2
Indien (Sikhs) *	Sikhs vs. Regierung	Religiöse Vorherrschaft, Sezession	1929	•	1
Indien (Tripura)	ATTF, BNS, NRG, NLFT, NSCN, TVF vs. Regierung	Sezession, Sonstiges (illegale Einwanderung bengalischer Siedler)	1980	•	4
Indonesien (Aceh)	GAM vs. Regierung	Sezession, Ressourcen	1953	↗	5
Indonesien (Demokratie) *	Reformasi vs. Regierung	Ideologie/ System	1997	•	1
Indonesien (Jemaah Islamiah)	Jemaah Islamiah vs. Regierung	Nationale Macht	2002	•	3
Indonesien (Kalimantan) *	Dayaks vs. Maduresen	Ethnische Vorherrschaft	1997	↘	1
Indonesien (Molukken)	Laskar Dschihad, Maluku Souveränität vs. Regierung; Muslime vs. Christen	Religiöse Vorherrschaft	1998	↘	2
Indonesien (Papua)	OPM vs. Regierung	Sezession, Ressourcen (Bodenschätze)	1949	•	3
Indonesien (Sulawesi)	Christen vs. Muslime, Laskar Dschihad, Jemaah Islamiah	Religiöse Vorherrschaft	1998	↗	3
Japan - China (Senkaku-/ Diaoyus-Inseln) *	Japan vs. China	Territorium/ Grenze, Ressourcen	1972	↗	2
Japan - Russland (Kurilen) *	Japan vs. Russland	Territorium	1945	•	1
Japan - Südkorea (Takeshima-/ Tokto-Inseln) *	Japan vs. Südkorea	Territorium	1945	•	2
Kambodscha (CFF) *	CFF vs. Regierung	Nationale Macht, Ideologie/ System	2000	↘	1
Kambodscha (CPP, FUNCINPEC, SRP)	CPP vs. FUNCINPEC, SRP	Ideologie/ System, nationale Macht	1979	•	3
Laos (Rebellen)	Rebellen vs. Regierung	Ideologie/ System, Autonomie, nationale Macht	1975	↗	4
Malaysia - Indonesien (Grenze) *	Malaysia vs. Indonesien	Territorium	1981	• ENDE	1
Malaysia - Indonesien und Philippinen (Einwanderer) *	Malaysia vs. Indonesien, Philippinen	Ressourcen, Internationale Macht	1998	•	2
Malaysia (Demokratie, Opposition) *	Reformasi (Barisan Alternatif/ Keidalan) vs. Regierung	Nationale Macht	1998	•	1
Malaysia (KMM) *	KMM vs. Regierung	Ideologie/ System	2001	•	1
Myanmar (Ethnische Minderheiten)	KNU, KNDO, SSA vs. Regierung, DKBA, UWSA	Regionale Autonomie	1948	•	4
Myanmar (NLD)	NLD vs. Regierung	Ideologie/ System, nationale Macht	1990	↗	3
Myanmar (Rohingya) *	Rohingya vs. Regierung	Autonomie	1948	↘	1
Nepal - Bhutan	Nepal vs. Bhutan	Sonstiges (Flüchtlinge)	1986	•	2
Nepal (Maoistische Rebellen)	CPN-M vs. Regierung	Ideologie/ System, nationale Macht	1996	↘	4
Neuseeland - USA (Atomwaffenpolitik) *	Neuseeland vs. USA	Internationale Macht (Rüstungskontrolle)	1984	•	1

Konfliktname ¹	Direkt Beteiligte ²	Konfliktgegenstand	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Nordkorea - Südkorea	Nordkorea vs. Südkorea	Ideologie/ System, Internationale Macht	1947	•	3
Nordkorea - USA, Südkorea, Japan	Nordkorea vs. USA, Südkorea, Japan	Internationalen Macht (Rüstungskontrolle), System/ Ideologie	1993	•	2
Osttimor - Australien	Osttimor vs. Australien	Territorium, Ressourcen	2002	•	2
Pakistan - Indien (Kaschmir)	Pakistan vs. Indien	Territorium, Internationale Macht	1947	•	4
Pakistan (Belutschistan) *	BSO, BFL vs. Regierung	Sezession	1920	•	2
Pakistan (Sindh)	MQM vs. Regierung	Autonomie, Nationale Macht	1977	↘	1
Papua-Neuguinea (Bougainville II) *	BRA vs. Regierung	Autonomie	1988	•	1
Philippinen (Abu Sayyaf)	Abu Sayyaf vs. Regierung	Sezession	1985	↘	3
Philippinen (MILF)	MILF vs. Regierung	Sezession, System/ Ideologie	1984	↗	4
Philippinen (MNLF) *	MNLF vs. Regierung	Sezession	1970	↓ ENDE	2
Philippinen (NPA) *	NPA, CPP vs. Regierung	Ideologie/ System	1968	↘	2
Salomonen (MEF)	Regierung, IFM vs. MEF	Sonstiges (Umsetzung des Vertrages von 2000), Ressourcen	1998	↗	3
Singapur - Malaysia	Singapur vs. Malaysia	internationale Macht, Territorium/ Grenze	1979	•	1
Singapur (Jemaah Islamiah) *	Jemaah Islamiah vs. Regierung	Ideologie/ System	1999	•	1
Sri Lanka (LTTE)	LTTE vs. Regierung	Autonomie	1922	•	4
Thailand - Kambodscha (Grenze)	Thailand vs. Kambodscha	Territorium/ Grenze, Internationale Macht	1954	↗	2
Tadschikistan *	Islamische Rebellen vs. Regierung	Ideologie/ System	1990	•	3
Usbekistan (IMU) *	IMU vs. Regierung Usbekistan	Ideologie/ System, Nationale Macht	1997	↗	3
Vietnam (KKNLF)	KKNLF vs. Regierung	Sezession, Ideologie/ System	2002	•	2

1) 2) 3) 4) siehe Seite 11: Übersicht: Konflikte in Europa

China - Taiwan

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1949
Konfliktparteien: China vs. Taiwan	Konfliktgegenstand: Internationale Macht, Ideologie/ System, Sezession	

Der Konflikt um den Status Taiwans gewinnt an Dynamik. Beide Staaten werden in die WTO aufgenommen. Der völkerrechtliche Status Taiwans ist eines der wichtigsten Themen im Präsidentschaftswahlkampf des nächsten Jahres in Taiwan. Hardliner in Peking drohen daraufhin mit Invasion. China verhindert erneut die Mitgliedschaft Taiwans in der UNO.

asr

China (Hongkong)

Intensität: 2	Veränderung: ↗	Beginn: 1999
Konfliktparteien: Hongkonger Gesellschaft vs. Regierung	Konfliktgegenstand: Autonomie	

Der Konflikt zwischen China und Teilen der Bevölkerung der ehemaligen britischen Kronkolonie Hongkong um Autonomie und demokratische Partizipation dauert an. Öffentliche Diskussionen um ein von der chinesischen Regierung erlassenes neues Sicherheitsgesetz weiten sich zu einer Serie von Massendemonstrationen in Hongkong aus. Dieses Gesetz würde die Meinungs-, Presse- und Religionsfreiheit eingeschränken. Die von Peking eingesetzte Stadtregierung zieht nach den Protesten die Gesetzesvorlage zurück. Eine für September angekündigte Neuvorlage verschiebt sie auf unbestimmte Zeit.

asr

China (Tibet)

Intensität: 2	Veränderung: ↘	Beginn: 1912
Konfliktparteien: Tibetische Exilregierung, Tibeter, Tibetische Separatisten vs. Regierung	Konfliktgegenstand: Ideologie/ System, Sezession	

Im Tibet-Konflikt setzt die Zentralregierung die juristische Verfolgung von separatistischen Aktivisten als auch ihre diplomatischen Bemühungen, die internationale Popularität des Dalai Lama zu untergraben, fort.

Die Gewaltbereitschaft der Separatisten bleibt gering. Der Dalai Lama verkündet, er wolle sich in Verhandlungen um eine Autonomie Tibets innerhalb Chinas bemühen, dieses Ziel ist in Tibet jedoch umstritten. Sollte die tibetische Gesellschaft sich darüber zerstreiten, und die pazifistische Autorität des Dalai Lama geschwächt werden, könnte das Gewaltpotential des Konfliktes sprunghaft ansteigen.

asr

Indien (Assam)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1979
Konfliktparteien: NDFB, BLTF, ULFA vs. Regierung	Konfliktgegenstand: Ethnische Autonomie	

Trotz eines Autonomieabkommens zwischen der indischen Regierung und den Kräften Befreiungstiger Bodoland (BLTF) halten die Angriffe anderer Separatisten auf die bengalisch-sprechende Bevölkerung in Assam weiter an. So werden im April vier bengalische Muslime von Rebellen der Nationalen Demokratischen Front für Bodoland (NDFB) getötet. Die Separatisten der Vereinigten Befreiungsfront von Assam (ULFA) überfallen Dörfer und Züge im angrenzenden Bihar, bei denen mehrere Menschen verletzt und getötet werden. Entlang der Grenze zu Bhutan wird vermehrt indische Grenzpolizei stationiert, nachdem die bhutanische Regierung ein Aufenthaltsverbot für die Rebellen beider Gruppen ausspricht. In Bhutan werden ihnen die Versorgungswege für Nahrungs- und medizinische Versorgung abgeschnitten.

ak

Indien (Gujarat)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 2002
Konfliktparteien: Muslimische Minderheitsbevölkerung vs. Regierung, Hinduistische Mehrheitsbevölkerung	Konfliktgegenstand: Religiöse Autonomie	

Während des Berichtszeitraums greifen sich Teile der Hindu- und Moslembevölkerung im indischen Bundesstaat Gujarat wiederholt gegenseitig an. Im Dezember 2002 gewinnt die Regierungskoalition unter der Führung der Bharatiya Janata Partei (BJP) von

Ministerpräsident Narendra Modi die Wahlen in Gujarat trotz Vorwürfen ihrer angeblichen stillschweigenden Duldung gewalttätiger Ausschreitungen von Hindus gegen Muslime im Anschluss an einen Brandanschlag auf einen mit Hindu-Pilgern besetzten Zug nahe Godhra im Februar 2002. Im Juni wirft die Nationale Menschenrechtskommission (NHRC) der Bundesstaatsregierung Versagen bei der Bekämpfung gewalttätiger Ausschreitungen im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den Anschlag in Godhra und den Wahlen vom Dezember 2002 sowie bei der Strafverfolgung der Gewalttäter vor. Auch wirft sie einigen Staatsorganen in Gujarat eine zumindest stillschweigende Billigung der Gewalttaten gegenüber den Muslimen vor. Nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofs Indiens im September erklärt die Bundesstaatsregierung, sie wolle auf eine Überprüfung der Freisprüche für verschiedene Beschuldigte auf Seiten der militanten Hindus hinwirken. Im November fordert die Unionsregierung die Regierung von Gujarat zur verschärften Bekämpfung der Gewalttäter auf. *mp*

Indien (Kaschmir)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	Kaschmiri und Pakistani Rebellengruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Religiöse und regionale Autonomie, Sezession	

Während des gesamten Berichtszeitraumes verüben militante Separatisten nahezu wöchentlich Anschläge in Kaschmir, bei denen zahlreiche Zivilisten getötet werden. Die indischen Sicherheitskräfte reagieren wie in den Vorjahren mit verstärkter Repression in der Region. Der Aufruf der Separatistengruppe Hezb-ul-Mujahedin am 30.12.02, auf Gewalt in Kaschmir zu verzichten, wird nicht befolgt. Eine Friedensinitiative des indischen Staatspräsidenten Abdul Kalam, wie auch der Aufruf zu Verhandlungen durch Khan Shah Afridi im Juni bleibt ohne Ergebnis. Ende Oktober bietet die indische Regierung Verhandlungen über die Zukunft Kaschmirs unter der Vorbedingung eines Gewaltverzichts an. Am 21.11. verkündet die Hurriyat Allparteienkonferenz (APHC), eine Dachorganisation verschiedener Separatistengruppen, ihre Bereitschaft zu Gesprächen und kündigt an, in Kürze einen Zeitplan für zukünftige Verhandlungen und Vorschläge über deren Inhalt der Öffentlichkeit vorstellen zu wollen. *mp*

Indien (Tripura)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1980
Konfliktparteien:	ATTF, BNS, NRG, NLFT, NSCN, TVF vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession, Sonstiges (illegale Einwanderung bengalischer Siedler)	

Im nordöstlichen indischen Staat Tripura gehen die Kämpfe zwischen den separatistischen Rebellen der Liga zur Befreiung von Tripura (NLFT) und der Ganz-Tripura Tiger Kräfte (ATTF) gegen die Regierung weiter. Nach dem Wahlsieg der linken Regierungsparteien verschärft sich der Kampf der Rebellen. Wiederholt werden hochrangige Politiker entführt und später getötet. Drei zeitgleiche Überfälle auf ein Dorf, bei denen mindestens 32 Menschen getötet werden, rufen einen Generalstreik der Bevölkerung gegen die Rebellen hervor. Zeitweilig wird eine Ausgangssperre angeord-

net. Der Ministerpräsident von Tripura beschuldigt Bangladesch, den Rebellen der NLFT in der benachbarten Grenzregion Unterschlupf zu gewähren. Insgesamt wird in diesem Jahr von mehr als 200 Toten ausgegangen. *ak*

Indonesien (Aceh)

Intensität: 5	Veränderung: ↗	Beginn: 1953
Konfliktparteien:	GAM vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession, Ressourcen	

Der Sezessionskonflikt in der indonesischen Provinz Aceh eskaliert. Nachdem Präsidentin Megawati Sukarnoputri am 18.5. das Kriegsrecht über die Provinz verhängt hat, beginnt die Armee am darauffolgenden Tag eine Großoffensive mit rund 40.000 Soldaten. Damit betrachtet die internationale Gemeinschaft die Vermittlungsversuche als gescheitert, deren Ziel es war, das Militär bis zur Präsidentenwahl 2005 unter zivile Kontrolle zu stellen. Seit Mai sind mehr als tausend Menschen getötet worden und über 20.000 auf der Flucht. Mit einer Verschärfung des Kriegsrechts Anfang November, die eine Ausweitung der Militäraktionen bedeutet, erreicht der Bürgerkrieg einen weiteren Höhepunkt. *cs*

Indonesien (Jemaah Islamiah)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Regierung vs. Jemaah Islamiah	
Konfliktgegenstand:	Nationale Macht	

Die Terrorgruppe Jemaah Islamiah verübt in diesem Jahr mehrere Anschläge in Indonesien. So werden am 5.8. 13 Menschen bei einem Bombenattentat auf ein westliches Hotel in Jakarta getötet und über hundert verletzt. Im Februar beginnt der Prozess gegen die Hauptbeschuldigten des Attentats von Bali im Oktober 2002. Fast ein Jahr nach den Anschlägen wird einer der Angeklagten zum Tode verurteilt, andere erhalten lebenslange Haftstrafen. Am 18.10. erlässt die Regierung Antiterror-Notverordnungen. *cs*

Indonesien (Molukken)

Intensität: 2	Veränderung: ↓	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Laskar Dschihad, Maluku Souveränität vs. Regierung; Muslime vs. Christen	
Konfliktgegenstand:	Religiöse Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen Muslimen und Christen besteht weiter. Zu Anfang des Jahres verurteilt ein Gericht in Jakarta zwei Führer von christlichen Gruppen wegen Anschlägen auf muslimische Einrichtungen zu Gefängnisstrafen. Sonst bleiben die Auseinandersetzungen aber weitgehend gewaltfrei. *cs*

Indonesien (Papua)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1949
Konfliktparteien:	Regierung vs. OPM	
Konfliktgegenstand:	Sezession, Ressourcen (Bodenschätze)	

Der Sezessionskonflikt zwischen der indonesischen Regierung und der Organisation Freies Papua (OPM) dauert an. Am 7.7. hissen Separatisten eine Papua-Flagge, woraufhin die Armee einen Rebellen tötet und weitere verletzt und verhaftet. Im August plant die Regierung eine Spaltung der Provinz in drei Teile. Dies führt zu Ausschreitungen, die auch nach der Rücknahme des Vorhabens nicht abebben. *cs*

Indonesien (Sulawesi)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Christen vs. Muslime, Laskar Dschihad, Jemaah Islamiyah	
Konfliktgegenstand:	religiöse Vorherrschaft	

Im Konflikt zwischen Muslimen und Christen auf der indonesischen Insel Sulawesi, in dem es von 1999 bis 2001 über tausend Tote gegeben hat, ist es in den vergangenen anderthalb Jahre ruhig geblieben. Am 12.10., dem ersten Jahrestag der Bali-Anschläge, tötet die Jemaah Islamiyah acht Christen und verletzt weitere. Wegen des Erlasses von einigen Antiterror-Notverordnungen erklärt am 15.10. die islamistische Organisation Laskar Jihad ihre sofortige Auflösung, bestreitet aber einen Zusammenhang mit den Bali-Anschlägen. *cs*

Kambodscha (CPP - FUNCINPEC, SRP)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1979
Konfliktparteien:	CPP vs. FUNCINPEC, SRP	
Konfliktgegenstand:	Ideologie/ System, nationale Macht	

Bereits seit der Machtübernahme des amtierenden kambodschanischen Ministerpräsidenten Hun Sen im Jahre 1979 besteht ein Konflikt zwischen der kambodschanischen Volkspartei (CPP) und der royalistischen FUNCINPEC-Partei. Im Jahr 1995 tritt die Sam Rainsy-Partei (SRP) als weitere Konfliktpartei hinzu. Im Vorfeld der Parlamentswahlen werden mindestens vier Morde an FUNCINPEC- bzw. SRP-Aktivisten begangen. Am 27.7., dem Tag der Parlamentswahlen, wird ein Bombenanschlag gegen das Hauptquartier der FUNCINPEC in Phnom Penh verübt. SRP und FUNCINPEC werfen Hun Sen Unregelmäßigkeiten im Wahlverlauf vor. Beide boykottieren sowohl die Eröffnungszeremonie des neuen Parlaments als auch die Verhandlungen zur Bildung der neuen Regierung. Erst nach einem Appell des Königs Norodom Sihanouk Anfang November erklären sie sich zu Koalitionsverhandlungen bereit. *ca*

Laos (Rebellen)

Intensität: 4	Veränderung: ↗	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	Rebellen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ideologie/ System, Autonomie, nationale Macht	

Nachdem Laos bereits im Jahre 2000 regelmäßig von Bombenanschlägen erschüttert worden ist, greifen dieses Jahr mehrmals bewaffnete Personen Zivilisten und Regierungssoldaten an. Die Zwischenfälle sind Ausdruck der antikommunistisch-royalistischen Widerstandsbewegung und des damit verbundenen Freiheitskampfes der indigenen Minderheit der Hmong. *ct*

Myanmar (Ethnische Minderheiten)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1948
Konfliktparteien:	KNU, KNDO, SSA vs. Regierung, DKBA, UWSA	
Konfliktgegenstand:	Regionale Autonomie	

Der Kampf der Rebellen von der Karen Nationalunion (KNU), der Karen Nationale Verteidigungsorganisation (KNDO) und der Rebellen der Shan-Staatsarmee (SSA) um regionale Autonomie gegen Myanmars Militärregierung und die mit ihr verbündeten Milizen der Demokratisch-Buddhistischen Karen-Armee (DKBA) und der Vereinigten Armee des Wa-Staats (UWSA)

geht unvermindert weiter. Anfang des Jahres startet die Armee Myanmars ihre alljährliche Trockenzeitoffensive gegen Stützpunkte der Rebellen an der Grenze zu Thailand. Daneben finden während des ganzen Jahres immer wieder kleinere Gefechte statt. Ein einseitig ausgerufenen Waffenstillstand und ein Verhandlungsangebot der SSA im Januar werden von der Militärregierung nicht beachtet. Die Armee verübt auch weiterhin nahezu täglich Übergriffe, wie Raub, Vergewaltigung und Mord, gegen ethnische Minderheiten. Insgesamt fordert der Konflikt im Berichtszeitraum mehrere Hundert Todesopfer, einige Tausend werden vertrieben. Die Rebellengruppen sind auch in anderen Gebieten, wie dem der Mon, aktiv. *ca*

Myanmar (NLD)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	Regierung vs. NLD	
Konfliktgegenstand:	Ideologie/System, nationale Macht	

Der Konflikt um nationale Macht und das politische System zwischen der herrschenden Militärregierung in Myanmar und der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), die 1990 die letzten freien Wahlen gewonnen hat und seitdem an der Regierungsausübung gehindert wird, besteht weiter. Die in der Folge der Freilassung der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi im Jahr 2001 eingetretene Entspannung hält zu Beginn des Berichtsjahres weiter an. Jedoch verschärft sich die Situation Ende Mai mit einem Überfall auf Suu Kyi erneut. Bei dem Überfall, der zunächst als Zusammenstoß zwischen NLD- und Regierungsanhängern bezeichnet wird, sterben bis zu hundert Menschen. Suu Kyi und zahlreiche NLD-Mitglieder werden verhaftet und fast im ganzen Land die NLD-Büros geschlossen. Ihr Gesundheitszustand und starker internationaler Druck, vor allem von Seiten der USA, führen dazu, dass ihre Haft Ende September in einen Hausarrest umgewandelt wird. *ca*

Nepal - Bhutan

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1986
Konfliktparteien:	Nepal vs. Bhutan	
Konfliktgegenstand:	Sonstiges (Flüchtlinge)	

Der Konflikt um die Repatriierung von Flüchtlingen im Osten Nepals, die ursprünglich aus Bhutan stammen, jedoch nepalesischer Abstammung sind, besteht weiter. Die Verifikationsmission, die Ende 2001 gemeinsame Arbeitsgruppen aus Nepal und Bhutan mit Unterstützung der EU und des UNHCR eingesetzt haben, veröffentlicht im Jahr 2003 ihre Ergebnisse. Nach den Untersuchungen der Arbeitsgruppen dürfen ca. 9.000 von 12.000 Flüchtlingen des Lagers Khudunabari nach Bhutan zurückkehren. Am 23.10. stimmen Bhutan und Nepal dieser freiwilligen Rückkehr zu. Im Osten Nepals bleiben immer noch ca. 90.000 Menschen auf weitere sechs Flüchtlingslager verteilt, für die bislang noch keine Verifikationsmission eingesetzt worden ist. *yf*

Nepal (Maoistische Rebellen)

Intensität: 4	Veränderung: ↘	Beginn: 1996
Konfliktparteien:	CPN-M vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Ideologie/System, nationale Macht	

Der seit 1996 bestehende gewaltsame Konflikt zwischen der Kommunistischen Partei Nepals - Maoisten

(CPN-M), die die Errichtung eines maoistischen Staates in Nepal fordert, und der Staatsführung mit König Gyanendra an der Spitze, geht im Jahr 2003 trotz eines siebenmonatigen Waffenstillstandes weiter. Nach der Ermordung von Krishna Mohan Shrestha, dem Chef der Polizei in Nepal, am 26.1., kündigen die Rebellen einen Waffenstillstand an, um die Friedensverhandlungen mit der Regierung wiederaufzunehmen. Die Maoisten knüpfen die Friedensgespräche an zwei Bedingungen. Dies sind der Rückzug der Armee und die Freilassung der Gefangenen. Die Rebellen und die Vertreter der Regierung treffen sich formell am 20.4. und 17.7. In den Treffen fordern die Rebellen eine Konferenz, eine vorläufige Regierung, die Entstehung einer verfassunggebenden Versammlung sowie konkrete Fristen, um ein Friedensabkommen zu erreichen. Die Regierung ihrerseits will über die Ausprägung der nepalesischen Monarchie und den Inhalt der Verfassung nicht verhandeln. Sie demonstrieren gegen die Auflösung der Regierung durch König Gyanendra im Oktober 2002. Die Massenproteste führen zum Rücktritt von Premierminister Lokendra Bahadur Chand am 30.5. Er wird durch Surya Bahadur Thapa ersetzt.

Die Verhandlungen zwischen den Rebellen und den Vertretern der Regierung tragen nicht zur Lösung des Konflikts bei. Obwohl die Regierung im Juli drei maoistische Führer freilässt, weigert sie sich, eine neue Verfassung auszuarbeiten. Am 27.7. kündigen die Maoisten das Ende des Waffenstillstandes an. Die Regierung erklärt den Ausnahmezustand. *yf*

Nordkorea - Südkorea

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	Nordkorea vs. Südkorea	
Konfliktgegenstand:	Ideologie/ System, Internationale Macht	

Die Beziehungen zwischen Nordkorea und Südkorea verbessern sich. Im Laufe des Jahres finden mehrere Gespräche auf Kabinettschwere statt, die eine Annäherung in Bezug auf die Teilung der Halbinsel versprechen. Zum ersten Mal ist es südkoreanischen Touristen 2003 erlaubt, den Norden an ausgewählten Tagen zu besuchen. Ein historisches Ereignis stellt die Wiederanbindung der Eisenbahnstrecke zwischen Nordkorea und Südkorea dar. Dennoch ist das Verhältnis durch die nukleare Wiederaufrüstung Nordkoreas überschattet. Am 18.2. droht Nordkorea, das Waffenstillstandsabkommen von 1953 mit Südkorea aufzukündigen. Darüber hinaus ereignet sich Mitte Juli ein Schusswechsel an der Grenze, bei dem niemand verletzt wird. *je*

Nordkorea - USA, Südkorea, Japan

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	Nordkorea vs. USA, Südkorea, Japan	
Konfliktgegenstand:	Internationalen Macht (Rüstungskontrolle), System/ Ideologie	

Nachdem im Jahr 2002 bekannt wurde, dass Nordkorea sein Nuklearprogramm zum Bau von Atomwaffen nicht eingestellt hat, verabschiedet die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) am 6.1. eine Resolution, um Druck auf Nordkorea auszuüben. Nordkorea reagiert am 10.1. mit dem sofortigen Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag und fordert Verhandlungen mit den USA. China, die USA, Russland, Südkorea und Japan bemühen sich um eine diplomatische

Lösung des Konflikts. Am 26.2. wird der Reaktor in Yongbyon nach Angaben Nordkoreas wieder in Betrieb genommen. Diesen hatte es zuvor als Konzession abgeschaltet.

Eine Entspannung scheint sich abzuzeichnen, als Nordkorea sich nach Vermittlung Chinas zu Gesprächen mit den USA am 23.4. in Peking bereitklärt. Die Gespräche enden allerdings ohne Ergebnis. Am 9.6. droht Nordkorea mit dem Aufbau einer nuklearen Abschreckung, sollten die USA ihre „feindliche Politik“ nicht aufgeben. Erst Ende August kommt es wieder zu einer Annäherung während der multilateralen Sechsergespräche, die aber ebenfalls ohne Fortschritte enden. Am 2.10. erklärt Nordkorea, dass ihm die Wiederaufbereitung von Brennstäben zur Herstellung von Atomwaffen gelungen sei und es zu weiteren Gesprächen nur unter Ausschluss Japans bereit ist. *je*

Osttimor - Australien

Intensität: 2	Veränderung: NEU	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Osttimor vs. Australien	
Konfliktgegenstand:	Territorium, Ressourcen	

In der Auseinandersetzung zwischen Osttimor und Australien um die Nutzungsrechte von Erdgas- und Erdölvorkommen in der Timorsee ratifizieren beide Parteien am 6. bzw. 7.3. ein Abkommen, das die Gewinnverteilung zwischen den Ländern regelt. Darin setzt Australien einen 80-prozentigen Erlösanteil aus dem Erdgasfeld "Greater Sunrise" durch. Osttimor, das nach seiner Unabhängigkeit am 20.5.02 noch immer stark von finanzieller Hilfe Australiens abhängig ist, beklagt nach der Unterzeichnung durch seinen Premierminister Mari Alkatiri den außergewöhnlich starken diplomatischen Druck, der von Australien ausgeübt worden sei. Australien hat im Vorfeld jegliche Regelung über den Internationalen Gerichtshof in Den Haag ausgeschlossen. *nis*

Pakistan - Indien (Kaschmir)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	Pakistan vs. Indien	
Konfliktgegenstand:	Territorium, Internationale Macht	

Der Konflikt zwischen Indien und Pakistan um den territorialen Status von Kaschmir hält weiter an. Im Vergleich zu vergangenen Jahren kommt es im Berichtszeitraum zu weniger häufigen Zusammenstößen indischer und pakistanischer Streitkräfte entlang der Demarkationslinie in der Kaschmirregion. Im Februar weisen beide Seiten kurzzeitig Diplomaten des jeweils anderen Staates aus. Nach Gesprächsangeboten seitens Pakistans im Februar und seitens Indiens im Mai, nehmen die Missionen beider Staaten ihre Arbeit Ende Mai wieder auf. Im Juni und Juli bieten beide Regierungen der jeweils anderen Gespräche über eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen und Kaschmir an. Im August beschuldigt Indien Pakistan im Anschluss an einen Bombenanschlag in Mumbai, seine Infiltration nun auch über Kaschmir hinaus auszudehnen zu wollen. Indische und pakistanische Truppen liefern sich im September ein heftiges Artilleriegefecht, bei dem vier Menschen getötet werden. Im Oktober und November versichern beide Seiten einander erneut ihre Gesprächsbereitschaft über die Kaschmirfrage. Am 25.11. verkünden Indien und Pakistan einen Waffenstillstand entlang der Demarkationslinie in Kasch-

mir auf unbeschränkte Zeit. Indien schränkt den Waffenstillstand ein, so dass dieser nur für den Konflikt mit Pakistan gelte, nicht jedoch gegenüber militanten Gruppen in Kaschmir selbst. *mp*

Pakistan (Sindh)

Intensität: 1	Veränderung: ↘	Beginn: 1977
Konfliktparteien: MQM vs. Regierung		
Konfliktgegenstand: Autonomie, Nationale Macht		

Am 11.12.02 tritt die Muttahida Qaumi Mahaz (MQM) in eine Regionalregierung in der pakistanischen Provinz Sindh ein, die von der Pakistan Muslim-Liga (PML-Q) geführt wird. Die PML-Q ist wichtigste Regierungspartei und unterstützt das Regime von General Pervez Musharraf. Damit wird der Konflikt wesentlich entschärft. Die MQM erhofft sich dadurch eine teilweise Lösung des Konflikts um den Status der von ihr repräsentierten ethnischen Gruppe der Mohajirs im Sindh. Der weiterhin wichtigste Vertreter der MQM, Altaf Hussein, entscheidet sich dennoch aus Angst vor möglichen Terroranschlägen rivalisierender Parteien in der Provinz zu einem Verbleib im selbst gewählten Londoner Exil. *mp*

Philippinen (Abu Sayyaf)

Intensität: 3	Veränderung: ↘	Beginn: 1985
Konfliktparteien: Abu Sayyaf vs. Regierung		
Konfliktgegenstand: Sezession		

Die ca. 500 kämpfenden Mitglieder der Organisation Abu Sayyaf, die sowohl von der US-amerikanischen als auch von der philippinischen Regierung als terroristisch eingestuft werden und vermutlich Verbindungen zu Al-Kaida und Jemaah Islamiyah hat, haben die Errichtung eines islamischen Staates auf Mindanao und Sulu zum Ziel. Zu Verhandlungen mit Abu Sayyaf, die wiederholt Zivilisten entführt, hohe Lösegeldforderungen stellt und vor der Ermordung der Geiseln nicht zurückschreckt, ist die Regierung nicht bereit. In ihrem Versuch, Abu Sayyaf zu besiegen, wird das philippinische Militär durch Beratung und Ausbildung von US-amerikanischer Seite unterstützt. Im Mai liefern sich die Abu Sayyaf Gefechte mit Regierungstruppen, bei denen vier Rebellen und zwei Soldaten getötet werden. *slu*

Philippinen (MILF)

Intensität: 4	Veränderung: ↗	Beginn: 1984
Konfliktparteien: MILF vs. Regierung		
Konfliktgegenstand: Sezession, System/ Ideologie		

Im Dezember 2002 und Januar 2003 werden auf Mindanao wiederholt Bombenanschläge verübt, bei denen mehrere Dutzend Zivilisten getötet werden. Die philippinische Regierung vermutet, dass die Moro Islamische Befreiungsfront (MILF), die für die Abspaltung des muslimisch geprägten Südens kämpft, hinter diesen Anschlägen steht. Sie startet im Februar eine militärische Offensive mit mehreren tausend Soldaten gegen die Rebellen. Bis zu 30.000 Zivilisten flüchten vor den Kampfhandlungen. Nachdem in den folgenden Monaten unvermindert Bombenanschläge auf öffentliche Einrichtungen verübt werden, unter anderem im März auf den Davao City Airport, bricht die Regierung im Mai die Friedensgespräche mit den Rebellen ab und eröffnet eine Offensive mit Luftangriffen und Artilleriefeuer auf die Rebellen. Als Reaktion darauf rufen die MILF-Rebellen einen zehntägi-

gen Waffenstillstand aus. Am 18.7. unterzeichnet die Regierung ein Waffenstillstandsabkommen mit der MILF, dem Friedensverhandlungen in Malaysia folgen sollen. Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo, die sich während der Offensive auf einem Staatsbesuch in den USA befindet, sichert US-Präsident George W. Bush die militärische Unterstützung im Kampf gegen die Terrorgruppen in den Philippinen zu. Er möchte die Philippinen zum wichtigsten Verbündeten ohne NATO-Mitgliedschaft erklären, um so die Zusammenarbeit der beiden Länder auf militärischem Gebiet zu verstärken und zu erleichtern. Er beschließt die Entsendung von Truppen auf die Philippinen. *slu*

Salomonen (MEF)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1998
Konfliktparteien: Regierung, IFM vs. MEF		
Konfliktgegenstand: Sonstiges (Umsetzung des Vertrages von 2000), Ressourcen		

Nachdem der auf den Salomonen im Zuge eines Friedensabkommens aus dem Jahr 2000 vereinbarte Entwaffnungsprozess seit dem letzten Jahr ins Stocken geraten ist, verüben Angehörige der rivalisierenden Rebellenbewegungen Isatabu Befreiungsbewegung (IFM) und Kräfte der Malaita Adler (MEF) in der ersten Hälfte des Jahres erneut mehrere Anschläge. Im Juni bietet Australien die Entsendung einer Friedenstruppe auf die Salomonen an. Die Regierung und das Parlament der Salomonen nehmen im Juli wegen der sich verschlechternden Sicherheitslage diese Offerte an. Am 24.7. beginnt die multinationale Friedensmission unter australischer Führung. Die MEF erklärt sich nach Gesprächen mit Befehlshabern der Friedenstruppen zur Entwaffnung bereit. Die Mission der multinationalen Polizei- und Streitkräfte wird am 29.10. für weitgehend erfolgreich und vorläufig abgeschlossen erklärt. *mp*

Singapur - Malaysia

Intensität: 1	Veränderung: •	Beginn: 1979
Konfliktparteien: Singapur vs. Malaysia		
Konfliktgegenstand: internationale Macht, Territorium/ Grenze		

Im seit 1979 bestehenden Grenzkonflikt zwischen Singapur und Malaysia sind 1998 Streitigkeiten über Grenzkontrollen und die militärische Nutzung des Luftraums und 2002 Auseinandersetzungen über die Wasserversorgung und das Landgewinnungsprogramm Singapurs hinzugekommen. Nachdem keine Einigung erzielt werden kann, unterzeichnen Singapur und Malaysia ein Übereinkommen, das am 24.7. den Streitfall um die Souveränitätsrechte über die Inseln Pedra Branca/Pulau Batu Puteh, Middle Rocks und South Ledge vor den Internationalen Gerichtshof bringt. Malaysia hingegen bringt den Streitfall um die Landgewinnung am 5.9. vor den Internationalen Seegerichtshof, der am 8.10. entscheidet, dass der Fall durch ein unabhängiges Schiedsgericht weiterverfolgt werden soll. *ct*

Sri Lanka (LTTE)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1922
Konfliktparteien: LTTE vs. Regierung		
Konfliktgegenstand: Autonomie		

Der Anfang 2002 mit einem unbefristeten Waffenstillstand einsetzende Friedensprozess zwischen der Regierung von Sri Lanka unter Premierminister Ranil

Wickremesinghe von der Vereinigten Nationalpartei (UNP) und den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE) gerät ins Stocken. Aufgrund der erreichten Erfolge sind bislang 1.000 sri-lankische Flüchtlinge aus Indien und mehr als 100.000 Binnenvertriebene zurückgekehrt.

Neben den gravierenden Fragen des Verschwindens von Personen während des Krieges und der Rekrutierung von Kindersoldaten durch die LTTE besteht das Kernproblem in den von der Armee eingerichteten Hochsicherheitszonen. Diese sollen erst aufgelöst werden, wenn die LTTE entwapnet ist. Erst dann kann ein Großteil der Flüchtlinge zurückkehren. Während die LTTE hinsichtlich des Konfliktgegenstandes bereits im November 2002 die Sezessions- zugunsten einer Autonomieforderung aufgegeben hat, können sich die Konfliktparteien in der Entwaffnungsfrage nicht einig, so dass die LTTE die offiziellen Verhandlungen am 21.4. unbefristet suspendiert.

Trotz Hunderter Zwischenfälle, vor allem von Seiten der LTTE, wird der Waffenstillstand weiterhin von beiden Seiten beachtet. Zeitweilig gewalttätig gestaltet sich allerdings das Verhältnis von Tamilen und Muslimen im Norden und Osten Sri Lankas sowie das zwischen der LTTE und anderen Tamilenorganisationen. Der Friedensprozess soll durch den von internationalen Geberländern, insbesondere von Japan, in Aussicht gestellten finanziellen Anreiz von 4,5 Mrd. US-Dollar angetrieben werden. Er findet unter Vermittlung der norwegischen Sri-Lankischen Überwachungsmission (SLMM) statt. Diese wird im Laufe des Jahres regelmäßig von Staatspräsidentin Chandrika Bandaranaike Kumaratunga von der oppositionellen Volksallianz (PA)/ Sri Lanka-Freiheitspartei (SLFP) in scharfer Form kritisiert. Die Präsidentin, die sich gegen die spezifische Art und Weise des Friedensprozesses deutlich ausspricht, nähert sich damit nationalistisch-singhalesischer Protesthaltung an. Dies findet im November seinen Ausdruck in der vorübergehenden Suspendierung des Parlamentes, die sich bereits seit Anfang des Jahres abgezeichnet hat, sowie in der Ausrufung des Ausnahmezustands und in der Entlassung dreier Minister - in direktem zeitlichem Zusammenhang mit dem ersten detaillierten Vorschlag der LTTE zur Machtteilung.

Während die LTTE ausdrücklich erklärt, sich in diese politischen Auseinandersetzungen nicht einmischen zu wollen und dem Friedensprozess weiterhin verpflichtet zu sein, bemüht sich Wickremesinghe, mit der Präsidentin einen Kompromiss zu vereinbaren und sie in den Friedensprozess stärker einzubinden. *ct*

Thailand - Kambodscha (Grenze)

Intensität: 2	Veränderung: ↗	Beginn: 1954
Konfliktparteien: Thailand vs. Kambodscha		
Konfliktgegenstand: Territorium/ Grenze, Internationale Macht		

Am 29.1. ereignen sich in Phnom Penh gewaltsame Ausschreitungen gegen thailändische Einrichtungen. Die zwischen Thailand und Kambodscha bestehenden Spannungen hinsichtlich ihrer gemeinsamen Grenze lassen sich bis zum Anfang der 50er Jahre zurückverfolgen. Die Wurzeln dieses Konfliktes sind jedoch in den davor liegenden Jahrhunderten zu suchen. Der Konfliktverlauf wurde in der Vergangenheit wesentlich auch durch Thailands Befürchtung vietnamesischer Regionalmachtbestrebungen und die thailändische Unterstützung der Roten Khmer bis Ende der 80er Jahre bestimmt. Bei den Ausschreitungen am 29.01. wird die thailändische Botschaft beinahe vollkommen zerstört, thailändische Unternehmen werden angegriffen. Auslöser für die Ausschreitungen ist eine angebliche Bemerkung eines thailändischen Modells über das kambodschanische Nationalsymbol, die Angkor Wat-Tempelanlage.

Thailands Premierminister Thaksin Chinnawat wirft den kambodschanischen Parteien vor, im Wahlkampf für die anstehende Parlamentswahl ausländischerfeindliche Parolen zu gebrauchen. In den folgenden Tagen bringen Militärmaschinen über 700 thailändische Staatsangehörige außer Landes. Thailand schließt die Grenze zu Kambodscha und zieht seinen Botschafter zurück.

Die Beziehungen zwischen beiden Ländern entspannen sich weitgehend wieder, als Thailand Ende März die Grenze wieder öffnet. Zu der raschen Entspannung tragen sowohl das Interesse Thailands an einer baldigen Normalisierung der Beziehungen, wie auch das kambodschanische Angebot von Entschädigungszahlungen bei. *ca*

Vietnam (KKNLF)

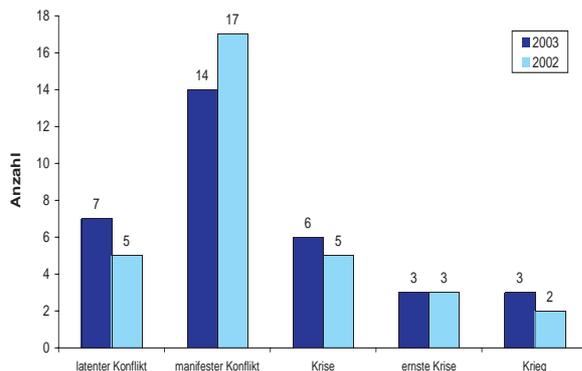
Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 2002
Konfliktparteien: KKNLF vs. Regierung		
Konfliktgegenstand: Sezession, Ideologie/ System		

Die Nationale Befreiungsfront von Kampuchea Krom (KKNLF) verfolgt ihren im Juni 2002 ausgerufenen Kampf für die Loslösung eines als Kampuchea Krom bezeichneten Gebietes von Vietnam im Jahresverlauf nicht aktiv. Im November werden in Kambodscha ca. 100 mutmaßliche KKNLF-Mitglieder sowie vier angebliche KKNLF-Führer verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich zwei US-Bürger, die aus Kambodscha ausgewiesen werden. Die vier mutmaßlichen Führungsmitglieder der KKNLF sollen vor Gericht gestellt werden. *ca*

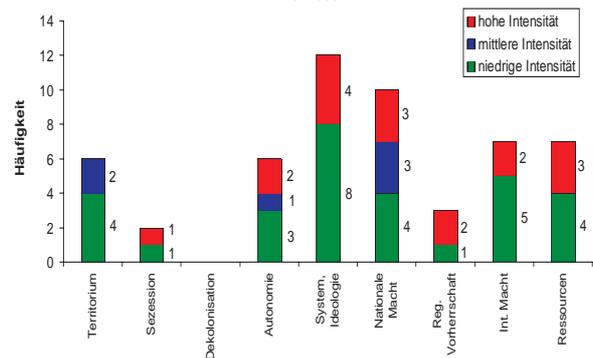
Vorderer und Mittlerer Orient

Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl der beobachteten Konflikte im Vorderen und Mittleren Orient (VMO) leicht zugenommen. Statt 32 werden 33 Dispute vornehmlich um das politische System und um die nationale Macht ausgetragen. Neu hinzugekommen sind der zwischenstaatliche Konflikt der USA mit Syrien um Rüstungskontrolle sowie der innerstaatliche Reformkonflikt in Saudi-Arabien. Diese beiden Konflikte werden ohne den Einsatz von Gewalt ausgetragen. In insgesamt zwölf Auseinandersetzungen setzen die Konfliktparteien Gewalt ein, in sechs davon mit hoher Intensität. Diese stehen zehn Gewaltkonflikten bzw. fünf mit hoher Intensität in 2002 gegenüber. Die Anzahl nicht-gewaltsamer Konflikte hat sich hingegen mit aktuell 21 gegenüber 22 im Vorjahr kaum verändert. Allerdings ist bei den manifesten Konflikten eine Abnahme um drei zu verzeichnen, während die Anzahl latenter Konflikte um zwei zugenommen hat. Insgesamt sind sieben Konflikte eskaliert, einer davon um zwei Intensitätsstufen. Vier haben dabei die Schwelle zur Gewalt überschritten. In 21 Auseinandersetzungen bleibt die Austragungsform unverändert, drei Konflikte sind deeskaliert. Alle drei Kriege in der Region werden in diesem Jahr auf irakischem Boden ausgetragen. Die beiden innerirakischen Konflikte unter diesen sind im Zusammenhang mit der US-geführten Militäroperation Iraqi Freedom eskaliert. Die zwei Kriege des Vorjahres werden nicht mehr mit maximaler Intensität geführt. Der zwischenstaatliche Konflikt einer US-geführten Allianz in Afghanistan konnte im Vorjahr beendet werden, da das Regime der Taliban gestürzt und eine Übergangsregierung eingesetzt worden ist. Das weitere Vorgehen gegen versprengte Anhänger der Taliban und des terroristischen Netzwerkes Al-Kaida wird im Rahmen des innerstaatlichen Afghanistan-Konfliktes erfasst. Der Nahostkonflikt zwischen palästinensischen Gruppierungen und der israelischen Regierung wird 2003 mit weniger massivem Gewalteininsatz auf der Stufe einer ersten Krise geführt. Nach dem Sturz des irakischen Regimes und der Einsetzung eines irakischen Regierungsrates durch die US-geführte Besatzungsverwaltung fehlt in zwei innerirakischen Auseinandersetzungen eine der Konfliktparteien, weshalb die Konflikte Irak (Irakisch-Kurdistan) und Irak (Schiiten) in diesem Jahr beendet werden.

Konfliktintensitäten VMO 2003 - 2002



Häufigkeit der Konfliktgegenstände nach Gewalteininsatz VMO 2003



Afghanistan (Taliban)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1994
Konfliktparteien: Übergangsregierung vs. Taliban		
Konfliktgegenstand: regionale Vorherrschaft, nationale Macht		

Der Konflikt zwischen der afghanischen Übergangsregierung und den Taliban um nationale Macht und regionale Vorherrschaft in den südöstlichen Provinzen Paktia, Kandahar und Khost bleibt weiter bestehen. Das Übergangsregime unter Hamid Karsai versucht mit Hilfe der Schutztruppe ISAF und der US-geführten internationalen Koalition, den Einfluss der Taliban zu brechen. Die internationale Koalition und Anhänger der Taliban, die seit letztem Oktober durch die Hezb-e-Islami-Truppen des Kriegsfürsten Gulbuddin Hekmatyar unterstützt werden, liefern sich wiederholt heftige Kämpfe. Bei diesen sterben u.a. Ende Januar 18 Soldaten. Am 4.4. unternehmen das afghanische Militär und die internationale Koalition eine gemeinsame Militäraktion gegen die Taliban nahe Spin Boldak. Am 8.7. führen Übergriffe auf die pakistanische Botschaft in Kabul zu heftigen diplomatischen Spannungen. Mitte August greifen die Taliban einen Konvoi der internationalen Koalition in der Nähe von Spin Boldak an. Dabei kommen 25 Personen ums Leben. In einer zwei-

wöchigen, groß angelegten Aktion gehen afghanische Truppen Anfang September gegen eine Hochburg der Taliban in der Provinz Zabul vor, mehr als hundert Soldaten werden getötet. Ende Oktober weitet die ISAF ihr Mandat über Kabul hinaus auf Kundus aus. Am 3.11. wird der Verfassungsentwurf präsentiert, der im Dezember der Loya Jirga zur Diskussion übergeben wird. Sollte diese Ratsversammlung die Verfassung annehmen, sind für nächstes Jahr Wahlen geplant. fw

Ägypten (Islamistische Gruppen)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien: Moslembrüder, Gaamat-al-Islamiya, al-Waad-Gruppe vs. Regierung		
Konfliktgegenstand: nationale Macht, System		

Der seit 1997 bestehende Machtkonflikt zwischen der ägyptischen Regierung unter Präsident Hosni Mubarak und der Muslimbruderschaft, der Gaamat al-Islamiya sowie der al-Waad-Gruppe, die sich für die Errichtung eines islamischen Systems in Ägypten einsetzen, wird das sechste Jahr in Folge unterhalb der Gewaltschwelle ausgetragen. Die 1928 gegründete und 1984 verbotene Muslim-Bruderschaft fordert heute vor allem eine Aufhebung des Versammlungsverbotes. Obwohl de iure verboten, stellt sie inoffiziell 17 der 454 Parla-

Übersicht: Konflikte im Vorderen und Mittleren Orient 2003

Konfliktname ¹	Direkt Beteiligte ²	Konfliktgegenstand	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Afghanistan (Taliban)	Übergangsregierung vs. Taliban	regionale Vorherrschaft, nationale Macht	1994	•	4
Ägypten (Islamistische Gruppen)	Moslebrüder, Gaamat-al-Islamiya, al-Waad-Gruppe vs. Regierung	nationale Macht, System	1997	•	2
Ägypten - Sudan *	Ägypten vs. Sudan	Territorium, Ressourcen (Öl)	1958	•	1
Algerien (Kabylei)	CIADC, RCD, FFS vs. Regierung	Autonomie, System	1989	•	2
Algerien (Islamisten)	GIA, GSPC, FIS, HDS vs. Regierung	nationale Macht, System	1989	•	4
Bahrain (Schiiten) *	Schiiten vs. Regierung	nationale Macht	1975	•	1
Irak - Iran *	Irak vs. Iran	internationale Macht, Ideologie/System, sonstiges (Kriegsgefangene, Reparationen)	1932	•	2
Irak - Israel *	Irak vs. Israel	internationale Macht (Nichtanerkennung Israels), Ideologie/System	1948	•	2
Irak - Kuwait *	Irak vs. Kuwait	Territorium, Ressourcen (Öl), sonstiges (Reparationen)	1961	•	2
Irak - USA, GB	Irak vs. USA, Großbritannien	internationale Macht (Abrüstung, Unterstützung des internationalen Terrorismus), Ressourcen (Sicherung der Ölquellen), System	1990	↗	5
Irak (Ansar al-Islam, IUMK - PUK)	Islamische Einheitsbewegung, Ansar al-Islam vs. Patriotische Union Kurdistans	regionale Vorherrschaft, System	2001	↗	5
Irak (Irakisch Kurdistan)	irakische Kurden vs. Regierung	Autonomie, Ressourcen (Öl, Wasser)	1945	↑ ENDE	5
Irak (PUK - DPK) *	Patriotische Union Kurdistans vs. Demokratische Union Kurdistans	regionale Vorherrschaft, System	1979	•	1
Irak (Schiiten) *	irakische Schiiten vs. Regierung	Autonomie	1991	• ENDE	2
Iran - USA	USA vs. Iran	internationale Macht (Rüstungskontrolle), Ideologie	1979	•	2
Iran - VAE *	Iran vs. Vereinigte Arabische Emirate	Territorium (Inseln im Persischen Golf)	1971	•	1
Iran (Konservative - Reformer)	Iranische Reformer vs. Iranische Konservative	nationale Macht, System	1993	•	2
Iran (Kurden) *	Iran vs. Demokratische Partei Kurdistans	Autonomie	1979	•	1
Iran (Volksmudschaheddin)*	Volksmudschaheddin vs. Regierung	nationale Macht, System	1965	↘	2
Israel - Jordanien *	Israel vs. Jordanien	Territorium (Westjordanland)	1967	•	2
Israel (Hisbollah)	Hisbollah vs. Israel	Territorium (Shebah-Felder)	1982	•	3
Israel (Palästinenser)	PLO, Islamischer Dschihad, Hisbollah, Hamas vs. Israel	Autonomie, System, Ressourcen	1948	↘	4
Jemen (Islamisten)	Islamisten vs. Regierung	nationale Macht	1994	↗	3
Jordanien - Israel *	Jordanien vs. Israel	Ressourcen (Wasser)	1994	•	1
Libanon (religiöse Gruppen)	Religiöse Gruppen vs. Regierung	nationale Macht	1975	•	3
Libanon - Israel	Libanon, Hisbollah vs. Israel	Ressourcen (Wasser)	2001	↘	1
Libyen - USA, Großbritannien	Libyen vs. USA, Großbritannien	internationale Macht (Entschädigungen, Rüstungskontrolle)	1986	•	2
Marokko (Westsahara)	Frente POLISARIO vs. Regierung	Sezession	1976	•	2
Saudi-Arabien (Islamisten)	Islamisten vs. Regierung	nationale Macht, System	1990	↗	3
Saudi-Arabien (Reformer)	Reformer vs. Regierung	nationale Macht	2003	NEU	2
Syrien - Israel	Syrien vs. Israel	Territorium	1967	↗	3
Syrien - USA	USA vs. Syrien	internationale Macht (Rüstungskontrolle)	2003	NEU	2
Türkei (Kurden)	Kurden vs. türkische Regierung	Autonomie	1920	↗	3

1) 2) 3) 4) siehe Seite 11: Übersicht: Konflikte in Europa

mentsabgeordneten. Von terroristischen Anschlägen als Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele hat sie sich seit einigen Jahren distanziert. Im Verlauf des Jahres führt die ägyptische Regierung in mehreren Wellen zahlreiche Verhaftungen durch. So nimmt sie im Januar 14 Mitglieder der Muslim-Bruderschaft in Haft. Dabei ist sie insbesondere durch die Großdemonstrationen gegen den bevorstehenden US-geführten Militärschlag im Irak im Februar und März sowie durch Proteste gegen das israelische Vorgehen im Konflikt mit den Palästinensern gefordert. Der manifeste Konflikt um die politische Teilhabe in Ägypten verändert sich demnach nicht substantiell. Die Situation bleibt zwar gewaltfrei, eine dauerhafte Lösung des Konflikts ist jedoch nicht in Sicht. *sb*

Algerien (Kabylei)

Intensität: 2 Veränderung: • Beginn: 1989
 Konfliktparteien: CIADC, RCD, FFS vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: Autonomie, System

Der Konflikt zwischen den Berbern und der algerischen Regierung verläuft weiterhin gewaltfrei. Die Berber, vertreten durch den Zusammenschluss der Dorf- und Stammesältesten (CIADC) und die politischen Parteien Front der Sozialistischen Kräfte (FFS) und Versammlungsbewegung für die Kultur und die Demokratie (RCD) fordern von der Regierung die Umsetzung eines 15 Punkte umfassenden Programms. Die Hauptforderungen sind die Anerkennung ihrer Kultur, der Berbersprache als Amtssprache, staatliche Unterstützung für die Opfer der Polizeieinsätze im Jahre 2001 und ein Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, von der die Hauptsiedlungsregion der

Berber, die Kabylei, besonders stark betroffen ist. Nachdem im letzten Dezember einige der Berber-Aktivist*innen, die im Zusammenhang mit dem Boykott der letztjährigen Parlamentswahlen verhaftet worden und in Hungerstreik getreten sind, formiert sich massiver Protest. Anfang Januar organisieren die Berber zahlreiche Massendemonstrationen in Sidi Aich, Tizi Ouzou und Paris, auf denen die Freilassung der Inhaftierten gefordert wird. Im Verlauf des Frühjahrs trifft sich Präsident Abdelaziz Bouteflika zu Gesprächen mit Vertretern der CIACD. Anfang Juni werden zahlreiche der inhaftierten Berber-Aktivist*innen freigelassen. Nachdem im letzten Jahr die Berbersprache Tamazight durch eine Verfassungsänderung als offizielle Sprache anerkannt worden ist, wird diese ab 31.7. in den offiziellen Lehrplan übernommen und ab September in 200 Schulen, vorwiegend in der Kabylei, gelehrt. *fw*

Algerien (Islamisten)

Intensität: 4	Veränderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien: GIA, GSPC, FIS, HDS vs. Regierung		
Konfliktgegenstand: nationale Macht, System		

Der Konflikt zwischen der algerischen Regierung und diverser islamistischer Gruppen um nationale Macht und das System wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Im Jahresverlauf verüben die Islamisten zahlreiche Anschläge, worauf die Armee mit militärischen Aktionen reagiert, die bis zu 900 Todesopfer fordern. Richten sich die Aktionen der Salafistengruppe für Predigt und Kampf (GSPC) um Hassan Hattab und der Verteidiger der Salafistischen Lehre (HDS) vornehmlich gegen Vertreter des Staates, Sicherheitskräfte und die Armee, nimmt die Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) vor allem Zivilisten und Ausländer ins Visier. Die Entführung von insgesamt 33 westeuropäischen Saharaturisten durch kleinere Einheiten der GSPC im Zeitraum zwischen März und April zieht die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich. Die algerische Armee befreit am 13.5. 17 Geiseln. Am 2.7. begnadigt die Regierung die zwei prominenten Führer der Islamischen Heilsfront (FIS) Hassan Madani und Ali Ben Hadj unter der Auflage, künftig von politischer Betätigung Abstand zu nehmen. Am 4.7. wird Rabah Radja von der Regierungspartei Nationale Befreiungsfront (FLN) durch die GSPC ermordet. Anfang September startet die Armee eine großangelegte, fast sechs Wochen dauernde Militäraktion gegen die GSPC. Diese fordert vor allem auf Seiten der Rebellen zahlreiche Tote. *fw*

Irak - USA, Großbritannien

Intensität: 5	Veränderung: ↗	Beginn: 1990
Konfliktparteien: Irak vs. USA, Großbritannien		
Konfliktgegenstand: internationale Macht (Abrüstung, Unterstützung des internationalen Terrorismus), Ressourcen (Sicherung der Ölquellen), System		

Der Konflikt zwischen den USA und Großbritannien einerseits und dem Irak andererseits um internationale Macht bzw. um die Entwaffnung des Irak, dem der Besitz von Massenvernichtungswaffen und die Unterstützung des internationalen Terrorismus vorgeworfen wird, eskaliert mit dem Angriff der westlichen Alliierten am 20.3. zum Krieg. Ihr Ziel ist der Regimewechsel im Irak. Nach den Entwicklungen des vergangenen Jahres hat sich diese Eskalation trotz der Bemühungen

der internationalen Staatengemeinschaft um Vermeidung eines „Dritten Golfkrieges“ bereits abgezeichnet. Ohne UNO-Mandat und gegen den erklärten Willen der UNO-Vetomächte Russland und Frankreich, aber auch Deutschlands und weiterer Staaten setzen insbesondere die USA damit das Vorgehen gegen ein Element der sogenannten „Achse des Bösen“ in die Tat um. Politisch unterstützt von einer „Koalition der Willigen“, versteht die Administration von US-Präsident George W. Bush die Operation Iraqi Freedom als konsequenten weiteren Schritt im „Kampf gegen den internationalen Terrorismus“, der nach den Anschlägen vom 11.9.01 ausgerufen worden ist. In nur 21 Tagen und mit weniger als 250.000 Soldaten gelingt es den Alliierten, die durch das Embargo geschwächten und schlecht ausgerüsteten irakischen Truppen zu besiegen, den vielfach erwarteten verlustreichen Kampf um Bagdad zu vermeiden und die Hauptstadt einzunehmen. Damit betrachten sie das irakische Regime am 9.4. als gestürzt. Bis Bush am 1.5. die Hauptkampfhandlungen im Irak für beendet erklärt, sind auf Seiten der Iraker 13.000 Tote zu beklagen, etwa 4.300 davon Zivilisten. Dieser irakischen Opferbilanz stehen 171 gefallene alliierte Soldaten gegenüber, 115 davon auf Seiten der USA.

Dieser schnelle militärische Sieg über das irakische Regime steht allerdings einer ernüchternden politischen Bilanz gegenüber: Die USA verweigern die Wiederaufnahme der UNO-Abrüstungsinspektionen, können jedoch mit einem eigenen Team von Waffeninspektoren bislang keine Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak finden, welche offiziell als Kriegsgrund angeführt worden sind. Ende November verringern die USA die Zahl der Experten, die nach Massenvernichtungswaffen suchen, und richten ihre Priorität statt dessen auf die Suche nach Aufständischen. Zwar werden mehrere Mitglieder aus der Führung des ehemaligen irakischen Regimes gefasst. Außerdem spüren US-Soldaten am 22.7. durch Hinweise aus der Bevölkerung die beiden Söhne Saddam Husseins, Uday und Kusai, in ihrem Versteck in der nordirakischen Stadt Mossul auf. Diese kommen bei einem heftigen Feuergefecht beim Sturm auf das Haus ums Leben. Saddam Hussein selbst ist jedoch noch nicht gefunden. Darüber hinaus steigt die Zahl der Opfer unter den US-Soldaten kontinuierlich. So unbeeindruckt die hochmoderne US-geführte Armee bei der Eroberung des Landes gewesen ist, so hilflos steht sie während der Besatzung täglichen Überfällen von Besatzungsgegnern im NachkriegsIrak gegenüber. Diese Guerilla- und Terrortaktik kostet bis Ende Oktober mit 118 Opfern bereits mehr US-Soldaten das Leben als der vorangegangene Krieg.

Im Jahresverlauf machen die irakischen Besatzungsgegner zunehmend auch die Verbündeten der USA zu Zielen ihrer Anschläge. Am 7.8. fallen 17 Menschen einer Autobombe vor der jordanischen Botschaft in Bagdad zum Opfer. Am 12.11. sterben infolge eines Selbstmordattentats in Nasirija im Südirak 19 italienische Soldaten und Carabinieri sowie neun Iraker. Zwei Wochen später beschießen Aufständische die italienische Botschaft in Bagdad mit Mörsergranaten. Ende November werden allein am 29. und 30.11. bei Anschlägen sieben spanische Geheimdienstagenten, zwei japanische Diplomaten, ein Kolumbianer, zwei Süd-

koreaner sowie zwei US-Soldaten getötet. Die US-Truppen reagieren hierauf mit einem der heftigsten Gefechte seit Ende des Krieges, bei dem nach US-Angaben 54 Iraker getötet, 18 verletzt und sieben weitere festgenommen werden. Internationale Einrichtungen bleiben von den Angriffen der Aufständischen ebenfalls nicht verschont. So töten irakische Selbstmordattentäter mit Autobomben vor dem UNO-Hauptquartier am 19.8. 23 Menschen, darunter den UNO-Koordinator für den Irak, Sergio de Mello, sowie am 22.9. zwei Personen. Die UNO zieht daraufhin am 30.10. vorübergehend ihr Personal aus Bagdad ab. Ein Anschlag auf das Hauptquartier des Internationalen Roten Kreuzes fordert am 27.10. zehn Menschenleben, woraufhin sich die Hilfsorganisation am 8.11. aus Bagdad und Basra zurückzieht. Bei einer gleichbleibenden durchschnittlichen Anzahl von 30 Anschlägen pro Tag steigt die Zahl der Opfer gegen Ende des Jahres. Nachdem am 2.11. 16 US-Soldaten durch den Abschuss eines Helikopters getötet werden, starten die USA Mitte November eine Reihe von Militäroperationen gegen die Besatzungsgegner, darunter die Operation Iron Hammer, die auch mehrtägige Luftangriffe auf Bagdad und Umgebung einschließt. Die irakischen Besatzungsgegner reagieren am 21.11. mit mehreren Raketenangriffen auf zwei Hotels und das Ölministerium in Bagdad. Am 22.11. sterben mindestens 18 Menschen bei Anschlägen mit Autobomben auf Polizeistationen nördlich der Hauptstadt. Nach Ansicht des Chefs der US-geführten Besatzungsverwaltung im Irak (CPA), Paul Bremer, der Mitte Mai seinen Amtsvorgänger Jay Garner abgelöst hat, sind diese jüngsten Ereignisse bezeichnend für die geänderte Taktik der Aufständischen, deren Aktionen sich verstärkt gegen Iraker richten. Angesichts der nicht abebbenden Gewalt im Irak vereinbaren die CPA, die seit Anfang Mai im Amt ist, und der seit Juli bestehende, von der CPA eingesetzte irakische Regierungsrat (IGC) am 15.11. einen neuen Zeitplan, wonach bereits bis Ende Juni 2004 die politische Souveränität an eine Übergangsregierung abgegeben werden soll. Die Wahl eines Gremiums zur Ausarbeitung einer neuen irakischen Verfassung ist bis spätestens 15.3.05 vorgesehen. Ein landesweiter Volksentscheid über die neue Verfassung und erstmals allgemeine freie Wahlen sollen Ende 2005 stattfinden. Die höchste schiitische Autorität im Irak, Großajatollah Ali Hussein al-Sistani, kritisiert diese Pläne, welche die Wahl der Übergangsregierung und des verfassungsgebenden Gremiums durch für diesen Zweck ernannte Organe und keine Direktwahl durch das irakische Volk vorsehen. Nach einem Gespräch mit dem Großajatollah am 27.11. erklärt der IGC-Vorsitzende Jalal Talabani, dass der US-Zeitplan eventuell abgeändert werden müsse. Am 27.11. besucht Bush zum Thanksgiving-Fest überraschend seine Truppen in Bagdad und bedankt sich bei diesen für ihren Einsatz. *pj*

Irak (Ansar al-Islam, IUMK - PUK)

Intensität:	5	Veränderung:	↗	Beginn:	2001
Konfliktparteien:	IUMK, Ansar al-Islam vs. PUK				
Konfliktgegenstand:	regionale Vorherrschaft, System				

Im Zusammenhang mit dem US-geführten Militärschlag gegen den Irak eskaliert der seit 2001 bestehende Konflikt zwischen islamistischen Gruppierungen

und der säkularen Patriotischen Union Kurdistans (PUK) im Nordirak zu einem Krieg. Die Islamisten, die sich vor allem in der Islamischen Einheitsbewegung Kurdistans (IUMK) und den Ansar al-Islam organisieren, umfassen etwa 800 bewaffnete Anhänger, die ein strenges islamisches Regime nach dem Vorbild der afghanischen Taliban anstreben und um regionale Vorherrschaft im Machtbereich der PUK in Irakisch-Kurdistan kämpfen. Sie kontrollieren bereits einen Gürtel aus etwa 40 Dörfern im Nordosten des Landes. Als vor dem Hintergrund des „Dritten Golfkriegs“ massive Gefechte zwischen der irakischen Armee und kurdischen Peschmerga ausbrechen, werden letztere auch in ihrem Vorgehen gegen die Ansar al-Islam von US-Truppen unterstützt. So fliegen die USA schwere Luftangriffe gegen Stellungen der sogenannten Helfer des Islam, gefolgt von Raketenangriffen am 21.3., bei denen bis zu 150 Islamisten getötet werden. Unter wachsendem Druck verüben die Islamisten am 22.3. ein Selbstmordattentat auf einen Checkpoint der PUK und drohen weitere Anschläge an. Die US-Aktionen bereiten eine Bodenoffensive der PUK vor, die am 28.3. beginnt. Bis zu 10.000 kurdische Peschmerga beteiligen sich an der Operation, durch die sie nach wenigen Stunden die Hauptquartiere der Ansar einnehmen. Etwa 70 Islamisten werden getötet, zahlreiche weitere ziehen sich in die umliegenden Berge zurück. *pj*

Irak (Irakisch-Kurdistan)

Intensität:	5	Veränderung:	↑ ENDE	Beginn:	1945
Konfliktparteien:	irakische Kurden vs. Regierung				
Konfliktgegenstand:	Autonomie, Ressourcen (Öl, Wasser)				

Der Autonomiekonflikt zwischen den kurdischen Volksgruppen im Nordirak und der Zentralregierung in Bagdad eskaliert im Rahmen des „Dritten Golfkriegs“ zum Krieg. Nachdem eine US-geführte Allianz am 20.3. mit Luftangriffen auf die Hauptstadt beginnt, liefern sich kurdische Peschmerga im Norden des Landes massive Gefechte mit der irakischen Armee. Sie werden dabei von US-Truppen unterstützt, die aufgrund der Verweigerung der Türkei, einer Stationierung von US-Soldaten zuzustimmen, mit Fallschirmjägern in Irakisch-Kurdistan landen. Im Vorfeld des Krieges haben die irakischen Kurden einer Kooperation mit den USA aufgrund ihrer Erfahrungen mit dem irakischen Regime zunächst zögerlich gegenübergestanden. So setzte Saddam Hussein am 16.3.1988 Senf- und Nervengas gegen die Stadt Halabscha ein, wodurch bis zu 7.000 Kurden getötet wurden. 1991 erklärten die Kurden ein Gebiet im Nordirak für autonom, dass wegen der Einrichtung einer Flugverbotszone durch die USA, Großbritannien und Frankreich nach dem Zweiten Golfkrieg faktisch außerhalb des Machtbereichs des Diktators liegt. Dessen Herrschaft endet am 9.4.03 mit dem Einmarsch der Alliierten in Bagdad. Die Kämpfe im Norden dauern jedoch an. Am 10.4. erobern kurdische Peschmerga gemeinsam mit US-Streitkräften die Städte Kirkuk und Mossul, aus denen sich die irakischen Truppen einen Tag später ohne weitere Gefechte zurückziehen. Nachdem am 1.5. die Hauptkampfhandlungen als beendet gelten, flammen nochmals Kämpfe 40 Kilometer nördlich von Bagdad auf, als Araber das Feuer auf Kurden eröffnen. Dennoch kann der Konflikt mit der Beteiligung der Führer der beiden wichtigsten Kurdenparteien, Massud Barsani und Jalal

Talabani am irakischen Regierungsrat, der Anfang Juli von der US-geführten Besatzungsverwaltung eingesetzt wird, als beendet betrachtet werden – vor allem vor dem Hintergrund des nach wie vor de-facto autonomen Kurdengebietes, das über eine eigene Verwaltung und Infrastruktur verfügt. *pj*

Iran - USA

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1979
Konfliktparteien:	USA vs. Iran	
Konfliktgegenstand:	internationale Macht (Rüstungskontrolle), Ideologie	

Im Konflikt um die Einhaltung von Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und das politische System des Iran erheben die USA am 13.12.02 den Vorwurf, zwei Anlagen zur Herstellung von waffenfähigem Plutonium in Natanz und Arak zu betreiben. Der iranische Präsident Sayed Mohammed Khatami räumt am 9.2. ein, dass in den betreffenden Anlagen Uran gewonnen wird. Dies und die Absicht, Kernbrennstäbe aufzubereiten, diene jedoch nur der zivilen Nutzung. Zwischen Februar und Mai sowie Mitte Juli führt die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) daraufhin eine Reihe von Inspektionen durch, bei denen sich IAEA-Generaldirektor Mohamed el-Baradei am 21.2. beeindruckt über den technischen Entwicklungsstand zeigt. Vor diesem Hintergrund fordert el-Baradei den Iran am 17.3. auf, ein Zusatzprotokoll zum Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen. In einem Bericht vom 16.6. äußert sich die IAEA besorgt darüber, dass der Iran nicht sämtliches Material und kerntechnische Aktivitäten offengelegt habe. Die Spannungen zwischen den USA und dem Iran nehmen zu, als der Sprecher des Weißen Hauses, Ari Fleischer, am 19.6. ein militärisches Vorgehen im Umgang mit dem Iran nicht ausschließen will. Washington unterstützt jedoch einen Vorschlag Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands, wonach dem Iran bis Ende Oktober Zeit gegeben werden solle, seine Nuklearprogramme offenzulegen und durch unangemeldete Kontrollen seiner Anlagen ein gründlicheres Monitoring zuzulassen. Am 19.10. verhandelt Teheran mit der IAEA hierüber. Zwei Tage darauf verspricht Irans Außenminister Khamenei seinen Amtskollegen aus Großbritannien, Frankreich und Deutschland "vollständige Transparenz". Kurze Zeit später willigt der Iran ein, die Anreicherung von Uran einzustellen und kündigt an, eine Vereinbarung über robustere Inspektionen zu unterzeichnen. Nach langen Verhandlungen schließen die USA und Europa einen Kompromiss, der die Lage entspannt und auf dessen Grundlage die IAEA am 25.11. eine Resolution verabschiedet, in welcher der Iran für sein Nuklearprogramm gerügt wird, jedoch keine Sanktionen verhängt werden. Anfang nächsten Jahres wird die Behörde einen neuen Bericht vorlegen. *pj*

Iran (Konservative - Reformen)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	Iranische Reformen vs. Iranische Konservative	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht, System	

Im Machtkonflikt um die Beschränkung des Einflusses der konservativen Judikative um Staatsoberhaupt Ajatollah Sayed Ali Khamenei und den reformorientierten Kräften um Regierungschef Sayed Mohammed Khatami im Iran erleiden letztere im Jahr 2003 einige Rückschläge. Bei den Kommunalwahlen im Februar

verleiht die Bevölkerung ihrer Enttäuschung über den stagnierenden Reformprozess mit einer Wahlbeteiligung von nur elf Prozent Ausdruck. Diese lag 1999 noch bei 64 Prozent. In Teheran gewinnen die Konservativen 14 von 15 zur Wahl stehenden Sitzen. In den anderen Großstädten fällt die Niederlage für die Reformen ähnlich aus. Am 5.3. verabschiedet das Parlament einstimmig zwei Gesetze zur Abschaffung des Rechts des Wächterrats auf Prüfung von Kandidaturen bei Wahlen und zu Kompetenzen des Präsidenten zur Durchsetzung von Verfassungsbestimmungen. Khatami hat diese Reformvorhaben am 28.8. des Vorjahres angekündigt und zugleich bei ihrer Einbringung am 2.9.02 hervorgehoben, dass er ein Veto des Wächterrats nicht akzeptieren werde. Dennoch weisen die konservativen Mullahs beide Gesetze im Mai 2003 zurück, woraufhin Khatami am 13.7. erstmals seinen Rücktritt in Aussicht stellt. Wenige Tage später räumt der Wächterrat jedoch die Bereitschaft zum Verzicht auf sein Vorrecht bei der Prüfung von Wahlkandidaten ein. Weiterhin kontrollieren die Mullahs das Justizwesen, die Überwachung der Legislative, die Sicherheitsdienste und die staatlichen Medien. Die Reformen hingegen können ihr Reformprogramm bislang kaum in die Tat umsetzen. Um ihre seit 2000 bestehende Mehrheit im Parlament nicht zu verlieren, organisiert die größte Reformpartei Islamische Beteiligungsfront Irans (IIPF) daher am 17.10. einen zweitägigen Kongress zur Strategieplanung für die am 20.2.04 anstehenden Parlamentswahlen. *pj*

Israel (Hisbollah)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1982
Konfliktparteien:	Hisbollah vs. Israel	
Konfliktgegenstand:	Territorium (Shebah-Felder)	

Der als Krise einzustufende Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah, die im Süden Libanons operiert und von Syrien und dem Iran vor allem finanziell und logistisch unterstützt wird, hält auch im laufenden Berichtszeitraum an. Umstritten ist nach wie vor ein als Sheba-Felder bekanntes Grenzgebiet im Länderdreieck Israel-Syrien-Libanon, das die Hisbollah für den Libanon beansprucht, während Israel das Gebiet als Teil der Golanhöhen unter seiner Kontrolle behält. Seit dem Abzug der israelischen Truppen im Mai 2000 greift die Hisbollah wiederholt israelische Stellungen in Nordisrael und im Gebiet der Sheba-Felder an, worauf Israel mit Vergeltungsschlägen reagiert. Durch ihren Kampf gegen den internationalen Terrorismus und den Irak-Krieg üben die USA politischen Druck auf die syrische und libanesische Regierung aus. Während eines Treffens von US-Außenminister Colin Powell und Syriens Präsident Bashar al-Assad am 3.5. in Damaskus verlangen die USA, dass Syrien seine Unterstützung für die Hisbollah und andere Terrorgruppen, wie die Hamas, gänzlich einstellt. Am 22.5. bringt die israelische Marine ein Schiff in internationalen Gewässern auf, das Waffen transportiert, die angeblich für die Hisbollah und palästinensische Kämpfer in Israel bestimmt sind. Die israelische Regierung befürwortet am 9.11. eine von Deutschland vermittelte Vereinbarung mit der Hisbollah, wonach u.a. ein im Jahr 2000 entführter israelischer Oberst der Reserve gegen Anhänger der Hisbollah ausgetauscht werden soll. *hl*

Israel (Palästinensische Gruppierungen)

Intensität: 4 Veränderung: ↘ Beginn: 1948
 Konfliktparteien: PLO, Islamischer Dschihad, Hisbollah, Hamas vs. Israel
 Konfliktgegenstand: Autonomie, System, Ressourcen

Der Konflikt zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde um die Einrichtung eines souveränen Palästinenserstaates ist seit seiner erneuten gewaltsamen Eskalation im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr zu einer ersten Krise deeskaliert. Während auf palästinensischer und radikal-islamischer Seite, vertreten durch Hamas und Islamischen Dschihad (Israel), die Terroranschläge gegen zivile Einrichtungen in israelischen Städten zunehmen, setzt die israelische Armee weiterhin verstärkt auf gezielte Liquidierungen mutmaßlicher Terroristen und größere militärische Operationen in den besetzten Gebieten. So sterben beispielsweise bei einem von radikalen Palästinensern verübten Anschlag am 5.1. in Tel Aviv 23 Menschen, über 100 werden verletzt. Am 19.8. und am 4.10. kommen bei zwei weiteren Selbstmordanschlägen 20 beziehungsweise 19 Israelis ums Leben. Die israelischen Sicherheitsorgane reagieren auf diese wie auch auf die weniger verlustreichen Anschläge immer wieder mit einzelnen Militäraktionen. Am 8.3. gelingt es der israelischen Armee, den mutmaßlichen Hamas-Führer Ibrahim al-Maqadma und seine drei Begleiter zu töten. Am 3.4. nimmt die israelische Armee etwa 1.000 Menschen bei einer Razzia im palästinensischen Flüchtlingslager von Tulkarem fest. Am 12.6. werden bei einem der schwersten israelischen Vergeltungsschläge mit Kampfhubschraubern 18 Palästinenser getötet, darunter angebliche Anhänger der Hamas. Israel greift im Zuge seiner militärischen Maßnahmen auch verstärkt die Infrastruktur der Palästinenser an. Bei einer groß angelegten Militäraktion zerstören israelische Armeeeinheiten bis zu 120 Häuser im Flüchtlingslager Rafah und töten acht Menschen. Daneben greift die israelische Armee in zahlreichen Operationen wiederholt Einrichtungen der palästinensischen Sicherheitskräfte an und zerstört diese. Ferner belagert sie kontinuierlich Jassir Arafats Amtssitz und hält ihn de facto seit einem Jahr in Hausarrest. Die UNO kritisiert Israel mehrfach aufgrund der Anwendung "unverhältnismäßiger Gewalt".

Neben direkten militärischen Aktionen gegen mutmaßliche Terroristen riegelt Israel die Autonomiegebiete aus Furcht vor Anschlägen wiederholt vollständig ab, was die dortige Wirtschaft nahezu zum Erliegen bringt und weitere Unruhen provoziert. Um eine dauerhafte Abgrenzung der Gebiete zu erreichen und damit das Einsickern militanter Palästinenser zu verhindern, baut Israel einen Sicherheitszaun entlang weiter Teile des Westjordanlandes auf palästinensischer Seite. Dies führt international zu starker Kritik. Unter anderem verurteilt die UNO-Generalversammlung den Bau am 21.10. mit 144 zu 4 Gegenstimmen, unter letzteren die USA und Israel. Auf diplomatischer Ebene münden Vermittlungsbemühungen der USA zwar mehrfach in Gespräche zwischen der israelischen Regierung und Vertretern der Palästinenser, doch mangelt es weiterhin an der Umsetzung beschlossener Maßnahmen zur dauerhaften Konfliktdeskalation. So erfüllt Jassir Arafat im März mit der Ernennung von Mahmud Abbas zum ersten Ministerpräsidenten der Autonomiebehörde eine zentrale Forderung der USA und der Europäer nach

einer stärkeren Demokratisierung der palästinensischen Führung, doch kann sich dieser gegen Arafat und seinen Machtapparat auf Dauer nicht durchsetzen. Hintergrund für diesen innerpalästinensischen Konflikt ist u.a. die Kontrolle der Arafat unterstellten Sicherheitsorgane, die von israelischer Seite für ihre zu inkonsequente Haltung gegenüber den Terroristen kritisiert werden. Bei einem von den USA vermittelten Treffen zwischen Scharon und Abbas am 4.6. in Jordanien setzt sich letzterer für die Entwaffnung der radikalen Gruppen ein, während Scharon u.a. ein Ende des Siedlungsbaus in den palästinensischen Gebieten verspricht. Doch die Hamas und andere radikale Gruppen lehnen einen Waffenstillstand solange ab, wie Israel sich weigert, größere Zugeständnisse an die Palästinenser zu machen. Die von den USA für einen Friedensschluss vorgeschlagene sogenannte "Roadmap" scheitert bislang an diesen fehlenden Zugeständnissen der israelischen Seite, wie auch am fehlenden Willen und Unvermögen des Machtapparates Arafats, die Gewalt einzudämmen. Abbas tritt aufgrund des innerpalästinensischen Machtkonflikts am 6.9. von seinem Amt zurück und stürzt die Führung Arafats damit in eine Krise. Diese ist selbst durch die Ernennung von Abbas' Nachfolger Ahmed Qurei nicht gelöst, da auch hier ein erneuter Machtkampf um die Kontrolle der palästinensischen Sicherheitsorgane ausbricht. Am 12.11. stellt Qurei sein neues Kabinett vor, das vom palästinensischen Parlament gebilligt wird. Die Kontrolle der Sicherheitskräfte untersteht dabei nach wie vor einem Arafat nahestehenden Minister. Nach einer am 16.9. durch die USA verhinderten Resolution des UNO-Sicherheitsrates, die die Unversehrtheit Arafats garantieren soll, befürwortet Israel seine Ausweisung. Aus Armeekreisen wird sogar seine Liquidierung gefordert. Seit Ausbruch der zweiten Intifada sind etwa 2.600 Palästinenser und über 900 Israelis in dem laufenden Konflikt getötet worden. Aus Verärgerung über Israels Siedlungspolitik und den Bau des Sicherheitszaunes kürzen die USA am 27.11. ein für Israel bestimmtes Darlehen von neun Milliarden US-Dollar um 290 Millionen. hl

Jemen (Islamisten)

Intensität: 3 Veränderung: ↗ Beginn: 1994
 Konfliktparteien: Islamisten vs. Regierung
 Konfliktgegenstand: nationale Macht

Der Konflikt zwischen der jemenitischen Regierung und dem Islamischen Dschihad (Jemen) um den Herrschaftsanspruch nimmt in diesem Jahr an Intensität zu. Am 28.12.02 ermordet ein Mitglied des Islamischen Dschihad den stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialistischen Partei Jemens (JSP) Jarallah Omar. Dieser war für ein Bündnis zwischen der JSP und der Reformpartei eingetreten, was eine Schwächung des radikal-islamischen Flügels der Reformpartei zur Folge gehabt hätte. Zur Jahresmitte geht die Regierung verstärkt gegen die Islamisten vor, die sich vorwiegend im gebirgigen Süden des Landes verstecken. In diesem Zusammenhang beginnt die Armee am 25.6. eine Offensive, an der Kampfhubschrauber, Panzer und schwere Artillerie eingesetzt werden. Dabei greift sie einen Stützpunkt des Islamischen Dschihad und der Armee von Aden-Abyan an. Bei der Offensive kommen mindestens zehn Menschen ums Leben. Am 1.7.

verhaftet die Polizei vier Verdächtige im Süden des Landes, die sich erst nach einem Schusswechsel ergeben. Bei der Aktion werden drei weitere Verdächtige getötet. *mad*

Libanon (religiöse Gruppen)

Intensität: 3	Veränderung: •	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	Religiöse Gruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht	

Im Konflikt um die Machtverhältnisse im Libanon bleibt die Intensität im Jahr 2003 unverändert. Die libanesischen Regierungskritiker wenden sich vor allem gegen den syrischen Einfluss in der libanesischen Politik. Die syrische Regierung setzt zwar den im Vorjahr begonnenen militärischen Abzug fort und beordert im Februar ca. 4.000 und im Juli weitere 1.000 Soldaten zurück nach Syrien. Dennoch übt sie weiterhin politischen Druck aus. Nur einen Tag nach seinem Rücktritt am 15.4. setzt das Parlament den libanesischen Premierminister Rafik Hariri wieder ein - allerdings mit zusätzlichen pro-syrischen Ministern in seinen Reihen. Die maronitische Kirche und andere christliche Oppositionsgruppen, die Unabhängigkeit von Syrien einfordern, halten sich in diesem Jahr mit Protesten zurück. Der Kampf islamistischer Gruppierungen gegen die libanesischen Regierung setzt sich hingegen fort. Am 15.6. führt die Gruppe Ansar Allah einen Raketenangriff gegen ein Gebäude eines TV-Senders durch, der dem Premierminister gehört. *es*

Libyen - USA, Großbritannien

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1986
Konfliktparteien:	Libyen vs. USA, Großbritannien	
Konfliktgegenstand:	internationale Macht (Entschädigungen, Rüstungskontrolle)	

Im Jahr 2003 erzielten die Konfliktparteien in dem seit 15 Jahren andauernden Streit um die politische Verantwortung für das Lockerbie-Attentat von 1988 deutliche Fortschritte. Bereits im April erklärt sich Libyen bereit, die Verantwortung für den Anschlag zu übernehmen und darüber hinaus jeder der betroffenen 270 Familien zehn Millionen US-Dollar Entschädigung zukommen zu lassen. Im August nimmt Libyen die Schuld vor der UNO formal auf sich, was als essentielle Voraussetzung für die Aufhebung der 1986 über das Land verhängten Sanktionen gilt. Noch im gleichen Monat überweist Libyen die ersten Anzahlungen. Mitte August fordert Großbritannien die Aufhebung der Sanktionen durch den UNO-Sicherheitsrat. Frankreich, das aufgrund eigener Forderungen bezüglich eines anderen Flugzeugattentats Einwände hat, verzögert eine Entscheidung. Anfang September hebt der UNO-Sicherheitsrat die Sanktionen jedoch auf und Libyen zahlt die letzten Entschädigungen aus. Die USA haben jedoch Bedenken hinsichtlich der mangelnden Achtung von Menschenrechten und werfen Libyen vor, nach Massenvernichtungswaffen zu streben. Sie fordern einen substantiellen Wandel des Regimes. *sb*

Marokko (Westsahara)

Intensität: 2	Veränderung: •	Beginn: 1976
Konfliktparteien:	Frente POLISARIO vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	Sezession	

Elementarer Streitpunkt des Konflikts zwischen Marokko und der saharouischen Befreiungsfront POLISARIO ist die Ausrichtung des 1991 im Rahmen des Waffenstillstandes beschlossenen Referendums, das den endgültigen Status der Westsahara klären soll. Die Frente POLISARIO lässt im Januar 100 marokkanische Kriegsgefangene frei. Nachdem eine Vermittlungsinitiative des UNO-Sondergesandten James Baker Anfang Februar zunächst abgelehnt wird, lenkt die Frente POLISARIO am 10.7. wider Erwarten ein. Der Vorschlag sieht vor, dass das umstrittene Gebiet für einen Übergangszeitraum von vier bis fünf Jahren den Status einer autonomen Provinz Marokkos erhält. Danach soll durch das seit 1991 angestrebte Referendum entschieden werden, ob die Westsahara unabhängig wird, als semi-autonome Provinz weiter besteht oder Marokko zugeschlagen wird. Der ursprüngliche Vorschlag Bakers wird letztlich auf Druck Frankreichs und der USA im UNO-Sicherheitsrat Ende Juli dahingehend modifiziert, dass Marokko im Laufe der Übergangszeit jederzeit Einspruch erheben kann. *fw*

Saudi-Arabien (Islamisten)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	Islamisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstand:	nationale Macht, System	

Die Stationierung von US-Truppen in Saudi-Arabien im Zuge des Zweiten Golfkriegs von 1991 hat zu Spannungen zwischen Islamisten und dem Saudischen Königshaus geführt, die im Berichtszeitraum zu einer Krise eskalieren. Die Islamisten versuchen, die in Teilen der Bevölkerung als korrupt angesehene saudische Regierung zu destabilisieren, die Beziehungen zu den USA nachhaltig zu stören und eine Verwestlichung des Königreiches zu verhindern. Bereits 1995 hat es im November einen Bombenanschlag auf eine US-amerikanische Einrichtung in der saudischen Hauptstadt Riad gegeben, bei dem sechs US-Amerikaner starben. Aufgrund der Tatsache, dass die Mehrzahl der Attentäter der Anschläge vom 11.9.01 aus Saudi-Arabien stammen, veranlassen die USA, verstärkt politischen Druck auf den Golfstaat auszuüben, gegen die Islamisten vorzugehen. Der 2003 von den USA geführte Krieg gegen den Irak verschärft die Spannungen im Königreich, in dem nach wie vor 5.000 US-Soldaten stationiert sind. Am 29.4. beschließt die US-Regierung den Abzug ihrer Truppen aus Saudi-Arabien, wo weiterhin noch ca. 30.000 US-amerikanische Zivilisten leben. Am 13.5. verüben Islamisten mit angeblicher Hilfe der Al-Kaida einen Selbstmordanschlag auf einen Wohnkomplex von Gastarbeitern in Riad und töten dabei 29 Menschen. Nicht zuletzt aufgrund des Drucks der USA intensiviert die saudische Regierung den Kampf gegen die islamistischen Terroristen. Am 28.7. erschießen saudische Sicherheitskräfte acht mutmaßliche Terroristen, die einen Bombenanschlag vorbereitet haben sollen. Am 8.11. verüben Terroristen einen weiteren Anschlag in der Hauptstadt, diesmal mit 17 Toten, was die Gefahr einer politischen Destabilisierung für das saudische Königshaus durch Extremisten weiter erhöht. *hl*

Saudi-Arabien (Reformer)

Intensität: 2	Veränderung: NEU	Beginn: 2003
Konfliktparteien: Reformer vs. Regierung		
Konfliktgegenstand: nationale Macht		

Anhaltende wirtschaftliche Probleme und Kritik am autoritären Regierungssystem in Saudi-Arabien lassen im laufenden Jahr einen manifesten Konflikt um politische Reformen seitens Teilen der Bevölkerung, vor allem der intellektuellen Elite, entstehen. Zu den wichtigsten Forderungen gehören u.a. das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Am 14.9. demonstrieren in Riad nach Aufruf der in London ansässigen oppositionellen Bewegung für islamische Reformen in Saudi-Arabien (MIRA) Hunderte Menschen friedlich für politische Reformen. Etwa 150 Demonstranten werden aufgrund des Vorwurfs der illegalen Versammlung verhaftet und vor Gericht gestellt. Die saudische Regierung kündigt am 13.10. Wahlen für die Ratsversammlungen auf kommunaler Ebene an, die innerhalb eines Jahres stattfinden sollen. Am 1.11. versammeln sich bis zu 500 Menschen in Riad, um für Reformen und für die Freilassung politischer Gefangener zu demonstrieren. *hl*

Syrien - Israel

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1967
Konfliktparteien: Syrien vs. Israel		
Konfliktgegenstand: Territorium		

Hauptstreitpunkt im Konflikt zwischen Israel und Syrien sind die seit 1967 von Israel besetzten Golanhöhen. Der Versuch der USA, die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zurückzubringen, scheitert an den unvereinbaren Positionen beider Staaten. Während Syrien darauf besteht, die Verhandlungen auf der Basis verschiedener UNO-Resolutionen und bisher erreichter Übereinkünfte der im Jahr 2000 abgebrochenen Gespräche fortzuführen, lehnt Israel jegliche Vorbedingungen ab. Am 9.1. erschießt ein israelischer Soldat bei einem Grenzzwischenfall einen Syrer. Nach israelischen Angaben ist das Feuer einer kleinen Personengruppe erwidert worden, die in israelisch besetztes Gebiet eingedrungen ist. Syrien hingegen erklärt, Israel habe zuerst und ohne Grund geschossen. Im August nehmen die Spannungen zwischen den Ländern erneut zu, als Israel ein mutmaßliches Ausbildungslager des Islamischen Dschihad auf syrischem Territorium bombardiert. Dies führt zu heftigen Protesten seitens der Syrer. Obwohl Israel diesen Angriff mit seinem Recht auf Selbstverteidigung rechtfertigt und gleichzeitig betont, dass er nicht gegen Syrien gerichtet war, verschärft sich der Ton zwischen beiden Staaten. Syrien behält sich vor, im Falle einer Wiederholung derartiger Angriffe militärisch zu reagieren. *mad*

Syrien - USA

Intensität: 2	Veränderung: NEU	Beginn: 2003
Konfliktparteien: USA vs. Syrien		
Konfliktgegenstand: internationale Macht (Rüstungskontrolle)		

Die Beziehungen zwischen den USA und Syrien verschlechtern sich zusehends. Noch während des Krieges gegen den Irak im März wirft der US-amerikanische Präsident George W. Bush Syrien die Unterstützung terroristischer Gruppen vor. Am 15.4. beschuldigen die USA Syrien darüber hinaus, Mitgliedern des gestürz-

ten irakischen Regimes Unterschlupf zu gewähren und chemische Waffen zu besitzen. Bush droht Syrien mit diplomatischen und ökonomischen Sanktionen, falls Damaskus nicht auf die Forderungen eingehe. Eine leichte Entspannung in dem Konflikt zeichnet sich ab, als US-Außenminister Colin Powell am 3.5. Syrien besucht und sich zu Gesprächen mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad trifft. Diese werden aber ohne Ergebnis beendet. Am 12.11. verhängt der US-amerikanische Kongress die angedrohten Sanktionen gegen Syrien, da es die US-Forderungen nicht erfüllt habe. *mad*

Türkei (Kurden)

Intensität: 3	Veränderung: ↗	Beginn: 1920
Konfliktparteien: Kurden vs. Regierung		
Konfliktgegenstand: Autonomie		

Im Konflikt zwischen der türkischen Regierung und dem Kongress für Freiheit und Demokratie in Kurdistan (Kadek), der als Nachfolger der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) für Autonomierechte für die kurdische Minderheit in der Türkei eintritt, erzielen die Konfliktparteien auch in diesem Jahr keine substantiellen Fortschritte zur Beendigung des Konflikts. Am 13.3. verbietet das türkische Verfassungsgericht die größte kurdische Partei des Landes, die Volkspartei für Demokratie (Hadep), wegen angeblicher Verbindungen zu Rebellen Gruppen. Gleichzeitig untersagt das Gericht 46 Mitgliedern der Partei, sich für die Dauer von fünf Jahren politisch zu betätigen. Die EU kritisiert dieses Urteil. Der türkischen Armee zufolge greifen kurdische Rebellen am 31.5. einen Armeeposten an und töten dabei einen Soldaten. Dies ist der erste Angriff seit die PKK 1999 einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen hat. Am 31.7. verabschiedet das türkische Parlament ein Amnestiegesetz, das allen PKK-/Kadek-Mitgliedern, die nicht an Kampfhandlungen gegen den türkischen Staat teilgenommen haben, Straffreiheit garantiert. Verschiedene kurdische Gruppierungen lehnen dieses Gesetz allerdings ab und verlangen eine Generalamnestie. Im September erklärt der inhaftierte Vorsitzende des Kadek Abdullah Öcalan den einseitig ausgerufenen Waffenstillstand für beendet. Er begründet dies damit, dass die Türkei auf keine der Forderungen eingegangen sei. Am 22.9. verhaftet die Türkei den ehemaligen Vorsitzenden der kurdischen Demokratischen Volkspartei (Dehap) Tuncer Bakirhan wegen der Teilnahme an einer pro-kurdischen Solidaritätsveranstaltung im deutschen Gelsenkirchen. Am nächsten Tag wird Bakirhan wieder freigelassen. Am 3.10. beschließt das türkische Staatssicherheitsgericht die Umwandlung des Todesurteils gegen Öcalan in lebenslange Haft. Dies ist vor allem im Zusammenhang mit den türkischen Bestrebungen zu sehen, die Aufnahmekriterien für den EU-Beitritt zu erfüllen. *mad*

Datenbank KOSIMO 2.0

Das HIIK erfasst in seiner Datenbank Kosimo Informationen zu politischen Konflikten ab 1945. Seit 2003 führt es ein relationales Datenbanksystem, das den Datensatz von Kosimo 1.3 vollständig überarbeitet, aktualisiert und erweitert hat. Derzeit enthält Kosimo 2.0 Informationen zu weit mehr als 500 Konflikten in über 2.500 Teilphasen. Die neue Konzeption ermöglicht die detaillierte Darstellung des Konfliktverlaufs in gewaltsamen und nicht-gewaltsamen Phasen anhand der systematischen Erfassung der Einzelmaßnahmen des Konfliktaustrags. Die Datenbank enthält zudem umfangreiche Angaben zur Struktur staatlicher und nicht-staatlicher Akteure, die in Jahreszeitreihen erfasst sind.

financed by



sponsored by

powered by

DYMATRIX
CONSULTING GROUP



Weitere Informationen finden Sie unter www.hiik.de.

Impressum

Herausgeber:

HIIK - HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG e.V.
am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg, Marstallstraße 6, 69117 Heidelberg

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Gruppenleiter/innen kursiv):

Europa: Stephanie Lerche (sl), Benjamin Gondro (bg), Ariane Hellinger (ah), Ingolf Klein (ik), Sophie Kraume (sk), Velina Rudarska (vl), Kai Stenull (ks), Matthias Trefs (mt), Katja Wezel (kw), Florian Winckler (fw)

Afrika: Christian Baukhage (cb), Peer Böhrnsen (pb), Philipp Dierauer (pd), Stephanie Lerche (sl), Heidrun Lotta Mayer (hlm), Gerrit Schlomach (gs), Katharina Schöneborn (kat), Rüdiger Schwarz (rs)

Amerika: Nicolas Schwank (nis), Johannes Heckmann (jh), Daniela Kohlen (dk), Fritz Schirrmeister (fs), Miguel Zamorano (mz)

Asien: Christoph Trinn (ct), Christopher Altgeld (ca), Julienne Ernst (je), Yolanda Fernandez (yf), Tina Hennecken (th), Anja Kluge (ak), Sarah Lüdecke (sl), Malte Pehl (mp), Alexander Roth (asr), Carla Scherhag (cs), Nicolas Schwank (nis)

Vorderer und Mittlerer Orient: Pamela Jawad (pj), Sebastian Bühner (sb), Klaus Eckert (ke), Hendrick Lehmann (hl), Leila Mousa (lm), Imad Mustafa (mad), Eric Sangar (es), Florian Winckler (fw)

Redaktion:

Christian Baukhage, Peer Böhrnsen, Pamela Jawad, Hendrick Lehmann, Stephanie Lerche, Nicolas Schwank, Christoph Trinn

Graphiken:

Angel Jimenez

Layout:

Veronika C. Haas

Konzeption und Gesamtleitung:

Pamela Jawad, Nicolas Schwank

**HEIDELBERGER INSTITUT FÜR
INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG**
am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

**Marstallstraße 6
D- 69117 Heidelberg
E-Mail: info@hiik.de**

**Tel.: +49(0)6221 - 54 31 98
Fax.: +49(0)6221 - 54 28 96**

www.KONFLIKTBAROMETER.de

ISSN 1616-931X

EUR 10.00